



universität
wien

DIPLOMARBEIT / DIPLOMA THESIS

Titel der Diplomarbeit / Title of the Diploma Thesis

„Nationalsozialistische Ambitionen innerhalb der
Ostmark“

verfasst von / submitted by

Thomas Mack

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2015 / Vienna, 2015

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 190 333 313

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

Lehramtsstudium UF Deutsch UF Geschichte,
Sozialkunde, Polit.Bildg.

Betreut von / Supervisor:

Univ. Doz. Dr. Bertrand Michael Buchmann

Inhaltsverzeichnis

Abschnitt I.

2. Einleitung.....	6
3. Die Auslösung des Novemberpogroms und seine Inszenierung.....	9
3.1 Die Stimme des Volkes und seine „geistige Erziehung“.....	14
3.2 Der Tod vom Rath und affektgeladener Aktionismus.....	19
3.3 Die Situation der jüdischen Bevölkerung nach der „Reichskristallnacht“.....	21
3.4 Der Prozess Grynszpan und das Auswärtige Amt.....	23
4. Die Entstehung antijüdischer Ideologien.....	25
4.1 Antijüdische Pamphlete als zeittypische Erscheinung des 19. Jahrhunderts.....	28
4.2 Der antijüdische Wiener Einfluss auf Adolf Hitler in dessen Jugendjahren.....	32
5. Die Legalisierung der nationalsozialistischen Diktatur.....	34
5.1 Die Glorifizierung der Gewalt durch amtliche Presselenkung.....	36
5.2 Die Schaffung einer emotionalen Einheitsideologie unter anthropologischem Aspekt.....	38

Abschnitt II.

6. Der Anschluss.....	39
6.1 Antisemitismus als Selbsterhaltungstrieb?.....	42
6.2 Emigration, Zuflucht und Übersiedlung.....	46
7. Das Vorspiel in Berchtesgaden – Schuschnigg unter Druck.....	49
7.1 Das Förderungskonzept an Österreich.....	52
7.2 Der Verlauf des Anschlussvorhabens und die Idee Volksbefragung.....	58
8. Österreich im direkten Nahverhältnis zu Nazideutschland.....	60
8.1 Der Verlust der österreichischen Identität.....	61
8.2 Umjubilte Annexion.....	64
9. Nationalsozialistische Ambitionen innerhalb der Ostmark.....	65
9.1 Die politische Tradition des Volksantisemitismus in Österreich.....	67
9.2 Judenfeindschaft als ökonomisches Motiv der Donaumetropole?.....	70
9.3 Kriegswirtschaft innerhalb der „Ostmark“.....	73
9.4 Beschlagnahmung und Verfolgung des Klerus.....	76
9.5 Wohnungspolitik in der „Ostmark“.....	78
10. Emigration & Vertreibung.....	83
10.1 Integration jüdischer Gemeinden in Übersee.....	85
10.2 Die Errichtung einer provisorischen Staatsregierung.....	87
11. Entschädigung und Mittäterschaft.....	90
11.1 Die Täterrolle Österreichs – Ein rein ökonomisches Motiv?.....	96
11.2 Nachnationalsozialistischer Antisemitismus.....	97
11.3 Zusammenfassung.....	99
11.4 Literaturverzeichnis.....	103
12. Anhang.....	104
12.1 Abstract.....	105
12.2 Lebenslauf.....	106

2. Einleitung

2010 verfasste ich im Rahmen einer Lehrveranstaltung, innerhalb des Themenfeldes „Propaganda und Öffentlichkeit in der Volksgemeinschaft“ bei Herrn Mag. Dr. Hannes Leidinger eine Seminararbeit zum nationalsozialistischen Deutschland. Als ich hierzu in der Fachbereichsbibliothek tätig war, entdeckte ich dort eher zufällig die Abschrift einer Postkarte vom 31. Oktober 1938, geschrieben von einer gewissen Berta Grynszpan, aus der hervorging, dass sie und ihre Familie aus Hannover ausgewiesen und in das polnische Lager von Zbonszyn überführt werden sollten. Die Beschreibung dieser Vorgänge weckte mein Interesse und veranlasste mich dazu, nähere Nachforschungen anzustellen. Es ergab sich, dass die Postkarte an ihren Bruder Herschel Grynszpan adressiert worden war, der zu diesem Zeitpunkt bei seinem Onkel in Paris lebte.

Nun sind diese Begebenheiten, trotz der damaligen von nationalsozialistischer Politik geprägten Lage, nicht außergewöhnlich bemerkenswert. Der weitere Verlauf jedoch, der an die Zeilen der Schwester gebunden war, war es allerdings. Die Ausschreitungen in der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 in Deutschland, die seitens der Nationalsozialisten schon länger vorbereitet gewesen waren, aber erst durch das Attentat von Herschel Grynszpan auf den Legationssekretär Ernst Eduard vom Rath in der deutschen Botschaft in Paris umgesetzt werden konnten, eröffneten ein weitführendes und spannendes Arbeitsfeld, mit welchem ich mich im Laufe meines Studiums immer wieder beschäftigt habe und das nun das Einstiegsthema meiner weiteren Ausarbeitungen darstellen wird.

In der Servitengasse im 9. Bezirk erinnert eine im Boden eingelassene Glasvitrine mit 462 Schlüsseln an die enteigneten jüdischen Bewohnerinnen und Bewohner des heutigen Wiener Gemeindebezirks Alsergrund. Da ich in diesem Bezirk wohne, mich die Örtlichkeit oft an die Gegebenheiten jener Zeit erinnert und mein geschichtliches Interesse in Bezug auf den Nationalsozialismus zudem schon länger besteht, war es evident, den Schwerpunkt meiner Arbeit in einen Bereich zu legen, der mich nach wie vor interessiert und bewegt. Die hier nun vorliegenden Betrachtungen finden ihren Ausgangspunkt im Mordanschlag von Herschel Grynszpan auf den Legationssekretär Eduard vom Rath in Paris.

Dieses Ereignis wurde von den Nationalsozialisten als Angriff des gesamten Judentums auf Deutschland interpretiert, und durch den amtlichen Mechanismus der Presselenkung wurde eine Stimmung erzeugt, die sich vereinzelt schon am 7. und 8. November 1938 in Gewalttätigkeiten gegen jüdische Institutionen niederschlug.¹ Dass sich die jüdische Bevölkerung über die Gefahren und die weiterführenden Konsequenzen dieser Tat durchaus bewusst war, wird den Einstieg zum ersten Kapitel bilden. Auf die personengeschichtlichen Darstellungen von Herschel Grynszpan und Ernst Eduard vom Rath sowie ihre mögliche Verbindung zueinander soll nicht näher eingegangen werden.

Die hier vorliegende Arbeit ist in zwei größere Themenkomplexe gegliedert. Der erste Abschnitt umfasst die Auslösung und die Umsetzung des Novemberpogroms beziehungsweise seine propagandistische Inszenierung unter Joseph Goebbels, und der zweite Abschnitt stellt die Verbindung zu diesen Ereignissen auf österreichischer Seite dar. Die brutalen und grausamen Umsetzungen der Ausschreitungen in der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 auf österreichischer und deutscher Seite werden hierbei nicht näher analysiert. Die informellen Umsetzungen des Pogroms und das taktische Kalkül dahinter sollen jedoch detailliert und schlüssig aufgearbeitet werden. Im zweiten Abschnitt der Arbeit, der sich inhaltlich mit der Zeit nach dem Anschluss an das Deutsche Reich beschäftigt, habe ich mir folgende Forschungsfragen gestellt: Worin zeigte sich die österreichische antisemitische Haltung vor und während des Austrofaschismus? Wie beeinflusste das NS-Regime die Rassenpolitik in Österreich nach 1938? Wie vollzog sich die „Nazifizierung“ innerhalb der „Ostmark“?

Ich habe dieses Thema gewählt, weil mir des Öfteren eine gesellschaftliche Haltung begegnet, die die verbrecherischen Handlungen in unserem Land gegen die jüdische Bevölkerung in der Zeit der Ersten Republik gerne auf die deutsche Seite abwälzt. Dass die „Wurzeln des Antisemitismus der Nationalsozialisten besonders auch in Österreich zu finden sind“², wird dabei oft gerne ignoriert und vergessen. Francoise Kreissler schrieb in diesem Zusammenhang: „Es gibt keinen politischen Antisemitismus mehr, doch weiterhin Antisemitismus in der Politik.“³

¹ Vgl. Benz, Wolfgang (Hg.): Die Juden in Deutschland 1933-1945. Das Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft. C.H. Beck Verlag, München 1988. S. 505.

² Vöclka, Karl: Geschichte Österreichs. Kultur-Gesellschaft- Politik. Heyne Verlag, München 2006. S. 309.

³ Kreissler, Francoise 1990: Fluchtpunkt Schanghai. In: Botz, Gerhard/ Oxaal, Ivar (Hg.): Eine zerstörte Kultur. Jüdisches Leben und Antisemitismus im Wien seit dem 19. Jahrhundert. Obermayer Verlags GmbH, Rottenburg 1990. S. 329.

Ab wann der Antisemitismus in Österreich zum politischen Programm wurde und woraus jene Tatsache entsprungen ist, soll in dieser Darstellung ebenso einen besonderen Platz finden wie meine konkrete Kernfrage, die lautet: „Worin zeigten sich die nationalsozialistischen Ambitionen innerhalb der österreichischen Bevölkerung nach dem Anschluss an das Deutsche Reich“?

Wichtig für die hier vorliegende Arbeit sind zudem die Untersuchungen, die belegen, dass für einen Großteil der jungen Deutschen der Nationalsozialismus nicht Unterdrückung, Redeverbot und Diktatur bedeutete, sondern Abenteuer, Freiheit und Selbstbestimmung. Sie sahen darin, wie Aly Götz es formulierte, eine „Verlängerung der Jugendbewegung und ein körperliches und geistiges Anti-Aging-Programm.“⁴ Dass sich jene vermeintliche Attraktivität auch auf österreichischer Seite wiederfindet, hervorgehend aus unzufriedenen sozial-gesellschaftlichen Schichten, gepaart mit der Entwicklung, dass der „Antisemitismus als Antiliberalismus zu einem wesentlichen Integrierungsfaktor der christlich Sozialen Partei“⁵ wurde, wird den Einstieg in den zweiten Abschnitt darstellen. Das Konzept der „Wiedergutmachung“, über die Entschädigung der jüdischen Bevölkerung in Österreich nach 1945, würde wiederum eine eigene Arbeit erfordern und wird somit nicht akribischer ausgearbeitet. Die Opferrolle von Österreich, die außenpolitische Taktik sowie die „passive Klagelegitimation“⁶ des Landes möchte ich hierin jedoch kurz ansprechen.

Zum Thema „Vorurteilsneigung“ schrieb John Bunzl: „Die Hauptfunktion des Antisemitismus wird in der Mystifizierung der Ursachen gesellschaftlicher Übel und der entsprechenden Ablenkung vom Kampf gegen diese gesehen.“⁷ Im Schlusskapitel soll der abstrakte, theoretische Platz des Antisemitismus in der heutigen Gesellschaft erörtert werden, und zwar einhergehend mit den Überlegungen, wie Gewalt und Vorurteile im Zeitalter des 21. Jahrhunderts tabuisiert und kanalisiert werden. Bernd Marin spricht in diesem Zusammenhang von einem „Antisemitismus ohne Antisemiten.“

⁴ Götz, Aly. Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus. Fischer Verlag, Frankfurt am Main 2005. S. 12.

⁵ Staudinger, Anton 1990: Katholischer Antisemitismus in der Ersten Republik. In: Botz, Gerhard/ Oxaal, Ivar (Hg.): Eine zerstörte Kultur. Rottenburg 1990. S. 250.

⁶ Vgl. Knight, Robert (Hg.): Ich bin dafür die Sache in die Länge zu ziehen. Wortprotokolle der österreichischen Bundesregierung von 1945-52 über die Entschädigung der Juden. Athenäum Verlag, Frankfurt am Main 1988. S. 105.

⁷ Bunzl, John 1983: Konterevolution, Antisemitismus und Faschismus in der Zwischenkriegszeit. In: Pelinka, Anton/ Reinalter, Helmut (Hg.): Antisemitismus in Österreich. Sozialhistorische und soziologische Studien. Inn-Verlag, Innsbruck 1983. S. 54.

Mit dieser Begriffskonstellation wird ein Massenvorurteil bezeichnet, das ohne propagandistische Träger, ohne öffentliches Subjekt, ohne Legitimation, ohne das Selbstbewusstsein und das Selbstverständnis einer Ideologie auskommt.⁸ Jene Schlussbetrachtung soll im Weiteren zum Vorschein bringen, dass der Antisemitismus in Österreich nicht einfach Bestandteil einer allgemein hohen und psychisch bedingten Vorurteilsneigung ist, sondern eine Besonderheit von eigener Gattung darstellt, die auf sozial determinierte Phänomene beruht.⁹ Die Bearbeitung der geschichtlichen Abläufe konzentriert sich auf die deutschsprachige Geschichtsschreibung, während die Methode für diese Arbeit durch eine Inhaltsanalyse dargestellt wird.

⁸ Vgl. Marin, Bernd 1983: Konterevolution, Antisemitismus und Faschismus in der Zwischenkriegszeit. In: Pelinka, Anton/ Reinalter, Helmut (Hg.): Antisemitismus in Österreich. Innsbruck 1983. S. 177.

⁹ Vgl. Ebd. S. 179.

Abschnitt I.

3. Die Auslösung des Novemberpogroms und seine Inszenierung

Am 3. November 1938 erhält in Paris ein junger polnischer Jude namens Herschel Feibel Grynszpan, der zu diesem Zeitpunkt bei seinem Onkel in Paris lebt, eine Postkarte von seiner Schwester Berta, die ihm mitteilt, die Familie sei aus Hannover ausgewiesen und in das polnische Lager von Zbonszyn überführt worden.¹⁰

Lieber Herschel

Du hast gewiss von unserem großen Verlust gehört. Ich gebe Dir eine Schilderung der Vorgänge. Donnerstagabend liefen Gerüchte umher, alle Juden einer polnischen Stadt sind ausgewiesen worden. Allerdings weigerten wir uns es zu glauben. Donnerstag um 21 Uhr ist jemand von der Schutzpolizei (Schupo) zu uns gekommen und hat uns erläutert, wir müssten ins Polizeirevier kommen und unsere Pässe mitbringen. So wie wir waren, gingen wir alle zusammen ins Polizeirevier. Dort war bereits fast unser gesamtes Viertel versammelt gewesen. Ein Polizeiwagen hat uns sofort alle ins Rathaus gefahren. Man hat uns noch nicht gesagt, worum es sich handelte, aber wir hatten gesehen, dass es äußerst ernst war. Man steckte jedem von uns einen Ausweisungsbefehl in die Hand, und damit sollten wir Deutschland vor dem 29. Oktober verlassen. Man hat uns nicht mehr erlaubt nach Hause zu gehen. Ich hatte gebeten, man lasse mich in die Wohnung zurück, um wenigstens einige Sachen zu holen. Ich bin dann in Begleitung eines Polizisten heimgegangen und hatte die notwendigsten Kleider in einen Koffer gepackt. Und das ist alles was ich gerettet habe. Wir haben keinen Pfennig Geld. Könntest Du uns nicht etwas nach Lodz schicken?

Küsse von uns allen.

Berta¹¹

Diese Nachricht veranlasste den jungen Grynszpan, einen Trommelrevolver samt passender Munition zu erstehen, sich am Montagmorgen, den 7. November 1938 in die Deutschen Botschaft 78 rue de Lille zu begeben und dort auf den Gesandtschaftsrat Ernst Eduard vom Rath zu feuern, den zwei der fünf Schüsse, die Grynszpan abgegeben hatte, trafen.¹²

¹⁰ Vgl. Thalmann, Rita: Die Kristallnacht. Athenäum Verlag, Frankfurt am Main 1988. S. 41.

¹¹ Vgl. Döschner, Hans- Jürgen: Reichskristallnacht. Die November- Pogrome 1938. Ullstein Verlag, Frankfurt am Main 1990. S. 55.

¹² Vgl. Thalmann, Rita: Die Kristallnacht. Frankfurt am Main 1988. S. 51-52.

Während der Attentäter sofort von den Amtsdienern der Botschaft verhaftet und der französischen Polizei übergeben wurde, brachte man den verletzten Legationssekretär in ein Pariser Krankenhaus.¹³ Dies war nicht der erste Anschlag, den ein Jude auf einen Vertreter des nationalsozialistischen Regimes verübt hatte. Am 4. Februar 1936 hatte ein junger Medizinstudent namens David Frankfurter ein hohes Mitglied der NSDAP (Wilhelm Gustloff) in der Schweiz erschossen. In beiden Fällen war es ein persönlicher Racheakt, der die Täter zu ihrem Handeln veranlasste.¹⁴ Allerdings sollte diese Tatsache innerhalb der fortlaufenden nationalsozialistischen Presse-Berichterstattung eine untergeordnete Rolle spielen. Als eine der ersten deutschen Zeitungen berichtete der „Westdeutsche Beobachter“ in seiner Abendausgabe vom 7. November 1938 mit einer sachlichen und kurzen Anzeige auf der zweiten Seite über das Attentat. Sobald aber Joseph Goebbels im Laufe des 7. November von dem Attentat erfuhr, änderte er sofort die Berichterstattung über jenen Vorfall, und noch am folgenden Tag erließ er folgenden DNB-Rundruf:¹⁵

„Alle deutschen Zeitungen müssen in größter Form über das Attentat auf den Legationssekretär in der deutschen Botschaft in Paris berichten. Die Nachricht muss die erste Seite voll beherrschen. In eigenen Kommentaren ist darauf hinzuweisen, dass das Attentat des Juden die schwersten Folgen für die Juden in Deutschland haben muss, und zwar auch für die ausländischen Juden in Deutschland. In Ausdrücken, die der Empörung des deutschen Volkes entsprechen, kann festgestellt werden, dass die jüdische Emigranten-Clique, die schon Frankfurter den Revolver in die Hand drückte, auch verantwortlich für dieses Verbrechen sei.“¹⁶

Das spontane Attentat des deutsch-polnischen Juden Herschel G. geriet unter den Händen des Propagandaministers zu einem „minuziös geplanten Anschlag des Weltjudentums gegen NS-Deutschland.“¹⁷ Es wäre natürlich unzureichend, H. Grynspan als Ursprung und Auslöser der Novemberpogrome von 1938 zu sehen, denn bereits zuvor wurden durch den „Judenboykott“ und die im September 1935 erlassenen „Nürnberger Gesetze“ klare antisemitische Antriebskräfte signalisiert und als markante Äußerungen der Judenpolitik deutlich gemacht.¹⁸ Der Boykott, dessen Initiative ebenso bei Goebbels lag, wurde als Vergeltungsaktion sowie als Warnung für das „Weltjudentum“ bezeichnet.

¹³ Vgl. Obst, Dieter: Reichskristallnacht. Ursachen und Verlauf des antisemitischen Pogroms vom November 1938. Peter Lang Verlag, Frankfurt am Main 1991. S. 64-65.

¹⁴ Vgl. Thalmann, Rita: Die Kristallnacht. Frankfurt am Main 1988. S. 52.

¹⁵ Vgl. Obst, Dieter: Reichskristallnacht. Frankfurt am Main 1991. S. 65.

¹⁶ Ebd. S. 65.

¹⁷ Obst, Dieter: Reichskristallnacht. Frankfurt am Main 1991. S. 66.

¹⁸ Vgl. Döschner, Hans- Jürgen: Reichskristallnacht. Frankfurt am Main 1990. S. 10-11.

Tatsächlich war diese Verrufserklärung ein deutliches Signal für Verfolgung und Unterdrückung mit dem konkreten Ziel, die ökonomische Existenz der deutschen Juden zu untergraben.¹⁹ Die unüberlegte Tat des jungen Grynszpan bot den Nationalsozialisten hierbei den gewünschten Impuls für ihre propagandistische Politik gegen die jüdische Gemeinde. Innerhalb der Agitation gegen die jüdische Bevölkerung wurden in den deutschen Zeitungen Parallelen zum „Fall Gustloff“ gezogen, und der Waffenbesitz wurde, unter anderem, für Juden durch ein „Reichsgesetz“ (§ 31 des Waffengesetzes vom 18. März 1938) verboten, um keine „jüdischen Märtyrer“ mehr hervorzubringen.²⁰

Die Nationalsozialisten nutzen diese Tat als Vorwand für einen organisierten Pogrom in der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 in allen Teilen Deutschlands und seinen annektierten Gebieten.²¹ Unter dem Vorwand einer Wiedergutmachung für den Mord an vom Rath wurde den Juden außerdem eine „Sühneleistung“ von einer Milliarde Reichsmark auferlegt.²² Die Ausschreitungen waren der Höhepunkt der Angriffe in Deutschland und Österreich nach dem Anschluss im März 1938. Immer häufiger wurden einzelne Juden oder ganze Gruppen gewaltsam vertrieben, vor allem aus Österreich und der Tschechoslowakei.²³

3.1 Die Stimmung des Volkes und seine „geistige Erziehung“

Unmittelbar nach dem Anschluss Österreichs wandte sich Hitler der Tschechoslowakei zu in dem Vorhaben, die Tschechei dem neuen „Großdeutschen Reich“ einzuverleiben und einen slowakischen Vasallenstaat zu errichten. Da die Tschechoslowakei jedoch kein rein deutschsprachiger Staat war, konnte die psychologische Vorarbeit hierfür nicht allein einer starken nationalsozialistischen Partei überlassen werden, die der Weltöffentlichkeit eine Mehrheit für den Anschluss an das Deutsche Reich vortäuschen konnte, um dann durch rasches Agieren von außen die Annexion zu erzwingen.²⁴

¹⁹ Vgl. Barkai, Avraham 1993: Judenboykott. In: Jäckel, Eberhard/ Longerich, Peter (Hg.): Enzyklopädie des Holocaust. Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden. Band II. Argon Verlag, Berlin 1993. S. 687-689.

²⁰ Völkischer Beobachter. Berliner Ausgabe Nr. 312/ Dienstag 8. November 1938. S. 1-2.

²¹ Vgl. Hildesheimer, Esriel 1993: Deutschland. In: Jäckel, Eberhard/ Longerich, Peter (Hg.): Enzyklopädie des Holocaust. Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden. Band I. Argon Verlag, Berlin 1993. S. 335.

²² Vgl. Yahil, Leni 1993: Reichskristallnacht. In: Jäckel, Eberhard/ Longerich, Peter (Hg.): Enzyklopädie des Holocaust. Band II. Berlin 1993. S. 1209.

²³ Vgl. Ebd. S. 1205.

²⁴ Vgl. Obst, Dieter: Reichskristallnacht. Frankfurt am Main 1991. S. 55.

Diese Konstellation an Ereignissen führte zur sogenannten „Sudentenkrise“, und die Verschärfung und Beeinflussung der nationalsozialistischen „Judenpolitik“ stand hierbei im Zusammenhang mit den Novemberpogromen, da die deutsche Bevölkerung zu einer tätlichen Einstellung mobilisiert werden sollte.²⁵ Im Hinblick auf die Tschechoslowakei hatte die Pressekampagne die Aufgabe, das deutsche Volk auf die aggressiven Annexionspläne Hitlers emotional einzuschwören, bis die innere Haltung der Bevölkerung auf einen gewalttätigen Zugriff abgestimmt sein würde.²⁶ Goebbels versuchte mit seiner propagandistischen Reklame das deutsche Volk als Antwort für das Attentat in Pogromstimmung zu versetzen.

Der Novemberpogrom, aufgrund der zerstörten Schaufensterscheiben euphemisierend auch „Reichskristallnacht“ genannt, markierte den Wendepunkt von einer Politik der Verfolgung der Juden, die sich inmitten des Alltags und vor den Augen der deutschen Bevölkerung vollzogen hatte, zu einer Politik der Vertreibung, die zunehmend unter Ausschluss der deutschen Öffentlichkeit stattfand.²⁷ Mit der „Reichspogromnacht“ erlangte die Verfolgung der jüdischen Gemeinde eine neue Stufe, und Goebbels nahm die Ermordung des Pariser Gesandtschaftsrates zum Vorwand, in der Nacht und am darauf folgenden Tag durch örtliche Stoßtrupps der Partei eine antisemitische Pogromstimmung in der Bevölkerung loszutreten.²⁸ „Mit keinem anderen Ereignis vorher hatte das NS-Regime so klar gezeigt, dass es nun auch auf den Anschein von rechtsstaatlicher Tradition keinen Wert mehr legt.“²⁹

Die deutsche Bevölkerung zeigte sich jedoch überwiegend zurückhaltend. Nur eine Minderheit gesellte sich zu dem plündernden und brandschatzenden Mob und beteiligte sich aktiv an den Ausschreitungen.³⁰ Goebbels und die von ihm kontrollierte deutsche Presse nannten es jedoch „die spontane Reaktion des deutschen Volkes“ auf den Pariser Mord, was nicht der Wahrheit entsprach.³¹ Aus dem Pressebericht des „Völkischen Beobachters“ vom 10. November ging somit fälschlich hervor:

²⁵ Vgl. Obst, Dieter: Reichskristallnacht. Frankfurt am Main 1991. S. 55-56.

²⁶ Vgl. Ebd. S. 56.

²⁷ Vgl. Ebd. S. 6.

²⁸ Vgl. Wendt, Bernd-Jürgen: Das nationalsozialistische Deutschland. Leske&Budrich Verlag, Opladen 2000. S. 106.

²⁹ Benz, Wolfgang (Hg.): Die Juden in Deutschland 1933-1945. Das Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft. C.H. Beck Verlag, München 1993. S. 499.

³⁰ Vgl. Wendt, Bernd-Jürgen: Das nationalsozialistische Deutschland. Opladen 2000. S. 106.

³¹ Vgl. Shirer, L. Williams: Aufstieg und Fall des Dritten Reiches. Kiepenheuer & Witsch Verlag, Berlin 1961. S. 401.

„Nach der Ermordung Gustloffs hat das deutsche Volk geschwiegen. Nach dem Tode des Gesandtschaftsrats vom Rath ist es ganz spontan zu Vergeltungsaktionen gegen die Juden in Deutschland geschritten. Der eruptive Ausbruch der Empörung der Bevölkerung in der Nacht vom 9. zum 10. November ist daraus zu erklären und zeigt nur, dass die Geduld des deutschen Volkes nunmehr restlos erschöpft ist.“³²

Das Lostreten der Ausschreitungen in der Nacht vom 9. zum 10. November erforderte jedoch das Ableben des Legationssekretärs. Die jüdische Bevölkerung war sich dieser drohenden Gefahr bewusst und dass sie auf das Schlimmste gefasst sein müsse. Die meisten Gespräche seitens der jüdischen Gemeinde drehten sich in diesem Zusammenhang damals um die berechnete Furcht, dass der Mord an vom Rath den Nazis sehr gelegen käme, und daher hofften sie bis zuletzt auf dessen Überleben.³³

Am frühen Morgen des 8. Novembers trafen die von Hitler entsandten Ärzte, Prof. Dr. Georg Magnus und der Leibarzt von Hitler, Dr. Karl Brandt, in Paris ein, um im weiteren Behandlungsverlauf des Legationssekretärs zu assistieren und seinen Zustand an den Führungstab weiterzuleiten. An diesem Tag kam währenddessen in München die gesamte „NS- Prominenz“ zusammen, um den alljährlichen Gedenktag an Hitlers Putschversuch von 1923 in pathetischer Aufmachung zu feiern.³⁴

Goebbels sah im Hinblick auf das Attentat in Paris eine Chance, die „Judenpolitik“ als Mittel zur Kompensation zu benutzen und auf dem Gebiet der „Judenfrage“ das wieder gutzumachen, was auf dem Felde der allgemeinen Politik während der „Studentenkrise“ nicht geleistet wurde. Denn die Reaktionen der deutschen Bevölkerung zeigten, dass das deutsche Volk in seiner überwiegenden Mehrheit keineswegs bereit war, den Willen Hitlers als seinen eigenen Willen zu empfinden und allen Eingebungen „des Führers“ blinden Gehorsam zu leisten.³⁵ Goebbels wollte sich unterdessen bei Hitler profilieren, und durch dessen zahlreiche antisemitische Tiraden hatte er den Eindruck, in der „Judenpolitik“ mit extremer Radikalität insgesamt richtig zu liegen.³⁶

³² Völkischer Beobachter. Berliner Ausgabe Nr: 317/ Freitag 12. November 1938. S. 1.

³³ Vgl. Thalmann, Rita: Die Kristallnacht. Frankfurt am Main 1988. S. 79.

³⁴ Vgl. Obst, Dieter: Reichskristallnacht. Frankfurt am Main 1991. S. 72.

³⁵ Vgl. Ebd. S. 60-61.

³⁶ Vgl. Ebd. S. 72.

Das „Führerprinzip“ als zentrales Element der nationalsozialistischen Herrschaft, das sich aus dem „Grundsatz unbedingter Verbindung von absoluter Verantwortlichkeit mit absoluter Autorität ergeben sollte“³⁷ und auf pseudo-germanisch-mystischen Vorstellungen von Treue-Heil und Heldentum beruhte, wurde von dem opportunistischen Goebbels in der Öffentlichkeit taktisch gezielt eingesetzt.³⁸ Die Bevölkerung war unterdessen ständig aufs Neue auf den jeweiligen politischen Kurs propagandistisch einzuschwören.³⁹ Für die Nationalsozialisten besaß Propaganda eine Schlüsselfunktion bei der Eroberung und Sicherung ihrer Herrschaft. Die propagandistische Rhetorik hatte sich auf wenige Punkte zu beschränken und sollte nicht an den Verstand, sondern an die Emotionen der Menschen gerichtet sein.⁴⁰

Massenveranstaltungen standen diesbezüglich im Zentrum der nationalsozialistischen Bewegung, besonders in den Jahren vor der Machtergreifung. In Hitlers Vorstellung war der einzelne Mensch angstbesessen. In den Massenveranstaltungen sollte er jedoch durch das Zugehörigkeitsgefühl zu einer größeren gefühlsmäßigen Gemeinschaft erneut Mut und Kraft erhalten.⁴¹ Außerdem hoben die Nationalsozialisten die Bande der Familie sowie die Beschränkung des sexuellen und sozialen Verhaltens als Verpflichtung gegenüber dem Volke hervor.⁴² Organisatorisch, und institutionell sowie konzeptionell und inhaltlich bildete hierbei das Frühjahr 1933 eine scharfe Zäsur. Erstmals wurde in Deutschland ein Ministerium für den Aufgabenbereich „der geistigen Einwirkung auf die Nation“ geschaffen, das zwölf Jahre lang bestand. Das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda (RMVP) mit Joseph Goebbels an der Spitze hatte die Aufgabe, die informations- und meinungslenkenden Aktivitäten des innenpolitischen und ausländischen Gegners zu kontrollieren.⁴³ Das Ministerium steuerte nicht nur die Informationspolitik, sondern auch große Teile des Kulturlebens und der Unterhaltungsindustrie.

³⁷ Hitler, Adolf: Mein Kampf. Jubiläumsausgabe anlässlich des 50. Lebensjahres des Führers. Zentralverlag der NSDAP, München 1939. S. 56.

³⁸ Vgl. Bankier, David 1993: Führerprinzip. In: Jäckel, Eberhard/ Longerich, Peter (Hg.): Enzyklopädie des Holocaust. Band I. Berlin 1993. S. 499.

³⁹ Vgl. Obst, Dieter: Reichskristallnacht. Frankfurt am Main 1991. S. 63.

⁴⁰ Vgl. Longerich, Peter 1993: Nationalsozialistische Propaganda. In: Jäckel, Eberhard/ Longerich, Peter (Hg.): Enzyklopädie des Holocaust. Band II. Berlin 1993. S. 1163.

⁴¹ Vgl. Mosse, L. George: Der nationalsozialistische Alltag. Athenäum Verlag, Frankfurt am Main 1993. S. 6.

⁴² Vgl. Ebd. S. 11.

⁴³ Vgl. Benz, Wolfgang 2002: Wie kam es in Deutschland zum Rassismus und Antisemitismus. In: Sösemann, Bernd (Hg.): Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft. Einführung und Überblick. Deutsche Verlags-Anstalt, München 2002. S. 63-64.

Seine Abteilungen waren zuständig für Auslandspropaganda, Rundfunk, Presse, Film, Theater, Musik sowie Schrifttum, Literatur und Fremdenverkehr.⁴⁴ Das RMVP wuchs bis 1943 zu einer riesigen Behörde mit 1000 Beschäftigten heran. Goebbels orientierte sich bei der propagandistischen Choreographie intensiv an traditionellen und profanen christlichen Formen, insbesondere an der katholischen Liturgie. Er und die NSDAP wollten mit Aggression und Randalen Profil gewinnen, indem sprachlich auf niedrigerer Ebene diffamiert und attackiert wurde.⁴⁵ Die Popularität der Partei beruhte zum Großteil auf einer effektiven Propaganda, die sich vor allem in Massenkundgebungen manifestierte. Die NSDAP war von einer auf dem „Führerprinzip“ basierenden, zentralistischen und autoritären Struktur geprägt, und der Antisemitismus spielte innerhalb der Propagandaführung eine gewichtige Rolle.⁴⁶

„Mit dem 30. Januar 1933 wurde die NSDAP zum politischen Orden des völkischen Führerreichs mit den Hauptzielen: Erziehung des Volkes, Durchsetzung der Weltanschauung, Auslese der Führer und völkische Willensbildung.“⁴⁷ Da in der NS-Diktatur das Propagandistische mit zu den Grundlagen der Staatsführung und der öffentlichen Kommunikation zählte, mussten alle Medien, Kommunikatoren, Schriftsteller, die Bildende Kunst und auch das Theater dafür gewonnen werden, ihre Kräfte auf das übergeordnete Ziel auszurichten, das darin bestand, die Volksgemeinschaft zu festigen und zu gestalten.⁴⁸ Die Heiligkeit der Familie, die Ehe und das unprätentiöse, ergebene Leben wurden hierbei ebenso herausgestellt. „Ergeben und geweiht dem Volk, nicht dem Geldverdienen. Die moderne Bourgeoise wurde verdammt, weil sie *verjudet* war.“⁴⁹ Inhaltlich basierte die NS-Propaganda auf einem simplen Schwarz-Weiß-Schema: „Stereotype Feindbilder wurden einer nur vage beschriebenen Utopie einer homogenen und konfliktfreien Volksgemeinschaft gegenübergestellt.“⁵⁰

⁴⁴ Vgl. Longerich, Peter 1993: Nationalsozialistische Propaganda. In: Jäckel, Eberhard/ Longerich, Peter (Hg.): Enzyklopädie des Holocaust. Band II. Berlin 1993. S. 1164.

⁴⁵ Vgl. Benz, Wolfgang 2002: Wie kam es in Deutschland zum Rassismus und Antisemitismus. In: Sösemann, Bernd (Hg.): Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft. München 2002. S. 64-65.

⁴⁶ Vgl. Bankier, David 1993: NSDAP. In: Jäckel, Eberhard/ Longerich, Peter (Hg.): Enzyklopädie des Holocaust. Band I. Berlin 1993. S. 1049.

⁴⁷ Benz, Wolfgang 2002: Wie kam es in Deutschland zum Rassismus und Antisemitismus. In: Sösemann, Bernd (Hg.): Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft. München 2002. S. 66.

⁴⁸ Vgl. Ebd. S. 66.

⁴⁹ Mosse, L. George: Der nationalsozialistische Alltag. Frankfurt am Main 1993. S. 6.

⁵⁰ Longerich, Peter 1993: Nationalsozialistische Propaganda. In: Jäckel, Eberhard/ Longerich, Peter (Hg.): Enzyklopädie des Holocaust. Band II. Berlin 1993. S. 1164.

Hitler verlangte, dass eine „innere Erziehung des Menschen“ folgen müsse, und dass das Volk einheitlich zu reagieren habe und sich der Regierung mit ganzer Sympathie zur Verfügung stellen solle.⁵¹ „Dieser neue Menschentyp müsste jene kulturell interessierte schöpferische Persönlichkeit sein, die durch ihre schöpferische Kraft ihr *Deutschtum* verwirklicht.“⁵² Diese Strömung war in der Idee des deutschen Nationalismus immer vorhanden und spiegelte in ihrer Betonung des Schöpferischen die individuelle Frustration in einer immer unpersönlicher werdenden Welt wider.⁵³

3.2 Der Tod vom Rath und affektgeladener Aktionismus

Trotz ärztlicher Bemühungen starb Ernst Eduard vom Rath am 9. November 1938 gegen 16:30 Uhr, nicht zuletzt auch infolge seiner schon vor dem Attentat geschwächten Gesundheit.⁵⁴ Nachdem Adolf Hitler am 9. November gegen 19:00 Uhr im Münchner Festsaal eingetroffen war und zunächst vom Oberbürgermeister begrüßt wurde, erhielt er während des Essens von seinem Adjutanten die Nachricht, dass Ernst vom Rath seinen Verletzungen erlegen sei.⁵⁵ Noch auf dem Krankenbett wurde er von Hitler zum Gesandtschaftsrat I. Klasse ernannt, und die nationalsozialistische Propaganda stilisierte ihn schließlich zum politischen Märtyrer und ersten Blutopfer eines Kampfes, den das „Weltjudentum“ gegen das Dritte Reich angeblich führte.⁵⁶

*„Der deutsche Gesandtschaftsrat vom Rath ist am 9. November seinen schweren Verletzungen erlegen. Ein jüdischer Terrorist, ein wertloses Glied der menschlichen Gesellschaft, hat einen braven Mann ausgelöscht. Wieder ist ein Blutzuge zur Armee der deutschen Märtyrer gestoßen.“*⁵⁷

Die Tatsache, dass Hitler seinen Begleitarzt nach Paris entsandt hatte und den Legationssekretär noch kurz vor dessen Tode zum Gesandtschaftsrat I. Klasse ernannte, weist unter anderem auf die große Bedeutung hin, die Hitler diesem Fall beimaß.⁵⁸

⁵¹ Vgl. Mosse, L. George: Der nationalsozialistische Alltag. Frankfurt am Main 1993. S. 70.

⁵² Ebd. S. 4.

⁵³ Vgl. Ebd. S. 4-5.

⁵⁴ Vgl. Döscher, Hans- Jürgen: Reichskristallnacht. Frankfurt am Main 1990. S. 64-65.

⁵⁵ Vgl. Obst, Dieter: Reichskristallnacht. Frankfurt am Main 1991. S. 73.

⁵⁶ Vgl. Döscher, Hans- Jürgen: Reichskristallnacht. Frankfurt am Main 1990. S. 65.

⁵⁷ Völkischer Beobachter. Berliner Ausgabe Nr. 314/ Donnerstag 10. November 1938. S. 1.

⁵⁸ Vgl. Döscher, Hans- Jürgen: Reichskristallnacht. Frankfurt am Main 1990. S. 80.

Ebenso zeigte er sich nach Erhalten der Nachricht über das Ableben des Gesandtschaftsrates äußerst angespannt und hatte während der Festlichkeiten in München eine eindringliche Unterredung mit Goebbels, der ebenfalls am „Führertisch“ saß. Einige Zeit nach dem Aufbruch Hitlers, der in seine Privatwohnung an der Äußeren Prinzregentenstraße gefahren war, erhob sich Goebbels, bat um Ruhe und teilte der anwesenden NSDAP-Führerschaft den Tod des Parteigenossen vom Rath mit.⁵⁹ Anschließend folgte eine wüste und antisemitische Hetzrede, aus der unter anderem hervorging, dass dies nach dem Attentat auf Wilhelm Gustloff in der Schweiz im Jahre 1936 bereits der zweite Mord sei, den das „internationale Judentum“ an einem Nationalsozialisten im Ausland verübt habe und dass nun endlich etwas geschehen müsse.⁶⁰

Weiter führte Goebbels aus, dass es in den Gauen Kurhessen und Magdeburg-Anhalt zu antijüdischen Demonstrationen gekommen sei, hierbei seien jüdische Geschäfte zerstört und Synagogen in Brand gesetzt worden, und es seien noch weitere Ausschreitungen zu erwarten. Auf seinen Vortrag, so fuhr er fort, habe Hitler entschieden, dass derartige Demonstrationen von der Partei weder vorzubereiten noch zu organisieren seien, soweit sie jedoch spontan entstünden, sei ihnen aber auch nicht entgegenzuwirken.⁶¹ Die Rede des Propagandaministers konnte von der anwesenden NSDAP-Führerschaft nur so verstanden werden, dass „die Partei nach außen hin nicht als Urheber der Demonstrationen in Erscheinung treten, sie in Wirklichkeit aber organisieren und durchführen sollte.“⁶² Die Rede von Joseph Goebbels befreite die hohen SA- und Partei-Führer aus der zwar finanziell versüßten, auf die Dauer aber eintönigen erzwungenen politischen Passivität, indem er ihnen die Möglichkeit bot, an einem großen innen- und außenpolitischen Thema entscheidend mitzuwirken, da er ihnen für ihre politische „Kaltstellung“ eine Art Ersatzbefriedigung auf dem Gebiet der „Judenfrage“ ermöglichte.⁶³ Die Hauptverantwortung des Propagandaministers in der Auslösung des Pogroms wurde von Reichsjugendführer Baldur von Schirach sowie vom SA-Führer Hanns Günther von Obernitz, die beide am Kameradschaftsabend vom 9. November 1938 anwesend waren, vor dem Nürnberger Gericht bestätigt.⁶⁴ Inwieweit Hitler selbst auf die Auslösung des Pogroms eingewirkt hat, lässt sich nur schwer rekonstruieren und ist nicht mit Sicherheit feststellbar.

⁵⁹ Vgl. Obst, Dieter: Reichskristallnacht. Frankfurt am Main 1991. S. 74.

⁶⁰ Vgl. Thalmann, Rita: Die Kristallnacht. Frankfurt am Main 1988. S. 81.

⁶¹ Vgl. Obst, Dieter: Reichskristallnacht. Frankfurt am Main 1991. S. 74.

⁶² Ebd. S. 74.

⁶³ Vgl. Obst, Dieter: Reichskristallnacht. Frankfurt am Main 1991. S. 77.

⁶⁴ Vgl. Thalmann, Rita: Die Kristallnacht. Frankfurt am Main 1988. S. 82.

Soweit die Forschung ihn für den Urheber der Aktion hält und dafür Quellenbelege angibt, stützt sie sich auf die nach 1945 geäußerten Behauptungen des ehemaligen „Reichspressechefs“ Otto Dietrich.⁶⁵ In seinen Memoiren „Zwölf Jahre mit Hitler“ erläutert Dietrich, Hitler allein sei der Urheber des Pogroms und habe Goebbels den Befehl erteilt, die Aktion auszulösen und der SA die nötigen Anweisungen dafür zu geben.⁶⁶ Dietrich erläutert in seinen Aufzeichnungen, dass Hitler Goebbels den Befehl in seiner Privatwohnung in München erteilt hätte und dass das Volk - wie in vielen anderen Fällen - in Hitler nicht den Schuldigen sah. „In Wirklichkeit aber war er hinter den Kulissen der alleinige Veranlasser der Zerstörungsaktion und der wilde, gewalttätige Antreiber zu ihrer Durchführung.“⁶⁷

Der von der NS-Führung entfesselte Pogrom löste auch innerhalb der nationalsozialistischen Führungsgruppe eine Krise aus. Während „Reichsführer-SS“ Himmler bereits in der Nacht zum 10. November seinen Ärger über den Propagandaminister zu Papier gebracht hatte, erfuhr Göring erst am Morgen des 10. Novembers 1938 vom Ausbruch der Ausschreitungen und fügte hinzu, dass es unverantwortlich sei, so viele wirtschaftliche Werte der Vernichtung preiszugeben.⁶⁸ Bei der Sitzung vom 12. November rügte Göring den anwesenden Propagandaminister zusätzlich, indem er erklärte, dass der Schaden nicht die jüdische Gemeinde treffe, sondern die deutschen Versicherungsgesellschaften.

Da Hitler darauf bedacht war, eine Geschlossenheit der oberen Führungsgruppe nach außen aufrecht zu erhalten und rasch bemerkte, dass es Göring hauptsächlich um die während des Pogroms zerstörten Sachwerte ging, besänftigte er ihn mit dem Vorschlag einer kollektiven „Sühneleistung“, die die jüdische Bevölkerung für den Legationssekretärs an das Reich entrichten sollte.⁶⁹ Göring griff die Idee Hitlers auf, und die Gesamtsumme der „Sühneleistung“ wurde auf eine Milliarde Reichsmark festgesetzt.⁷⁰ Wie sehr Goebbels mit der Auslösung des Pogroms innerhalb der NS-Führungsgruppe unter Bedrängnis gekommen war, zeigen seine Instruktionen an die Presse vom 10. November 1938:

⁶⁵ Vgl. Obst, Dieter: Reichskristallnacht. Frankfurt am Main 1991. S. 78-79.

⁶⁶ Vgl. Thalmann, Rita: Die Kristallnacht. Frankfurt am Main 1988. S. 82.

⁶⁷ Dietrich, Otto: 12 Jahre mit Hitler. Isar Verlag, München 1955. S. 56.

⁶⁸ Vgl. Obst, Dieter: Reichskristallnacht. Frankfurt am Main 1991. S. 89.

⁶⁹ Vgl. Ebd. S. 89.

⁷⁰ Vgl. Ebd. S. 94.

„Es ergeht nunmehr an die gesamte Bevölkerung die strenge Aufforderung, von allen weiteren Demonstrationen und Vergeltungsaktionen gegen das Judentum, gleichgültig welcher Art, sofort abzusehen. Die Endgültige Antwort auf das jüdische Attentat in Paris wird auf dem Wege der Gesetzgebung bzw. der Verordnung dem Judentum erteilt werden.“⁷¹

Der Tagebucheintrag von J. Goebbels zum 12. November 1938 zeigt sich allerdings wie folgt:

In Berlin ist in der Nacht alles ruhig geblieben. Die Juden haben sich bereiterklärt, für die Schäden des Tumults aufzukommen. Das macht in Berlin alleine 5 Millionen Reichsmark. Das ist ein ganz guter Aderlass. Die Lage im Reich hat sich allgemein beruhigt. Es ist kaum noch etwas vorgekommen. Die Juden können mir obendrein noch dankbar sein. Die Auslandspresse ist sehr schlecht. Vor allem die amerikanische. Ich empfange die Berliner Auslandsjournalisten und erkläre ihnen die ganze Frage⁷².

Obwohl die Reichspropagandaleitung der NSDAP bereits am 10. November die Bevölkerung aufgefordert hatte, von allen weiteren Aktionen und Demonstrationen gegen das Judentum abzusehen, gingen die Ausschreitungen an vielen Orten des Deutschen Reichs unvermindert weiter. Der antisemitische Aktionismus der nationalsozialistischen Partei war offensichtlich außer Kontrolle geraten. Einem Bericht des SD-Unterabschnitts Wien vom 10. November zufolge wurden viele Stimmen laut, die bedauerten, dass die Aktionen nicht fortgesetzt werden dürfen.⁷³ Die scharfen Reaktionen auf die Ausschreitungen des Novemberpogroms seitens der westlichen Presse beeindruckten die Nationalsozialisten allerdings nicht im Geringsten. Diese Taubheit spiegelte sich ebenso in internen Überlieferungen wieder, wie der Präsident des Verbandes der ausländischen Presse in Berlin, Louis P. Lochner, über die Pressekonferenz im Propagandaministerium am 10. November 1938 berichtete.

Wir, die Auslandsjournalisten wurden aufgefordert, uns am späteren Vormittag im Propagandaministerium einzufinden, da Dr. Goebbels eine Mitteilung zu machen wünsche. Bei unserer täglichen Pressekonferenz, die in der Regel von dem für auswärtige Presseangelegenheiten zuständigen Abteilungsleiter abgehalten wurden, saßen wir in Armsesseln, wo man bequem mitschreiben konnte. Auch gab es reichlich Gelegenheit, Fragen zu stellen.

⁷¹ Vgl. Völkischer Beobachter. Berliner Ausgabe Nr: 314/ Donnerstag 10. November 1938. S. 3-4.

⁷² Fröhlich, Elke (Hg.): Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente. Band III./ 01.01.1937-31.12.1939. K.G. Saur Verlag, München 1987. S. 532.

⁷³ Vgl. Döscher, Hans- Jürgen: Reichskristallnacht. Frankfurt am Main 1990. S. 109.

Diesmal aber wurden wir in den sogenannten Thronsaal geführt, einen großen feierlichen Raum im ehemaligen Palais Leopold, wo jetzt der Sitz des Propagandaministeriums war. Es gab keine Sitze. Wir standen herum in der Erwartung des Ministers. Plötzlich trat er mit raschen, erregten Schritten ein und forderte uns auf, um ihn einen Halbkreis zu bilden. Seine nun folgenden Erklärungen gipfelten in die Worte: „ Alle Berichte über Plünderung und Zerstörung von jüdischen Eigentum, die ihnen zu Ohren gekommen sein mögen, sind erstunken und erlogen. Den Juden ist kein Haar gekrümmt worden“. Wir blickten uns verdutzt an. Keiner von uns hatte in seiner beruflichen Laufbahn etwas Ähnliches erlebt.⁷⁴

Zwischen dem 10. November und 22. Dezember 1938 ließen die nationalsozialistischen Machthaber nahezu 30.000 männliche, insbesondere wohlhabende Juden verhaften und in die Konzentrationslager Dachau, Buchenwald und Sachsenhausen abtransportieren. Die Transporte kamen aus München, Regensburg, Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe, Augsburg, Bamberg, Fürth, Heilbronn, Ulm a. d. Donau, Stuttgart, Wien, Graz, Nürnberg, Frankfurt am Main, Saarbrücken, Köln, Offenbach, Düsseldorf, Wuppertal und Essen.⁷⁵ Den Abtransport der jüdischen Männer zur Verschiebung in eines der Konzentrationslager missbrauchten die örtlichen Parteileiter meist dazu, einen „spontanen Volkslauf“ vor dem Gefängnis oder am Bahnhof unter Einsatz von Schulkindern, Hitlerjungen in Zivil und einigen Parteigenossen zu inszenieren, um eine spontane Volksakklamation zu der „Judenaktion“ nachträglich vorzutäuschen.⁷⁶

Göring lenkte nun mit Himmler zusammen die „Judenpolitik“ des Reichs, während Goebbels unterdessen immer mehr an Einfluss verlor. Die Methoden der SS und des SD unter Reinhard Heydrich bestimmten nunmehr das Vorgehen.⁷⁷ Die Darstellung, dass die Pogrome zwar von Goebbels angestiftet, dann aber von der SS-Führung und namentlich von Heydrich verübt worden seien, lässt sich nicht bestätigen.

⁷⁴ Vgl. Michaelis, Herbert/ Schraepfer, Ernst (Hg.): Ursachen und Folgen: Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Dokumenten Verlag Wendler & Co, Berlin 1966. S. 586.

⁷⁵ Vgl. Döcher, Hans- Jürgen: Reichskristallnacht. Frankfurt am Main 1990. S. 110.

⁷⁶ Vgl. Obst, Dieter: Reichskristallnacht. Frankfurt am Main 1991. S. 352.

⁷⁷ Vgl. Yahil, Leni 1993: Reichskristallnacht. In: Jäckel, Eberhard/ Longerich, Peter (Hg.): Enzyklopädie des Holocaust. Band II. Berlin 1993. S. 1209-1210.

Nach übereinstimmender Auffassung verschiedener Zeitzeugen aus dem Umkreis Hitlers und Himmlers haben Goebbels und die Parteiorganisationen – insbesondere Gauleiter und Kreisleiter unter Hinzuziehung der SA – den „Feldzug“ gegen die jüdische Gemeinde inszeniert und durchgeführt.⁷⁸ Goebbels hatte in seiner Hetzrede im Münchner Rathaus zwar keinen ausdrücklichen Befehl zu antijüdischen Ausschreitungen gegeben, sondern „lediglich“ indirekt dazu aufgefordert und war auf ein freiwilliges Mitziehen der Zuhörer angewiesen, was letztlich auch geschah. Die Ahnungslosigkeit von Hitler über die Durchführung der Aktion ist ein kaum haltbarer und kaum glaubwürdiger Aspekt, wenngleich ihm auch kein direkter Befehl über die Auslösung des Novemberpogroms nachzuweisen ist.⁷⁹

Weder eine an antisemitischen Überlegungen orientierte Vorplanung des Pogroms innerhalb der nationalsozialistischen Spitze, noch eine antisemitische Einstellung der Mehrheit der Täter oder der deutschen Bevölkerung waren für die „Reichskristallnacht“ verantwortlich, sondern die aus den unkoordinierten Entscheidungs- und Herrschaftsstrukturen des NS-Regimes erwachsene Radikalisierung des gesamten Regimes, das zu einer längerfristigen, kompromissfähigen, realistischen und konstruktiven Politik unfähig war.⁸⁰ Unumstößlich, innerhalb dieser unterschiedlichen Aspekte, markierte der Novemberpogrom einen Wendepunkt der Ereignisse, bereitete den Weg zur vernichtenden Auflösung der jüdischen Bevölkerung und signalisierte den ersten Schritt zur „Endlösung“.⁸¹

3.3 Die Situation der jüdischen Bevölkerung nach den Novemberpogromen

Das berufliche, wirtschaftliche und kulturelle Leben der deutschen Juden kam nach der „Reichskristallnacht“ des Jahres 1938 völlig zum Erliegen. Jüdische Organisationen wurden aufgelöst, viele ihrer Repräsentanten verhaftet, und das weitere Erscheinen jüdischer Publikationen wurde untersagt.⁸² Der Pogrom beschleunigte die Auflösung der jüdischen Gemeinden, und deren Eigentum wurde von Adolf Eichmann, dem 1961 in Israel der Prozess

⁷⁸ Vgl. Döscher, Hans- Jürgen: Reichskristallnacht. Frankfurt am Main 1990. S. 80.

⁷⁹ Obst, Dieter: Reichskristallnacht. Frankfurt am Main 1991. S. 82.

⁸⁰ Vgl. Ebd. S. 349.

⁸¹ Vgl. Yahil, Leni 1993: Reichskristallnacht. In: Jäckel, Eberhard/ Longerich, Peter (Hg.): Enzyklopädie des Holocaust. Band II. Berlin 1993. S. 1210.

⁸² Vgl. Döscher, Hans- Jürgen: Reichskristallnacht. Frankfurt am Main 1990. S. 117.

gemacht wurde, beschlagnahmt und an das Auswanderungsbüro in Wien überführt.⁸³ Bereits unmittelbar nach der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ im Jahre 1933 hatte das Reichswirtschaftsministerium mit verschiedenen jüdischen Institutionen und Banken Handelsabkommen geschlossen. Durch das sogenannte „Haavara-Abkommen“ (hebräisch für Transfer) sollte unter anderem die „Abwanderung“ deutscher Juden nach Palästina gefördert werden, ohne dabei die Devisenbestände der Reichsbank zu belasten.⁸⁴ Das Abkommen wurde Anfang August 1933 unterzeichnet und ermöglichte jüdischen Einwanderern oder Investoren, Kapital aus Deutschland in Form von Waren nach Palästina zu exportieren und erleichterte somit die jüdische Auswanderung aus Deutschland.⁸⁵ Die deutsche Regierung arrangierte mit diesem Transfer-Abkommen den Abzug deutscher Juden nach Palästina. Insgesamt wurden durch das „Haavara-Abkommen“ zusammen mit der Reichsbank 139,6 Millionen Reichsmark aus jüdischen Vermögen transferiert, und ca. 50.000 Juden wanderten im Rahmen dieser „Aktion“ in Palästina ein.⁸⁶ Insgesamt war Palästina zwischen 1945 und 1955 das Hauptziel der legalen und illegalen Auswanderung. An zweiter Stelle rangierten die USA, dahinter Kanada, Australien und südamerikanische Staaten. Die Anziehungskraft Israels verringerte sich, je weiter das Kriegsende zurücklag.⁸⁷

Die Richtziele und Modalitäten zur endgültigen Entrechtung der jüdischen Bevölkerung wurden bei der Besprechung im Reichsluftfahrtministerium am 12. November 1938 unter Hermann Göring festgelegt. Hierin ging es um eine „Arisierung der Wirtschaft“, die beschleunigt durchgeführt werden sollte. Außerdem sollte die jüdische Auswanderung auf jede Weise gefördert sowie die Enteignung des jüdischen Grundbesitzes vorangetrieben werden.⁸⁸ Die Besprechung über die „Judenfrage“ vom 12. November 1938 markiert im Ergebnis „den Übergang von der Verfolgung zur existentiellen Vernichtung der Juden im deutschen Reich.“⁸⁹

⁸³ Vgl. Rosenkranz, Herbert 1993: Österreich. In: Jäckel, Eberhard/ Longerich, Peter (Hg.): Enzyklopädie des Holocaust. Band II. Berlin 1993. S. 1078-1079.

⁸⁴ Vgl. Venus, Theodor/ Wenck, Alexandra-Eileen (Hg.): Die Entziehung jüdischen Vermögens im Rahmen der Aktion Gildemeester. Eine empirische Studie über Organisation, Form und Wandel von „Arisierung“ und jüdischer Auswanderung in Österreich 1938-1941. Oldenburg Verlag, München 2004. S. 31-32.

⁸⁵ Vgl. Gelber, Yoav 1993: Haavara-Abkommen. In: Jäckel, Eberhard/ Longerich, Peter (Hg.): Enzyklopädie des Holocaust. Band II. Berlin 1993. S. 589.

⁸⁶ Vgl. Venus, Theodor/ Wenck, Alexandra-Eileen (Hg.): Die Entziehung jüdischen Vermögens im Rahmen der Aktion Gildemeester. München 2004. S. 32-33.

⁸⁷ Vgl. Albrich, Thomas 1995: Zwischenstation des Exodus. In: Heiss, Gernot/ Rathkolb, Oliver (Hg.): Asyl und wider Willen. Flüchtlinge in Österreich im europäischen Kontext 1914. Dachs Verlag, Wien 1995. S. 136.

⁸⁸ Vgl. Döscher, Hans-Jürgen: Reichskristallnacht. Frankfurt am Main 1990. S. 113-114.

⁸⁹ Ebd. S. 115.

Die Auswanderung geriet zur Massenflucht. Zwischen November 1938 und September 1939 verließen annähernd so viele Juden ihre Heimat wie in den fünfeinhalb Jahren zuvor.⁹⁰ Mit dem Anschluss Österreichs im März 1938 veränderte sich zudem die Ausgangssituation der Auswanderung, die unter der Leitung des SD unter Eichmann stand, da die Auswanderungsverfahren der „Haavara“ und „Paltreu“ (Palästina-Treuhandstelle zur Beratung deutscher Juden) auf das „Altreich“ begrenzt waren und zunächst nicht für die nun angegliederten österreichischen Gebiete zur Verfügung standen.⁹¹ Im Juli und August 1938 erfolgten schließlich „reichseinheitliche“ gesetzgeberische Akte, wonach Juden Vornamen wie „Israel“ oder „Sarah“ annehmen mussten und die Reisepässe von jüdischen Gemeindemitgliedern auf der ersten Seite durch ein großes „J“ gekennzeichnet wurden.⁹²

Die Diskriminierung wurde auch in der Wirtschaft durchgesetzt. Im öffentlichen Dienst und in einzelnen Bereichen der Privatwirtschaft wurden jüdische Angestellte und Arbeiter radikal entlassen, was zu einer vorübergehenden Arbeitslosensteigerung in Wien beitrug.⁹³ Schon in den Märztagen des Jahres 1938 begann der Raubzug auf jüdische Wohnungen: Während der pogromartigen Vorgänge im Gefolge der nationalsozialistischen Machtübernahme verloren tausende jüdische Familien ihre Wohnungen.⁹⁴ Für die österreichischen Juden war der Anschluss von erheblicher Bedeutung, sie wurden nun auch offiziell Opfer der nationalsozialistischen Judenverfolgung. Unmittelbar nach der Angliederung an das Deutsche Reich begann eine gewalttätige Phase „wilder Arisierungen“, die die österreichischen jüdischen Unternehmer in kürzester Zeit um ihren Besitz brachten.⁹⁵ Das Ausmaß der „Arisierungen“ war in Wien so groß, dass es nicht mehr wie im sogenannten „Altreich“ durch bloße Improvisation eingedämmt werden konnte. Die „wildten Arisierungen“ von Seiten allzu eifriger Anhänger führten dazu, dass die „ostmärkischen“ Notwendigkeiten den Erlass von „Arisierungsverordnungen“ im ganzen „Reich“ beschleunigten.

⁹⁰ Vgl. Döcher, Hans- Jürgen: Reichskristallnacht. Frankfurt am Main 1990. S.117.

⁹¹ Venus, Theodor/ Wenck, Alexandra-Eileen (Hg.): Die Entziehung jüdischen Vermögens im Rahmen der Aktion Gildemeester. München 2004. S. 64-65.

⁹² Vgl. Thieberger, Richard 1990: Die assimilierte jüdische Jugend im Wiener Kulturleben um 1930. In: Botz, Gerhard/ Oxaal, Ivar (Hg.): Eine zerstörte Kultur. Rottenburg 1990. S. 291.

⁹³ Vgl. Ebd. S. 292.

⁹⁴ Vgl. Botz, Gerhard: Wohnungspolitik und Judendeportation in Wien 1938-1945. Zur Funktion des Antisemitismus als Ersatz nationalsozialistischer Sozialpolitik. Geyer- Edition, Wien 1975. S. 57.

⁹⁵ Vgl. Gutman, Israel 1993: Anschluss. In: Jäckel, Eberhard/ Longerich, Peter (Hg.): Enzyklopädie des Holocaust. Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden. Band I. Berlin 1993. S. 42.

Hieraus bildeten sich wiederum österreichische Verwaltungspraktiken, die schon bald dem „Altreich“ und anderen „neuen Reichsgebieten“ zum Vorbild dienen sollten.⁹⁶

3.4 Der Prozess Grynszpan und das Auswärtige Amt

Am 11. November 1938 erfolgte noch vor dem Staatsbegräbnis Eduard vom Rath die erste Besprechung zur Durchführung des Mordprozesses gegen Grynszpan, an der neben den zuständigen Referenten des Propagandaministeriums je ein Vertreter des „Auswärtigen Amts“ und der Auslandsorganisation der NSDAP teilnahm.⁹⁷ „Das Auswärtige Amt wahrte innerhalb der deutschen Ministerialbürokratie den Schein von Kontinuität und Ansehen.“⁹⁸ Als Hermann Göring im Jänner 1939 jedoch Heydrich mit der Errichtung einer „Reichszentrale für jüdische Auswanderung“ beauftragte, die alle Maßnahmen für die jüdische Emigration aus Deutschland treffen sollte, wollte das „Auswärtige Amt“ daran beteiligt sein. Zu diesem Zeitpunkt ergriff das Amt eindeutig Partei für die SS. Deutschland sollte durch erzwungene Emigration völlig „judenrein“ werden, und das Mittel dazu sollte der systematische wirtschaftliche Ruin der deutschen Juden sein.⁹⁹

Die Verteidigung von Herschel Grynszpan übernahm der berühmte Rechtsanwalt Moro-Giafferi, der bereits David Frankfurter im Fall Gustloff in der Schweiz beigestanden hatte.¹⁰⁰ Er bemühte sich, die Eltern des Zeugen nach Paris zu laden, damit sie vor Gericht „über die gewaltsamen Umstände ihrer Deportation berichten sollten, mit denen der Angeklagte seine Tat motivierte.“¹⁰¹ Um zu verhindern, dass die Eltern Grynszpans vor aller Öffentlichkeit über ihre leidvolle Erfahrung mit der Gestapo und über ihre Vertreibung an die polnische Grenze Aussagen machten, die für das NS-Regime öffentlich belastend gewesen wären, wandte sich das Propagandaministerium an das „Auswärtige Amt“ mit dem Ersuchen, durch Einwirkung auf das polnische Außenministerium in Warschau den Eltern die Ausreise zu verweigern.¹⁰² Die Ernennung Joachim von Ribbentrops zum Außenminister im Februar 1938 war kein unwesentlicher Schritt bei der „Nazifizierung“ des Amtes.

⁹⁶ Vgl. Thieberger, Richard 1990: Die assimilierte jüdische Jugend im Wiener Kulturleben um 1930. In: Botz, Gerhard/ Oxaal, Ivar (Hg.): Eine zerstörte Kultur. Rottenburg 1990. S. 294-295.

⁹⁷ Vgl. Döscher, Hans- Jürgen: Reichskristallnacht. Frankfurt am Main 1990. S. 147.

⁹⁸ Jäckel, Eberhard/ Longerich, Peter (Hg.): Enzyklopädie des Holocaust. Band I. Berlin 1993. S. 136.

⁹⁹ Vgl. Ebd. S. 138.

¹⁰⁰ Vgl. Thalmann, Rita: Die Kristallnacht. Frankfurt am Main 1988. S. 60.

¹⁰¹ Döscher, Hans- Jürgen: Reichskristallnacht. Frankfurt am Main 1990. S. 147.

¹⁰² Vgl. Ebd. S. 147.

Im Interesse einer stärkeren Präsenz machte sich hierbei das „Referat Deutschland“ die Politik der SS voll zu eigen.¹⁰³ Unter jenem wies das „Auswärtige Amt“ am 22. Dezember 1938 die Botschaft Warschau an, die Ausreise der Familie Grynszpan zur Vernehmung in Paris in geeignet erscheinender Weise zu verhindern.¹⁰⁴

Für die Begleichung der entstehenden Kosten im Prozess sorgte Mrs. Dorothy Thompson, eine Journalistin der „New York Herald Tribune“, die die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten mit der Aufforderung mobilisiert hatte, Grynszpan und den deutschen Juden zu helfen.¹⁰⁵ Dorothy Thompson fand Unterstützung in sechsundvierzig Staaten der USA, und mehrere amerikanische Journalisten bildeten mit ihr ein „Fundraising Committee“ zur Verteidigung Herschel Grynszpans, dessen Ertrag an Rechtsanwalt Moro-Giafferi überwiesen werden sollte.¹⁰⁶ Der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges am 1. September 1939 lähmte zunächst die Prozessvorbereitungen der französischen Justiz, die mit dem Überfall auf Frankreich im Mai 1940 ganz zum Erliegen kamen.¹⁰⁷ Tatsächlich fand der Prozess, dessen Prozedere sich über zweieinhalb Jahre erstreckte, nie statt, da Grynszpan die juristische Maschinerie blockierte, indem er behauptete, er habe eine homosexuelle Beziehung zu Eduard vom Rath unterhalten und dies sei der Hauptgrund für dessen Ermordung gewesen.¹⁰⁸

4. Die Entstehung antijüdischer Ideologien

Der Begriff Antisemitismus als Ausdruck von Gegnerschaft und Hass gegenüber Juden, setzte sich seit Ende der 70er-Jahre des 19. Jahrhunderts in ganz Europa durch.¹⁰⁹ Auch die Judenfeindschaft erhielt in diesem Zeitraum eine neue Dimension in „Gestalt des rassistisch und sozialdarwinistisch argumentierenden modernen Antisemitismus, der sich als Resultat angeblicher wissenschaftlicher Erkenntnisse produzierte.“¹¹⁰

¹⁰³ Vgl. Browning, R. Christopher 1993: Auswärtiges Amt. In: Jäckel, Eberhard/ Longerich, Peter (Hg.): Enzyklopädie des Holocaust. Band I. Berlin 1993. S. 138.

¹⁰⁴ Vgl. Döscher, Hans- Jürgen: Reichskristallnacht. Frankfurt am Main 1990. S. 148.

¹⁰⁵ Vgl. Thalmann, Rita: Die Kristallnacht. Frankfurt am Main 1988. S. 60.

¹⁰⁶ Vgl. Ebd. S. 60-61.

¹⁰⁷ Vgl. Döscher, Hans- Jürgen: Reichskristallnacht. Frankfurt am Main 1990. S. 149.

¹⁰⁸ Vgl. Thalmann, Rita: Die Kristallnacht. Frankfurt am Main 1988. S. 77.

¹⁰⁹ Vgl. Gutman, Israel 1993: Antisemitismus. In: Jäckel, Eberhard/ Longerich, Peter (Hg.): Enzyklopädie des Holocaust. Band I. Argon Verlag, Berlin 1993. S. 51.

¹¹⁰ Benz, Wolfgang 2002: Wie kam es in Deutschland zum Rassismus und Antisemitismus. In: Sösemann, Bernd (Hg.): Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft. München 2002. S.43.

Der Unterschied zur älteren Judenfeindschaft basierte darauf, dass Rasseneigenschaften im Gegensatz zu religiösen Bekenntnissen für unveränderbar gehalten wurden. Die Taufe konnte daher, nach Überzeugung der Antisemiten, den Makel des Judendaseins nicht mehr aufheben.¹¹¹ „Jede Darstellung der Entstehungsbedingungen der politischen Judenfeindlichkeit in Österreich, ihrer Rolle und ihrer Entwicklung in gesellschaftlichen Prozessen und Darlegungen muss dort ansetzen, wo die objektiven Notwendigkeiten und Möglichkeiten auftreten, größere Massen der Bevölkerung in das politische Leben zu integrieren.“¹¹²

Urheber – und gleichzeitig Opfer - jener polit-ökonomischen Voraussetzungen war das liberale Bürgertum.¹¹³ Viele sehen die Ursachen des Judenhasses in der Gegenüberstellung zwischen Christentum und Judentum. Dieser Ansicht zufolge gründete sich die Antipathie gegenüber den Juden, die schon in der griechisch-römischen Welt bestand, auf den jüdischen Monotheismus und den damit verbundenen Lebensstil.¹¹⁴ Alle älteren Judenverfolgungen im christlichen Europa waren religiös begründet und endeten mit der Bereitschaft der Juden, Christen zu werden. Der religiöse Vorbehalt war mit der Taufe beendet gewesen, der rassistisch begründete Makel war unterdessen nicht kurierbar.¹¹⁵ „In Deutschland wurde die Mode gewordene Rassentheorie fast ausschließlich als Auseinandersetzung mit der jüdischen Minderheit begriffen und agiert.“¹¹⁶

Die NSDAP stütze sich auf die Lehre von der Ungleichheit der Rassen und versprach den Deutschen mehr Chancengleichheit. Das machte das NS-Regime für die Mehrheit der Deutschen so attraktiv.¹¹⁷ Für sie bedeutete der Nationalsozialismus nicht Diktatur, Redeverbot und Unterdrückung, sondern Freiheit und Abenteuer, und sie sahen darin, eine Verlängerung der Jugendbewegung und ein körperliches und geistiges Anti-Aging-Programm.¹¹⁸ „Sie betrieben die nachpubertäre Identitätssuche im Vollgefühl scheinbarer Omnipräsenz.“¹¹⁹

¹¹¹ Vgl. Benz, Wolfgang 2002: Wie kam es in Deutschland zum Rassismus und Antisemitismus. In: Sösemann, Bernd (Hg.): Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft. München 2002. S.43.

¹¹² Bunzl, John 1983: Die bürgerlichen Strömungen in Österreich vor dem 1. Weltkrieg. In: Pelinka, Anton/Reinalter, Helmut (Hg.): Antisemitismus in Österreich. Innsbruck 1983. S. 15.

¹¹³ Vgl. Ebd. S. 15.

¹¹⁴ Vgl. Gutman, Israel 1993: Antisemitismus. In: Jäckel, Eberhard/ Longerich, Peter (Hg.): Enzyklopädie des Holocaust. Band I. Berlin 1993. S. 51.

¹¹⁵ Vgl. Benz, Wolfgang 2002: Wie kam es in Deutschland zum Rassismus und Antisemitismus. In: Sösemann, Bernd (Hg.): München 2002. S.42.

¹¹⁶ Ebd. S. 44.

¹¹⁷ Vgl. Götz, Aly: Hitlers Volksstaat. Frankfurt am Main 2005. S. 11.

¹¹⁸ Vgl. Ebd. S. 12.

¹¹⁹ Ebd. S. 14.

Hitler kombinierte diese nationale Wiedergeburt mit dem Risiko des Untergangs und die gemeinschaftsselige Klassenharmonie mit arbeitsteiliger Vernichtungsgewalt. Die außerordentliche hohe Grundspannung baute sich überall dort auf, wo der politische Apparat das Widerstreitende verband: die Pflege des angeblich Althergebrachten mit der Lust am technisch Machbaren, die antiautoritäre Freude am Umsturz mit der autoritär-utopischen Ausrichtung auf den deutschen Sonnenstaat.¹²⁰

Hierin liegt auch eine makabre Ästhetik des Dritten Reiches, ausgelöst durch den Gegensatz zwischen Kitsch-Harmonie und permanenter Beschwörung der Themen Tod und Zerstörung.¹²¹ Das Dritte Reich hat tiefe Spuren in unserer Zivilisation hinterlassen, und dieser Eindruck hat in den vergangenen Jahren weitergewirkt. Die damalige nationalsozialistische Gesellschaft erlaubte keine Trennung von Politik und Alltagsleben. Hitlers Ziel war es, eine organische Gesellschaft zu schaffen, in der jeder Aspekt des Lebens mit seinem ursprünglichen Zweck verbunden sein sollte.¹²² Politik war nicht nur ein Teil des Lebens, sondern vielmehr der konkrete Ausdruck der nationalsozialistischen Weltanschauung, und jene Anschauungen wurden zum entscheidenden Punkt dafür, was „den Deutschen“ ausmachte.¹²³ Antijüdische Pamphlete, die sowohl auf Hitler wie auch auf das gebildete Bürgertum einwirkten, spielten hierbei ebenso eine gewichtige Rolle.

4.1 Antijüdische Pamphlete als zeittypische Erscheinung des 19. Jahrhunderts

Die Hasspropaganda gegen die jüdische Gemeinde wurde von drittklassigen Schriftstellern betrieben, und die Privatgelehrten und Publizisten, die sich zur „Judenfrage“ äußerten, gestalteten diese Thematik gesellschaftsfähig.¹²⁴ Dabei spielten soziale und wirtschaftliche Motive eine zentrale Rolle. „Überfremdung“ oder „Verjudung“ sind Schlagworte der Auseinandersetzungen in diesem Kontext.¹²⁵ Judenfeindliche Vorstellungen, nach denen sich die Mitglieder der jüdischen Religionsgemeinschaft über alle Grenzen hinweg zum Kampf

¹²⁰ Vgl. Götz, Aly: Hitlers Volksstaat. Frankfurt am Main 2005. S. 16.

¹²¹ Vgl. Friedländer, Saul: Kitsch und Tod. Der Widerschein des Nazismus. Fischer Verlag, Frankfurt am Main 1999. S. 26.

¹²² Vgl. Mosse, L. George: Der nationalsozialistische Alltag. Frankfurt am Main 1993. S. 1.

¹²³ Vgl. Ebd. S. 1.

¹²⁴ Vgl. Benz, Wolfgang: Die Protokolle der Weisen von Zion. Die Legende von der jüdischen Weltverschwörung. C.H. Beck Verlag, München 2007. S. 56.

¹²⁵ Vgl. Benz, Wolfgang 2002: Wie kam es in Deutschland zum Rassismus und Antisemitismus. In: Sösemann, Bernd (Hg.): München 2002. S.44.

gegen die Christen verschworen hätten und nach der Weltherrschaft strebten, reichen bis ins Mittelalter zurück.¹²⁶ Darüber hinaus wurde über Jahrhunderte der Begriff „Jude“ mit Stereotypen, negativen Bildern und Verleumdungen assoziiert sowohl bewusst als auch gefühlsmäßig, häufig ohne Beziehung zur realen jüdischen Gesellschaft. Der moderne Antisemitismus ist ein Produkt sozialer und ideologischer Entwicklungen innerhalb der Phase der Aufklärung und dem Aufstieg der Bourgeoisie.¹²⁷ „Während sich die antisemitische Perzeption der Wirklichkeit sozusagen *naturwüchsig* und aus christlichem Erbe ergibt, verwendet der politische Antisemitismus diesen (meist vorgefundenen) Sachverhalt in der Regel als willkommenes demagogisches Mittel der Massenbeeinflussung.“¹²⁸ Im Februar 1879 erschien Wilhelm Marrs (1819-1904) politisches Pamphlet „Der Sieg des *Judentums* über das *Germanentum*“. Der Begriff „Antisemitismus“ geht auf Marr zurück, der als Propagandist der neuen Lehre von der Judenfeindschaft eine zeittypische Erscheinung darstellte.¹²⁹

Zur Konstruktion der „jüdischen Weltverschwörung“ gehört zum einen die Rezeption des im Religiösen begründeten Anspruchs der Juden, das „auserwählte Volk“ zu sein, und zum anderen die Wahrnehmung der Juden als ethnisches Kollektiv. Die moderne Judenfeindschaft des 19. Jahrhunderts gründet ihre Abneigung auf das Konstrukt „Rasse“ und versucht sich damit als Wissenschaft zu legitimieren.¹³⁰ Den extremen Antisemiten zufolge standen die Juden unter einer international geheimen Führung, ähnlich jener der Freimaurer, unterwanderten bewusst die Nation, in welcher sie lebten, und schmiedeten zielgerichtet ein Komplott, um andere Nationen und letzten Endes die gesamte Welt zu beherrschen. Eines der bekanntesten Pamphlete in diesem Zusammenhang sind die „Protokolle der Weisen von Zion.“¹³¹ Der Titel „Protokolle“ suggeriert hierbei Authentizität und Faktizität durch den Glauben, es werde etwas wissenschaftlich dokumentiert. Den Kern dieser Verschwörungslegende bildet das Streben einer geheimen jüdischen Verbindung, einer Art Untergrundregierung, die nach der Weltherrschaft trachtet.

¹²⁶ Vgl. Benz, Wolfgang: Die Protokolle der Weisen von Zion. München 2007. S. 19.

¹²⁷ Vgl. Gutman, Israel 1993: Antisemitismus. In: Jäckel, Eberhard/ Longerich, Peter (Hg.): Enzyklopädie des Holocaust. Band I. Berlin 1993. S. 51-52.

¹²⁸ Bunzl, John 1983: Die bürgerlichen Strömungen in Österreich vor dem 1. Weltkrieg. In: Pelinka, Anton/ Reinalter, Helmut (Hg.): Innsbruck 1983. S. 28.

¹²⁹ Vgl. Benz, Wolfgang 2002: Wie kam es in Deutschland zum Rassismus und Antisemitismus. In: Sösemann, Bernd (Hg.): München 2002. S.44.

¹³⁰ Vgl. Benz, Wolfgang: Die Protokolle der Weisen von Zion. München 2007. S. 22.

¹³¹ Vgl. Gutman, Israel 1993: Antisemitismus. In: Jäckel, Eberhard/ Longerich, Peter (Hg.): Enzyklopädie des Holocaust. Band I. Berlin 1993. S. 57.

Diese soll angeblich, insbesondere mit Hilfe von Liberalismus, Demokratie und durch Zersetzung überkommener autoritärer Strukturen herbeigeführt werden.¹³² Das obskure Pamphlet erlangte seine weitreichende Verbreitung nach dem Ersten Weltkrieg. Die Fälschung, um die Jahrhundertwende in Russland aus unterschiedlichen literarischen Quellen zusammengeführt, verbreitete einen Mythos, der Antisemiten bis zum heutigen Tag als offizielles Dokument gilt.¹³³ „Russland galt hierbei am Ende des 19. Jahrhunderts als Synonym für virulenten und gewaltsamen Antisemitismus.“¹³⁴ Eine Folge der Diskriminierung des Judentums war die zionistische Idee, eine andere wiederum das stetige Wachstum des Allgemeinen jüdischen Arbeiterbundes in Litauen, Polen und Russland.¹³⁵ „Der Zionismus verstand sich unterdessen als jüdische Antwort auf die verweigerte Emanzipation der Juden in vielen Staaten Europas“.¹³⁶ Die „Protokolle“ sind wiederum auf den deutschen Schriftsteller Hermann Goedsche (1815-1874) zurückzuführen, der unter dem Pseudonym „Sir John Retcliffe“ publizierte. Die Szene aus Goedsches Niederschrift (Prager Judenfriedhof-Szene) wurde zum Mittelpunkt der modernen Verschwörungstheorie.¹³⁷

Selbst die *Times* hielt die „Protokolle“ eine Zeit lang für echt, entlarvte sie später aber als Fälschung.¹³⁸ Auch Adolf Hitler glaubte daran und zitierte das Pamphlet der fiktiven jüdischen Geheimkonferenz, die angeblich die Weltherrschaft durch Betrug, Gewalt und Tücke vorbereitete, in seiner Bekenntnisschrift „Mein Kampf“, worin er unter anderem darlegt, wie er die Lehre des Rassenantisemitismus verinnerlicht hatte.¹³⁹ Der Rassenideologe Houston Chamberlain (1855-1927), der als Vertreter des modernen Antisemitismus gilt, stellt in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle als ideologisches Verbindungsglied zwischen älteren rassistischen Theorien und dem Nationalsozialismus dar. Außerdem sah Chamberlain in Hitler den Mann, der seine Theorien in die Praxis umsetzen würde.¹⁴⁰

¹³² Vgl. Benz, Wolfgang: Die Protokolle der Weisen von Zion. München 2007. S. 43.

¹³³ Vgl. Benz, Wolfgang 2002: Wie kam es in Deutschland zum Rassismus und Antisemitismus. In: Sösemann, Bernd (Hg.): München 2002. S. 50-51.

¹³⁴ Benz, Wolfgang: Die Protokolle der Weisen von Zion. München 2007. S. 63.

¹³⁵ Vgl. Ebd. S. 66.

¹³⁶ Ebd. S. 24.

¹³⁷ Vgl. Ebd. S. 35.

¹³⁸ Vgl. Gutman, Israel 1993: Antisemitismus. In: Jäckel, Eberhard/ Longerich, Peter (Hg.): Enzyklopädie des Holocaust. Band I. Berlin 1993. S. 58.

¹³⁹ Vgl. Benz, Wolfgang 2002: Wie kam es in Deutschland zum Rassismus und Antisemitismus. In: Sösemann, Bernd (Hg.): München 2002. S. 51.

¹⁴⁰ Vgl. Bankier, David 1993: Chamberlain, Houston Stewart. In: Jäckel, Eberhard/ Longerich, Peter (Hg.): Enzyklopädie des Holocaust. Band I. Berlin 1993. S. 277-278.

In den meisten Fällen bauen Mythen auf ein historisches Ereignis, wie z.B. die Französische Revolution (Ideen von Freiheit und Gleichheit), auf. Wie die „Protokolle der Weisen von Zion“ jedoch zeigen, kann selbst eine Fiktion als Kern eines Mythos dienen. Der Agitator Goedsche hat die Überlieferung von der jüdischen Weltverschwörung nicht erfunden, aber er hat erheblich dazu beigetragen, jene negativ behaftete Denkfigur in der modernen Welt populär zu machen, indem er eine literarische Schablone lieferte, die unbegrenzt genutzt werden konnte und immer noch genutzt werden kann.¹⁴¹ Der Erfolg der „Protokolle“ und ähnlicher Schriften lässt sich besser verstehen vor dem Hintergrund der weit verbreiteten Anklage, „Juden gehörten zu den Führern der Revolutionen während und nach dem Ersten Weltkrieg.“¹⁴²

„In der Unsicherheit gegenüber Reformen, der Furcht vor der Revolution waren sich die staatstragenden Schichten in der Ablehnung der jüdischen Minderheit einig und benutzen den Hass auf die Juden als Mittel zum Machterhalt.“¹⁴³ Jüdische Verschwörungstheorien sind in diesem Zusammenhang entstanden und weiterentwickelt worden. In der Denunziation des Judentums als Verursacher aller Probleme, als Gefahr für den gesellschaftlichen Frieden im reaktionären und konservativen Verständnis besteht das Motiv und in der Handlungsanweisung, nach dem Erkennen der „jüdischen Bedrohung“ diese zu bekämpfen, die politische Absicht.¹⁴⁴

In Österreich verloren die Deutschen nach dem Ersten Weltkrieg ihre Vormachtstellung, die sie im österreichisch-ungarischen Reich noch innehatten. Die Grundlagen des Antisemitismus waren in Österreich sowohl in der Volkskultur als auch in der nationalsozialistischen Ideologie zu finden. In „Mein Kampf“ behauptete Adolf Hitler, Wien sei für ihn eine Schule der Judenfeindlichkeit gewesen.¹⁴⁵ Organisationen wie die Christlichsoziale Arbeiterpartei des Berliner Hofpredigers Adolf Stoecker und die ebenso antisemitische Christlichsoziale Partei des Wiener Bürgermeisters Karl Lueger kämpften hier taktisch um politischen Einfluss.¹⁴⁶

¹⁴¹ Vgl. Benz, Wolfgang: Die Protokolle der Weisen von Zion. München 2007. S. 36.

¹⁴² Gutman, Israel 1993: Antisemitismus. In: Jäckel, Eberhard/ Longerich, Peter (Hg.): Enzyklopädie des Holocaust. Berlin 1993. S. 58.

¹⁴³ Benz, Wolfgang: Die Protokolle der Weisen von Zion. München 2007. S. 67.

¹⁴⁴ Vgl. Ebd. S. 67.

¹⁴⁵ Vgl. Jäckel, Eberhard/ Longerich, Peter (Hg.): Enzyklopädie des Holocaust. Band I. Berlin 1993. S. 61.

¹⁴⁶ Vgl. Benz, Wolfgang: Die Protokolle der Weisen von Zion. München 2007. S. 25.

4.2 Der antijüdische Wiener Einfluss auf Adolf Hitler in dessen Jugendjahren

Der Versuch, die Entstehung von Hitlers antijüdischen Ideologien alleine in Wien festmachen zu wollen, wäre unzulässig und nicht authentisch. Die Tatsache jedoch, dass Hitler den Großteil seiner jugendlichen Entwicklungsjahre zwischen 1907-1913 in der Hauptstadt der Habsburgermonarchie verbracht hat, wo zweifellos antisemitische Einflüsse auf den angehenden Diktator einwirkten, lassen sich allerdings nicht von der Hand weisen.¹⁴⁷ Seine persönliche Darstellung über seine „Wiener Jahre“ wird von ihm in „Mein Kampf“ geschildert. In seinem Werk behauptete Hitler, dass Wien für ihn eine Schule des Antisemitismus gewesen sei.¹⁴⁸

„Wien aber war und blieb für mich die schwerste, wenn auch gründlichste Schule meines Lebens. Ich hatte diese Stadt einst betreten als ein halber Junge noch und verließ sie als still und ernstgewordener Mensch.“¹⁴⁹

Der Bürgermeister von Wien, Karl Lueger, war im späten 19. Jahrhundert der erste, der sein Amt nutzte, um antisemitische Ideen in der überwiegend katholischen Bevölkerung zu verbreiten.¹⁵⁰ Die Christlichsozialen bemühten sich in der Zeit um die Jahrhundertwende (1900), die Partei des deutschen Bürgertums in Wien und die obersten Verteidiger der Ansprüche des Mittelstandes gegen die „Rote Gefahr“ zu werden. Karl Lueger, der innerhalb der 1890er-Jahre das mittlere und Kleinbürgertum gegen die „verfallende liberale Ordnung im Namen der traditionellen Ideale der österreichischen Bürgerkultur vereinigt hatte“¹⁵¹, fand hierin einen neuen Schlachtruf gegen die Sozialdemokratie. Ein weiterer antisemitischer Führer, der Hitler beeinflusste, war Georg von Schönerer, der in der österreichischen Politik jedoch nur über einen begrenzten Einfluss verfügte, ein Verfechter des Pangermanismus war und rassistische sowie nationalsozialistische Ideen propagierte.¹⁵²

¹⁴⁷ Vgl. Oxaal, Ivar 1990: Die Juden im Wien des Jungen Hitler: Historische und soziologische Aspekte. In: Botz, Gerhard/ Oxaal, Ivar (Hg.): Eine zerstörte Kultur. Rottenburg 1990. S. 29-30.

¹⁴⁸ Vgl. Hitler, Adolf: Mein Kampf. München 1939. S. 131.

¹⁴⁹ Ebd. S. 131.

¹⁵⁰ Vgl. Ebd. S. 61.

¹⁵¹ Wistrich, S. Robert 1990: Sozialdemokratie, Antisemitismus und die Wiener Juden. In: Botz, Gerhard/ Oxaal, Ivar (Hg.): Eine zerstörte Kultur. Rottenburg 1990. S. 174.

¹⁵² Vgl. Gutman, Israel 1993: Antisemitismus. In: Jäckel, Eberhard/ Longerich, Peter (Hg.): Enzyklopädie des Holocaust. Band I. Berlin 1993. S. 61.

„Rein menschlich genommen ragen sie, einer wie der andere, weit über den Rahmen und das Ausmaß der sogenannten parlamentarischen Erscheinungen hinaus. Im Kampfe einer allgemeinen politischen Korruption blieb ihr ganzes Leben rein und unantastbar. Dennoch lag meine persönliche Sympathie zuerst aufseiten des Altdeutschen Schönerer, um sich nur nach und nach dem christlich-sozialen Führer ebenfalls zuzuwenden.“¹⁵³

Der Anti-Intellektualismus, die mittelständischen Phobien gegenüber der Arbeiterschaft, die Furcht vor dem sozialen Atheismus und kleinbürgerliche Ängste vor jüdischem Wettbewerb wurden von den Christlichsozialen geschickt verwendet, um ihre bürgerliche Anhängerschaft aufzustellen.¹⁵⁴ Hitlers Ideen, die schließlich zum Massenmord am europäischen Judentum führten, waren von den Theorien des Austro-Marxismus weit entfernt.¹⁵⁵ Allerdings hatten den vagabundierenden Kunstmaler Hitler in seinen Wiener Jahren Demonstrationen, Rituale, Parolen und Symbole der Arbeiterbewegung beeindruckt, deren Elemente alsbald zum nationalsozialistischen Repertoire zählen sollten.¹⁵⁶

Die kleine Republik Österreich stellt für das Studium des Antisemitismus ein strategisch wichtiges Land dar, denn es wies beinahe jedwede Form von Faschismus auf. Hier trafen einander Ost und West sowie Nord und Süd in geographischer, kultureller und politischer Hinsicht. Von der pro-italienischen Heimwehr bis hin zur pro-deutschen österreichischen Naziartei sowie jedwede Art von Judenfeindlichkeit waren auf den 83.000 Quadratkilometern zu finden. Zudem gab es den religiösen Antisemitismus vieler Katholiken und außerdem noch die moderne rassistische und radikale Variante der Nazis.¹⁵⁷ Zweifellos war der wirtschaftliche und kulturelle Status der jüdischen Gemeinde in Wien mitunter ein gewichtiger Aspekt für antisemitisches Gedankengut. Die Juden waren Großteils im Geschäftsleben zu finden, was jenen Grund hatte, dass sie bis 1867 jahrhundertlang von öffentlichen Ämtern und Landbesitz gesetzlich ausgeschlossen waren.¹⁵⁸

Die ersten Wurzeln des christlichsozialen Antisemitismus finden sich in klerikalen Angriffen gegen die jüdische Bevölkerung, die als Träger der säkularen Tendenz des Liberalismus

¹⁵³ Hitler, Adolf: Mein Kampf. München 1939. S. 105.

¹⁵⁴ Vgl. Oxaal, Ivar 1990: Die Juden im Wien des Jungen Hitler. In: Botz, Gerhard/ Oxaal, Ivar (Hg.): Eine zerstörte Kultur. Rottenburg 1990. S. 174.

¹⁵⁵ Vgl. Ebd. S. 175.

¹⁵⁶ Vgl. Benz, Wolfgang 2002: Wie kam es in Deutschland zum Rassismus und Antisemitismus. In: Sösemann, Bernd (Hg.): Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft. München 2002. S. 55.

¹⁵⁷ Vgl. Pauley, F. Bruce 1990: Politischer Antisemitismus im Wien in der Zwischenkriegszeit. In: Botz, Gerhard/ Oxaal, Ivar (Hg.): Eine zerstörte Kultur. Rottenburg 1990. S. 221.

¹⁵⁸ Vgl. Ebd. S. 225.

erschienen, sowie im wirtschaftlichen Niedergang kleinbürgerlicher und industrieller Unternehmungen nach 1873.¹⁵⁹ „Der politische Antisemitismus signalisierte die Krise, die Ende des 19. Jahrhunderts und in der ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts die bürgerliche Gesellschaft erfasst hatte.“¹⁶⁰ Nach Beginn der Weltwirtschaftskrise wurden Nazismus und Antisemitismus beiderseits stärker. Die Depression, die Österreich höchstwahrscheinlich härter als jedes andere Land traf, führte zu einer rasch steigenden Arbeitslosenrate und zu einem Zusammenbruch der großen Wiener Kreditanstalten, was unter anderem dafür sorgte, dass auch der letzte verbliebene Glaube an das „Finanzjudentum“ endgültig versiegte.¹⁶¹ Das Ansteigen der Arbeitslosigkeit und dem damit einhergehenden Antisemitismus verschaffte der österreichischen-nationalsozialistischen Partei einen enormen Aufschwung. Die stetig wachsende Popularität der österreichischen NSDAP nach 1932 überzeugte die Regierung der Ersten Republik von der Notwendigkeit, um die Unterstützung der Antisemiten zu werben oder zumindest nicht alle ins Nazilager zu treiben.¹⁶²

Trotz des hohen Anteils kleinbürgerlicher und mittelständischer Schichten kann man den österreichischen Nationalsozialismus jedoch nicht als „reine“ Kleinbürgerbewegung bezeichnen. Diesem Sachverhalt versuchte die NS-Ideologie Rechnung zu tragen, indem sie sowohl an kleinbürgerliche als auch an proletarische Stimmungen anzuknüpfen versuchte.¹⁶³ Ebenso wäre es verfehlt, Adolf Hitler und seine Politik als Produkt der Stadt Wien anzusehen, in der der vagabundierende „Kunstmaler“ seine Jugendjahre von 1907-1913 verbracht hatte. Sein Antisemitismus blieb nicht auf die Stadt beschränkt, sondern war auf etwas Größeres angelegt.¹⁶⁴ Der politische Opportunismus des Wiener Bürgermeisters Karl Lueger missfiel dem jungen „Führer“, wenn er an ihm auch gleichzeitig bewunderte – und seine eigenen Lehren daraus zog, wie gekonnt Lueger antijüdische Ressentiments in den Dienst seiner populistischen Politik stellte.¹⁶⁵

¹⁵⁹ Vgl. Bunzl, John 1983: Die politischen Strömungen und der Antisemitismus in Österreich. In: Pelinka, Anton/ Reinalter, Helmut (Hg.): Antisemitismus in Österreich. Innsbruck 1983. S. 28.

¹⁶⁰ Gutman, Israel 1993: Antisemitismus. In: Jäckel, Eberhard/ Longerich, Peter (Hg.): Enzyklopädie des Holocaust. Band I. Berlin 1993. S. 64.

¹⁶¹ Vgl. Pauley, F. Bruce 1990: Politischer Antisemitismus im Wien in der Zwischenkriegszeit. In: Botz, Gerhard/ Oxaal, Ivar (Hg.): Eine zerstörte Kultur. Rottenburg 1990. S. 239.

¹⁶² Vgl. Ebd. S. 239.

¹⁶³ Vgl. Bunzl, John 1983: Konterrevolution, Antisemitismus und Faschismus in der Zwischenkriegszeit. In: Pelinka, Anton/ Reinalter, Helmut (Hg.): Antisemitismus in Österreich. Innsbruck 1983. S. 51.

¹⁶⁴ Vgl. Oxaal, Ivar 1990: Die Juden im Wien des Jungen Hitler. In: Botz, Gerhard/ Oxaal, Ivar (Hg.): Eine zerstörte Kultur. Rottenburg 1990. S. 32.

¹⁶⁵ Vgl. Ebd. S. 56.

Die jüdische Bedrohung wurde von Hitler hauptsächlich als Hindernis für die vollständige Neuordnung Mitteleuropas angesehen, die notwendig war, damit der „Genius eines vereinten deutschen Volkes endlich historisch verwirklicht werden konnte.“¹⁶⁶

„Ich weiß nicht was mich zu dieser Zeit am meisten entsetzte: das wirtschaftliche Elend meiner damaligen Mitgefährten, die sittliche und moralische Rohheit oder der Tiefgang ihrer geistigen Natur.“¹⁶⁷

„In den Programmen der völkischen und nationalsozialistischen Parteien der Nachkriegszeit, vor allem der NSDAP ab 1920 und in der Deutschnationalen Volkspartei, bildete Antisemitismus das ideologische Bindemittel, mit dem Existenzängste und Erklärungsversuche für soziale und wirtschaftliche Probleme zusammengefasst wurden, um demokratie- und republikfeindliche Anhänger zu gewinnen.“¹⁶⁸ Hitlers Ziel war es, unter diesem Gesichtspunkt eine organische Gesellschaft zu schaffen, in der jeder Aspekt des Lebens mit seinem ursprünglichen Zweck verbunden sein sollte, innerhalb einer Struktur, die keine Trennung von Politik und Alltagsleben zuließ.¹⁶⁹ Die Diskriminierung aus rassistischen Gründen folgte hierbei keinen rationalen Argumenten, sondern Vorurteilen und Feindbildern, die instrumentalisiert wurden. Religiöse und kulturelle Traditionen spielten bei der Ausgrenzung und Verfolgung aus rassistischen Motiven eine entscheidende Rolle.¹⁷⁰ Aber bevor Hitler dies umsetzen konnte, musste seine Macht zuvor aufgebaut, gefestigt und legalisiert werden.

5. Die Legalisierung der nationalsozialistischen Diktatur

Am 30. Januar 1933 ernannte Reichspräsident Paul von Hindenburg Adolf Hitler zum Reichskanzler. Diese Ernennung war eine Folge der andauernden ökonomischen und parlamentarischen Krise, in der das demokratische Regierungssystem durch „Notverordnungen“, die dem Präsidenten laut Verfassung zustanden, zum autoritären Regime

¹⁶⁶ Oxaal, Ivar 1990: Die Juden im Wien des Jungen Hitler. In: Botz, Gerhard/ Oxaal, Ivar (Hg.): Eine zerstörte Kultur. Rottenburg 1990. S. 32.

¹⁶⁷ Hitler, Adolf: Mein Kampf. München 1939. S. 39.

¹⁶⁸ Benz, Wolfgang 2002: Wie kam es in Deutschland zum Rassismus und Antisemitismus. In: Sösemann, Bernd (Hg.): München 2002. S. 50.

¹⁶⁹ Vgl. Mosse, L. George: Der nationalsozialistische Alltag. Frankfurt am Main 1993. S. 1.

¹⁷⁰ Vgl. Benz, Wolfgang: Die Protokolle der Weisen von Zion. München 2007. S. 22.

geworden war.¹⁷¹ Einen Tag nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler schrieb Goebbels in sein Tagebuch:

*„In einer Unterredung mit dem Führer legen wir die Richtlinien im Kampf gegen den roten Terror fest. Vorläufig wollen wir von direkten Gegenmaßnahmen absehen. Der bolschewistische Revolutionsversuch muss zuerst einmal aufflammen. Im geeigneten Moment werden wir dann zuschlagen.“*¹⁷²

Doch trotz des Terrors (im Laufe des Wahlkampfes wurden 51 Hitler-Gegner ermordet) kam es zu keiner herbeigewünschten „bolschewistischen Revolution“ die seitens der Nationalsozialisten zu provozieren versucht wurde.¹⁷³ Diese Lage, ohne handfeste Krise, führte schließlich zum „Reichstagsbrand“, dessen Idee höchstwahrscheinlich auf Göring zurückgeht. Die volle Wahrheit über dieses Ereignis lässt sich wohl nicht mehr vollständig rekonstruieren. Selbst im Nürnberger Prozess konnte dieser Vorfall nicht gänzlich geklärt werden, obwohl es wenig Anlass zu geben scheint, daran zu zweifeln, dass es die Nationalsozialisten selbst waren, die für ihre eigenen politischen Zwecke die Brandstiftung vorbereitet und durchgeführt haben.¹⁷⁴

Am 28. Februar 1933, einen Tag nach dem Brand, bewegte Hitler Hindenburg dazu, eine Verordnung des Reichspräsidenten „zum Schutz von Volk und Staat“ zu unterzeichnen. Diese Verordnung setzte die sieben Artikel der Verfassung, welche die persönlichen und bürgerlichen Freiheiten garantierten, umgehend außer Kraft. Außerdem ermächtigte jene Verordnung die Reichsregierung, in einem Notfall die gesamte Macht in den einzelnen Ländern zu übernehmen und „schweren Landfriedensbruch“ mit dem Tode zu bestrafen.¹⁷⁵ Die zunächst vorrangigen Ziele waren für Hitler jedoch, die Einstellung der Jugend und des ganzen Volkes dahingehend zu beeinflussen, dass sie daran glaubten, dass nur der Kampf sie retten könne und dass diesem Gedanken gegenüber alles andere unterzuordnen sei.¹⁷⁶

¹⁷¹ Vgl. Hildesheimer, Esriel 1993: Deutschland. In: Jäckel, Eberhard/ Longerich, Peter (Hg.): Enzyklopädie des Holocaust. Band I. Berlin 1993. S. 329.

¹⁷² Fröhlich, Elke (Hg.): Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente. Band II./ 01.01.1933-31.12.1937. K.G. Saur Verlag, München 1987. S. 187.

¹⁷³ Vgl. Shirer, L. Williams: Aufstieg und Fall des Dritten Reiches. Kiepenheuer & Witsch Verlag, Berlin 1961. S. 188.

¹⁷⁴ Vgl. Ebd. S. 189.

¹⁷⁵ Vgl. Ebd. S. 190-191.

¹⁷⁶ Vgl. Wendt, Bernd-Jürgen: Das nationalsozialistische Deutschland. Opladen 2000. S. 108.

Schon vor 1933 hatten die Nationalsozialisten die Enteignung jüdischen Vermögens und den Boykott von jüdischen Geschäften injiziert. Diese Taktik wurde nun zur offiziellen Politik gemacht, und einen ersten Höhepunkt stellte hierbei der Judenboykott vom 1. April 1933 dar. Dieser erste öffentliche Schritt des neuen Regimes führte zu einer tiefen Erschütterung sowie Orientierungslosigkeit des deutschen Judentums und rief scharfe Reaktionen im Ausland hervor.¹⁷⁷ Die Grundlage dafür bot das am 23. März 1933 verabschiedete „Ermächtigungsgesetz“, das der Regierung unbegrenzte diktatorische Macht verlieh.¹⁷⁸

Das „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“, wie es offiziell hieß, nahm dem Parlament die Befugnis der Gesetzgebung, die Kontrolle des Reichshaushalts, das Recht, Verträge mit fremden Staaten zu genehmigen und Verfassungsänderungen einzubringen, und übertrug all diese Befugnisse auf die Reichsregierung.¹⁷⁹ Damit war in Deutschland die parlamentarische Demokratie begraben worden. Das Parlament hatte seine verfassungsmäßigen Befugnisse an Hitler übergeben und damit Selbstmord verübt. Die alleinige legale Basis für die Diktatur bildete nun das „Ermächtigungsgesetz“, das Hitler ab 23. März 1933 zum unumschränkten Herrscher über das Reich machte.¹⁸⁰

Die Regierungsübergabe durch den Reichspräsidenten feierten die Nationalsozialisten in revolutionärer Umkehrung der staatsrechtlichen Vorgänge. Der Staat wurde in programmatisch verkündeter Kontinuität und dem „Bismarck’schen Reich“ folgend zum „Dritten Reich“ erhoben.¹⁸¹ Am 2. August 1934 starb Hindenburg im Alter von 87 Jahren. Drei Stunden später wurde ein am Vortag vom Kabinett erlassenes Gesetz bekanntgegeben, demzufolge das Amt des Reichspräsidenten mit dem des Reichskanzlers vereinigt worden sei und die bisherigen Befugnisse, einschließlich dem Oberbefehl der Wehrmacht, auf den „Führer und Reichskanzler“ Adolf Hitler übergegangen seien, dessen Diktatur somit vollendet war.¹⁸²

¹⁷⁷ Vgl. Hildesheimer, Esiel 1993: Deutschland. In: Jäckel, Eberhard/ Longerich, Peter (Hg.): Enzyklopädie des Holocaust. Band I. Berlin 1993. S. 329.

¹⁷⁸ Vgl. Ebd. S. 329.

¹⁷⁹ Vgl. Shirer, L. Williams: Aufstieg und Fall des Dritten Reiches. Berlin 1961. S. 195.

¹⁸⁰ Vgl. Ebd. S. 196.

¹⁸¹ Vgl. Schulze, Hagen 2002: Weimars Scheitern. In: Sösemann, Bernd (Hg.): Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft. München 2002. S. 67.

¹⁸² Vgl. Shirer, L. Williams: Aufstieg und Fall des Dritten Reiches. Berlin 1961. S. 223.

5.1 Die Glorifizierung der Gewalt durch amtliche Presselenkung

Die Neuordnung begann sofort auf alle Bereiche, die für propagandistische Tätigkeiten von Bedeutung waren, zu wirken. Sie umfasste gesetzliche, institutionelle, wirtschaftliche, personelle, organisatorische und finanzielle Maßnahmen, die vorerst unter pragmatischen Aspekten seitens der NS-Regierung getroffen wurden.¹⁸³ „Die nationalsozialistische Politik gewann im Kontext der Rassenideologie eine neue, weit über alles Bisherige hinausweisende revolutionäre und zerstörerische Qualität.“¹⁸⁴ Zwangsläufig musste die Massensuggestion alle Kulturbereiche durchdringen wie die Literatur, Malerei und Bildhauerei, Theater, Film und den Bereich der Bildung und Erziehung.¹⁸⁵

Jene Politik brachte im März 1933 das „Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda“ (RMVP) unter der Leitung von Joseph Goebbels hervor. Dieses Ministerium kontrollierte nicht nur die Informationspolitik, sondern auch große Teile des Kulturlebens und der Unterhaltungsindustrie.¹⁸⁶ Außerdem wies das RMVP die Sendeanstalten an, den Anteil politischer Sendungen zu steigern und nationalsozialistisches „Kulturgut“ (Märsche, Gesänge, Erzählungen) stärker zu berücksichtigen. Die Zensurmaßnahmen, Enteignungen, Zeitungsverbote, Verhaftungen und Zwangsverkäufe stützten sich auf die Reichstagsbrand-Notverordnung des Reichspräsidenten, das Ermächtigungsgesetz und die beiden Gesetze zur Gleichstellung der Länder mit dem Reich.¹⁸⁷

Den zentralen Platz innerhalb der nationalsozialistischen Propaganda bildete der Entwurf von traditionellen Vorurteilen von Fremdenhass, indem sie „den Juden“ in einer „abstoßenden Karikatur als parasitäre Existenz darstellten und das Bild einer allmächtigen jüdischen Weltverschwörung entwarfen.“¹⁸⁸

¹⁸³ Vgl. Schulze, Hagen 2002: Weimars Scheitern. In: Sösemann, Bernd (Hg.): Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft. München 2002. S. 68.

¹⁸⁴ Wendt, Bernd-Jürgen: Das nationalsozialistische Deutschland. Leske&Budrich Verlag, Opladen 2000. S. 109.

¹⁸⁵ Vgl. Mosse, L. George: Der nationalsozialistische Alltag. Frankfurt am Main 1993. S. 6.

¹⁸⁶ Vgl. Longerich, Peter 1993: Nationalsozialistische Propaganda. In: Jäckel, Eberhard/ Longerich, Peter (Hg.): Enzyklopädie des Holocaust. Band II. Berlin 1993. S. 1164.

¹⁸⁷ Vgl. Schulze, Hagen 2002: Weimars Scheitern. In: Sösemann, Bernd (Hg.): Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft. München 2002. S. 68-69.

¹⁸⁸ Longerich, Peter 1993: Nationalsozialistische Propaganda. In: Jäckel, Eberhard/ Longerich, Peter (Hg.): Enzyklopädie des Holocaust. Band II. Berlin 1993. S. 1165.

Bereits zwei Monate nach der Errichtung des Ministeriums für Volksaufklärung und Propaganda gliederte sich das RMVP in alle wichtigen Tätigkeitsbereiche des Innen- und Postministers ein, sicherte sich fast die Hälfte aller Hörer-Gebühren und begann mit der Entlassung von zehn der elf Rundfunkintendanten und der meisten der leitenden Mitarbeiter.¹⁸⁹ Hitler verkündete, dass nun eine „innere Erziehung des Menschen“ beginnen solle, und Goebbels ergänzte, dass das Volk anfangen sollte, einheitlich zu denken und der Regierung mit ganzer Sympathie zur Verfügung zu stehen Habe.¹⁹⁰ Hitler nannte das eine „Revolution der Gesinnung“. Es war eine kulturelle Revolution, die nicht auf ökonomische Veränderungen abzielte. Der allgegenwärtige Nationalsozialismus wurde verbunden mit dem Versuch der Wiederherstellung einer Moral, die der Vergangenheit des deutschen Volkes zugeschrieben wurde.¹⁹¹

Neben der Glorifizierung von Heldenmut, Tapferkeit, Pflichtgefühl und Opferwillen stand der Wille zur geistigen Mobilmachung der Heimatfront im Mittelpunkt, und das RMVP instrumentalisierte selbst den christlichen Erntedank für ihre politisch-militärischen Ziele.¹⁹² „Unter den Anhängern der NS-Partei fanden sich viele Veteranen des Krieges, denn sie sahen in der nationalsozialistischen Utopie einer gesunden Gesellschaft und einer harmonischen Nation ähnliche Ideale wie die, für die sie selbst gekämpft hatten und glaubten sich als Testamentsvollstrecker der gefallenen Helden.“¹⁹³

Hitler sprach hinsichtlich von „Gefallenen der Bewegung“ als seiner Aposteln.¹⁹⁴ Eine zentrale Bedeutung der Todesthematik für den Nazismus lässt sich nicht von der Hand weisen. Unentwegt wurden Fackeln, Flammenräder oder Scheiterhaufen entzündet, die „den Behauptungen der totalitären Stimmungstechniker zufolge zwar das Leben zu feiern vorgaben, es tatsächlich aber pathetisch entwerteten, indem sie es an apokalyptische Vorstellungen banden und den Schauer von Weltenbränden erklärten oder Untergänge beschworen, den eigenen nicht ausgenommen.“¹⁹⁵

¹⁸⁹ Vgl. Schulze, Hagen 2002: Weimars Scheitern. In: Sösemann, Bernd (Hg.): Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft. München 2002. S. 70.

¹⁹⁰ Vgl. Ebd. S. 70.

¹⁹¹ Vgl. Mosse, L. George: Der nationalsozialistische Alltag. Frankfurt am Main 1993. S. 6-7.

¹⁹² Vgl. Schulze, Hagen 2002: Weimars Scheitern. In: Sösemann, Bernd (Hg.): Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft. München 2002. S. 71.

¹⁹³ Mosse, L. George: Der nationalsozialistische Alltag. Frankfurt am Main 1993. S. 7.

¹⁹⁴ Vgl. Schulze, Hagen 2002: Weimars Scheitern. In: Sösemann, Bernd (Hg.): Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft. München 2002. S. 71.

¹⁹⁵ Friedländer, Saul: Kitsch und Tod. Frankfurt am Main 1999. S. 48.

5.2 Die Schaffung einer emotionalen Einheitsideologie unter anthropologischem Aspekt

Für die Nationalsozialisten brauchte eine Rasse Helden, und keine Revolution war je erfolgreich ohne heroische Vorbilder. Der Held, den die Nazis dem Volk präsentierten, entsprang Hitlers Weltbild; er zeichnete sich durch Willenskraft aus. Der Wille war der Antrieb, Hoffnungen in Realitäten umzusetzen. Hier bot sich die deutsche Interpretation von Friedrich Nietzsches Philosophie an (Wille zur Macht), die die deutschen Intellektuellen seit Anfang des Jahrhunderts beeinflusst hatte.¹⁹⁶

Im Nachhinein wird die Rassenlehre des Nationalsozialismus als pure Anleitung zu Hass, Mord und Totschlag verstanden, doch für Millionen von Deutschen lag das Attraktive in dem an sie adressierten völkischen Gleichheitsversprechen.¹⁹⁷ „Die NS-Ideologie betonte die Unterschiede nach außen und nivellierte sie nach innen.“¹⁹⁸ Der „Rassenkrieg“ richtete sich hauptsächlich gegen die Juden, aber der Rassismus wollte auch all jene eliminieren, die die Gesundheit der höheren Rasse zu gefährden schienen.¹⁹⁹ Die Aufgaben der nationalsozialistischen Kultur standen fest und hatten einen zentralen Platz im ideologischen Gefüge des nationalsozialistischen Weltbilds, das eingeleitet durch die nationalsozialistische Revolution weiter verbreitet und gefestigt werden musste.²⁰⁰ Die Propaganda bevorzugte hierbei die Medien der öffentlichen Rede, Film und Photographie. Besonders im Bild ließen sich „der Führer und sein Werk“ konkret, in großer Auflage, massenwirksam und mit geringem Aufwand verbreiten.²⁰¹ „Hitler glorifizierte sich selbst, in seinen Worten und Gesten personalisierte er die Politik und mystifizierte die Zusammenkunft der Volksgemeinschaft.“²⁰²

Für diejenigen, die zu der als rassistisch einheitlich definierten Großgruppe zählten, verringerten sich die Unterschiede im Binnenverhältnis. Für viele wurde das staatspolitisch gewollte Einebnen der Standesdifferenzen in der Staatsjugend fühlbar, in den Großorganisationen der Partei, im Reichsarbeitsdienst und in der Wehrmacht.²⁰³

¹⁹⁶ Vgl. Mosse, L. George: Der nationalsozialistische Alltag. Frankfurt am Main 1993. S. 8.

¹⁹⁷ Vgl. Götz, Aly. Hitlers Volksstaat. Frankfurt am Main 2005. S. 28.

¹⁹⁸ Ebd. S. 29.

¹⁹⁹ Vgl. Mosse, L. George 1993: Rassismus. In: Jäckel, Eberhard/ Longerich, Peter (Hg.): Enzyklopädie des Holocaust. Band II. Berlin 1993. S. 1188.

²⁰⁰ Vgl. Mosse, L. George: Der nationalsozialistische Alltag. Frankfurt am Main 1993. S. 9.

²⁰¹ Vgl. Schulze, Hagen 2002: Weimars Scheitern. In: Sösemann, Bernd (Hg.): Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft. München 2002. S. 76.

²⁰² Ebd. S. 76-77.

²⁰³ Vgl. Götz, Aly. Hitlers Volksstaat. Frankfurt am Main 2005. S. 28-29.

Die Nationalsozialisten verknüpften die Durchsetzung einer Gesellschaft mit der Notwendigkeit der Rassenreinheit und damit mit der Vertreibung der „unmoralischen Juden“ aus Deutschland.²⁰⁴ Die theoretischen Grundlagen für den Rassismus entstanden im Laufe des 18. Jahrhunderts. In der Zeit von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des Ersten Weltkrieges wurden rassistische Ideologien ausformuliert und gewannen zunehmend an Anhängerschaft.²⁰⁵ Das Interesse der Anthropologen und „Rassenhygieniker“ wurde in den 1920er-Jahren deutlicher. Im Jahre 1926 erstellte Otto Reche, der Leiter des Anthropologischen Instituts in Wien, das erste biologische Vaterschaftsgutachten.

Unabhängig davon verfasste Otmar von Verschuer 1928 in Berlin ebenfalls sein erstes Gutachten am Kaiser-Wilhelm-Institut für menschliche Erblehre, Anthropologie und Eugenik.²⁰⁶ „Der Begriff *Rasse* nahm einen zentralen Platz in der nationalsozialistischen Weltanschauung ein, und die Erziehung war dabei das wichtigste Instrument für ihrer Verbreitung.“²⁰⁷ Im Schulunterricht sah die Behörde „feste Zeiten für Propagandafilme vor, und die einzelnen Gaufilmstellen bedienten mit mobilen Tonfilmwagen und parallel organisierten Rednereinsätzen Millionen von Zuschauern auf dem Land.“²⁰⁸ Die Bedeutung, die der Jugend als Schlüssel zur Zukunft der nationalsozialistischen Bewegung zukam, war eine äußerst gewichtige, denn wenn eine Ideologie durch die entsprechenden Institutionen etabliert werden kann, hat sie bereits enorm viel erreicht. Die Nationalsozialisten wussten das nur zu gut, und die Jugend war offen und bereit für deren Botschaft.²⁰⁹

Wie alle Revolutionäre erzeugten die ebenso überaus jungen NS-Gefolgsleute zudem die Aura des Jetzt-oder-nie. Der Nationalsozialismus kann aus guten Gründen als Jugenddiktatur begriffen werden, die sich binnen weniger Jahre zu dem im zerstörerischen Sinn erfolgreichsten Generationsprojekt des 20. Jahrhunderts entwickelte.²¹⁰

²⁰⁴ Vgl. Mosse, L. George: Der nationalsozialistische Alltag. Frankfurt am Main 1993. S. 10.

²⁰⁵ Vgl. Mosse, L. George 1993: Rassismus. In: Jäckel, Eberhard/ Longerich, Peter (Hg.): Enzyklopädie des Holocaust. Band II. Berlin 1993. S. 1182.

²⁰⁶ Vgl. Lilienthal, George 1993: Anthropologie im Nationalsozialismus. In: Jäckel, Eberhard/ Longerich, Peter (Hg.): Enzyklopädie des Holocaust. Band I. Berlin 1993. S. 43-44.

²⁰⁷ Mosse, L. George: Der nationalsozialistische Alltag. Frankfurt am Main 1993. S. 14.

²⁰⁸ Schulze, Hagen 2002: Weimars Scheitern. In: Sösemann, Bernd (Hg.): Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft. München 2002. S. 64.

²⁰⁹ Vgl. Mosse, L. George: Der nationalsozialistische Alltag. Frankfurt am Main 1993. S. 14.

²¹⁰ Vgl. Götz, Aly. Hitlers Volksstaat. Frankfurt am Main 2005. S. 14.

Mit den Bücherverbrennungen am 10. Mai 1933 vermittelten Staat, Verbände und Organisationen ebenso wie Industrie, Wirtschaft und Banken das Gefühl, eine veränderte, schönere Welt mit völlig neuen Chancen sei angebrochen.²¹¹ „Der Schriftsteller Wolfgang Hillers erkannte in diesem Zusammenhang, dass dem *Ich* nun ein *Wir* überzuordnen sei und dass eine neue deutsche Kunst nur aus der Quelle des *Wir* gespeist werden konnte.“²¹² „Das neue Deutschland des nationalen Sozialismus gab denjenigen, die während der Demonstrationen und Saalschlachten auf der anderen Seite gestanden hatten, vielfach die Chance, mit dem Dritten Reich ihren persönlichen und individuellen Frieden zu schließen.“²¹³

Abschnitt II.

6. Der Anschluss

Am 11. März 1938 besetzte die deutsche Wehrmacht Österreich, und am 13. März wurde in Wien der Anschluss an das Reich verkündet. „Der überwiegende Teil der österreichischen Bevölkerung begrüßte diese Vereinigung enthusiastisch, was sich unter anderem in heftigen antisemitischen Unruhen und in einem fast vollständigen Fehlen eines Widerstands gegen die Nationalsozialisten ausdrückte.“²¹⁴ Die Friedensverträge von Versailles und St. Germain hatten die staatliche Zusammenführung von Österreich und Deutschland strikt untersagt, worin die Mehrheit der Bevölkerung eine Ungerechtigkeit ausmachte.

Mit dem Anschluss Österreichs erfüllte sich nun der „nationalromantische Traum“, der die Nation in ein Hochgefühl steigerte.²¹⁵ Der Begriff, der das Aufgehen Österreichs in einem vereinigten Großdeutschland bezeichnete, tauchte 1918 in der deutschen politischen Terminologie erstmals auf. Im Friedensvertrag von 1919 zwischen Österreich und den Alliierten wurde eine territoriale Synthese der beiden Länder untersagt, und Österreich wurde eine unabhängige Republik.²¹⁶

²¹¹ Vgl. Schulze, Hagen 2002: Weimars Scheitern. In: Sösemann, Bernd (Hg.): Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft. München 2002. S. 69.

²¹² Götz, Aly. Hitlers Volksstaat. Frankfurt am Main 2005. S. 14.

²¹³ Ebd. S. 14.

²¹⁴ Pohl, Dieter 1993: Österreich. In: Jäckel, Eberhard/ Longerich, Peter (Hg.): Enzyklopädie des Holocaust. Band II. Berlin 1993. S. 1075.

²¹⁵ Vgl. Götz, Aly. Hitlers Volksstaat. Frankfurt am Main 2005. S. 26.

²¹⁶ Vgl. Gutman, Israel 1993: Anschluss. In: Jäckel, Eberhard/ Longerich, Peter (Hg.): Enzyklopädie des Holocaust. Band I. Berlin 1993. S. 43.

„In den 30er-Jahren begründete Engelbert Dollfuß, der Führer der Christlichsozialen Partei Österreichs, eine Diktatur nach faschistischem Muster, die sich auf ein Bündnis mit Italien stützte und in Gegnerschaft sowohl zu den österreichischen Sozialdemokraten wie auch zu den österreichischen Nationalsozialisten stand.“²¹⁷ Männer wie Engelbert Dollfuß und Francisco Franco in Spanien schätzten die Juden nicht besonders, doch in ihren Augen stellte der Rassismus keine akzeptable und tolerierbare Form dar. Er war mit der katholischen Religion, auf der ihre Regierungen und Ideologien aufbauten, unvereinbar und, was hierbei noch schwerer wog war, dass der Rassismus eine Bedrohung ihres eigenen konservativen Regimes darstellte.²¹⁸ Bei den Feierlichkeiten zum Jahrestag der „Türkenbefreiung“ 1638 im September 1933 und dem zeitgleich stattfindenden Katholikentag machte Dollfuß klar deutlich, dass sein Ziel die Errichtung eines Ständestaates mit starker autoritärer Führung sei.²¹⁹

6.1 Antisemitismus als Selbsterhaltungstrieb?

Die Konfrontation der Stadt Wien mit ihren jüdischen Einwohnern hat ihre Ursprünge im Charakteristikum des europäischen Feudalismus. Die religiös-ethnische Minderheit der jüdischen Bevölkerung fand ihren Aufgabenbereich in wirtschaftlichen Funktionen. Nachdem sie aus dem beruflichen Feld der Landwirtschaft ausgeschlossen waren, erschlossen sie zunehmend wichtige Tätigkeitsfelder des Handels, welcher ihnen fortlaufenden Einfluss ermöglichte.²²⁰ Belege für die Ansiedlung von Juden gehen auf das Ende des 12. Jahrhunderts zurück. Im 13. Jahrhundert vermehrte sich die Zahl der jüdischen Gemeinden, und im Jahre 1244 erteilte der letzte Babenberger, Friedrich II., ein Judenprivileg für Österreich.²²¹ Bis 1918 war Wien die Hauptstadt des Habsburger-Reiches Österreich-Ungarn. In diesem Jahrhundert „entwickelte sich die Stadt zu einem Zentrum jüdischer Gelehrsamkeit und zu einem Pol der zionistischen Bewegung.“²²² Juden spielten im ökonomischen und kulturellen Leben eine bedeutende Rolle.

²¹⁷ Gutman, Israel 1993: Anschluss. In: Jäckel, Eberhard/ Longerich, Peter (Hg.): Enzyklopädie des Holocaust. Band I. Berlin 1993. S. 43.

²¹⁸ Vgl. Mosse, L. George 1993: Rassismus. In: Jäckel, Eberhard/ Longerich, Peter (Hg.): Enzyklopädie des Holocaust. Band II. Berlin 1993. S. 1193.

²¹⁹ Vgl. Vocolka, Karl: Geschichte Österreichs. München 2006. S. 292.

²²⁰ Vgl. Oxaal, Ivar 1990: Die Juden in Wien des jungen Hitler. In: Botz, Gerhard/ Oxaal, Ivar (Hg.): Eine zerstörte Kultur. Rottenburg 1990. S. 34.

²²¹ Vgl. Vocolka, Karl: Geschichte Österreichs. München 2006. S. 90.

²²² Rosenkranz, Herbert 1993: Wien. In: Jäckel, Eberhard/ Longerich, Peter (Hg.): Enzyklopädie des Holocaust. Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden. Band III. Argon Verlag, Berlin 1993. S. 1590.

Die jüdische Bevölkerung in Österreich erreichte mit annähernd 250.000 Menschen während des Ersten Weltkrieges ihren größten Umfang, was unter anderem daraus resultierte, dass es aus Galizien und der Bukowina einen enormen Zustrom an Kriegsflüchtlingen gab.²²³ Das Land wurde unter diesen Begebenheiten zu einem Zentrum jüdischer Kultur, woraus sich auch die zionistische Bewegung entwickelte, und innerhalb dieser Geschehnisse entstand in Wien eines der ersten und stärksten Zentren des modernen Antisemitismus.²²⁴

Wenn Juden das Ziel von Vertreibungen, Plünderungen und Pogromen wurden, erfolgte dies zumeist unter den Aspekten des Sozialneids, der wirtschaftlichen Faktoren und des Vorwurfes des Wuchers, der aus der Geldleihe gegen Zinsen resultierte. „Alle älteren Judenverfolgungen im christlichen Europa waren religiös begründet und endeten mit der Bereitschaft der Juden, Christen zu werden.“²²⁵ „Der Kirche erschienen die Juden als eine im Unglauben störrisch verharrende Minderheit, den Konservativen als kulturelle und politische Gefahr und den Bauern als ein wirtschaftliches Übel.“²²⁶ Der „Jude“ des überzeugten Antisemiten war ein Sündenbock, auf dem Ängste, Vorurteile und Hassgefühle, die im Antisemiten selbst ihren eigentlichen Ursprung fanden, aufgeladen und konzentriert wurden.²²⁷

In den Städten hatten die Beziehungen zwischen der jüdischen Bevölkerung und des alten und neuen Mittelstandes einen anderen Charakter, nämlich den des Konkurrenzkampfes, der sich nicht nur auf das Geschäftliche beschränkte und aus einer Existenzunsicherheit heraus resultierte.²²⁸ Antisemitismus entsprang innerhalb dieser Konstellation dem Selbsterhaltungstrieb, der jede Möglichkeit für Toleranz oder Indifferenz abschnitt. Allerdings erschien die Funktion der Juden in der marktwirtschaftlichen Arbeitsteilung zwischen Stadt und Land notwendig, ungeachtet der ausbleibenden Sympathien gegenüber jüdischen Unternehmern.²²⁹

²²³ Vgl. Rosenkranz, Herbert 1993: Österreich. In: Jäckel, Eberhard/ Longerich, Peter (Hg.): Enzyklopädie des Holocaust. Band II. Berlin 1993. S. 1074.

²²⁴ Vgl. Ebd. S. 1075.

²²⁵ Benz, Wolfgang 2002: Wie kam es in Deutschland zum Rassismus und Antisemitismus. In: Sösemann, Bernd (Hg.): Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft. München 2002. S. 42.

²²⁶ Massing, W. Paul: Vorgeschichte des politischen Antisemitismus. Aus dem Amerikanischen übersetzt und für die deutsche Ausgabe bearbeitet von Felix J. Weil. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt am Main 1986. S. 96.

²²⁷ Vgl. Oxaal, Ivar 1990: Die Juden in Wien des jungen Hitler. In: Botz, Gerhard/ Oxaal, Ivar (Hg.): Eine zerstörte Kultur. Rottenburg 1990. S. 55.

²²⁸ Vgl. Massing, W. Paul: Vorgeschichte des politischen Antisemitismus. Frankfurt am Main 1986. S. 97.

²²⁹ Vgl. Ebd. S. 96.

Aus der europäischen Geschichte gehen vier qualitativ unterschiedliche Arten und Stadien der Abneigung gegenüber Juden hervor: Eine „religiöse Feindseligkeit“ der Christen gegen die Anhänger jüdischen Glaubens, ein „bürgerlicher Antisemitismus“, der im 19. Jahrhundert parallel zur Weltwirtschaftskrise entstand und eine politische Waffe in sozialen Kämpfen darstellte, ein gezielt „propagandistischer Antisemitismus“, der schließlich zu einem Völkermord ohnegleichen geführt hat, und ein „nachfaschistischer Antisemitismus“, der vor allem in Deutschland und Österreich zu bemerken ist.²³⁰

In der Diskussion über die „Judenfrage“ spielte die Schmarotzer/Parasiten-Metaphorik ebenso eine Rolle, ungeachtet der Tatsache, „dass die anti-emanzipatorische Judenfeindschaft auch und vor allem eine Bewegung gegen die Modernisierung der Gesellschaft und gegen den politischen Liberalismus war.“²³¹ Der Übergang vom religiösen Hass zur rassistischen Ablehnung erfolgte unterdessen nicht abrupt, denn die Traditionen des religiösen Antijudaismus blieben wirkungsmächtig und verstärkten die neuen pseudo-rationalen Argumente des Rassenantisemitismus.²³²

Wie bereits erwähnt, sollte „jede Darstellung der Entstehungsbedingungen des politischen Antisemitismus in Österreich dort ansetzen, wo die objektiven Möglichkeiten und Notwendigkeiten auftreten, größere Massen der Bevölkerung in das politische Leben einzubeziehen.“²³³ Diese Bedingungen treten im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts hervor, wobei dies nicht bedeutet, dass der Antisemitismus nicht schon vor dieser Periode in Österreich eine weitläufige Geschichte zurückgelegt hat.²³⁴ Die uralten Konflikte zwischen den Bürgern von Wien einerseits und zwischen Kaiser und Hof andererseits durchliefen kurz vor der Jahrhundertwende nochmals die Wiener Gemeindepolitik etwa durch den wiederholten Versuch des Kaisers, die Bestellung Karl Luegers, des gewählten Wiener Bürgermeisters, zu blockieren, dessen christlichsoziale Rhetorik von Entgleisungen gegen die Juden dominiert war.²³⁵

²³⁰ Vgl. Marin, Bernd 1983: Ein historisch neuartiger Antisemitismus ohne Antisemiten. In: Pelinka, Anton/Reinalter, Helmut (Hg.): Antisemitismus in Österreich. Innsbruck 1983. S. 176.

²³¹ Benz, Wolfgang 2002: Wie kam es in Deutschland zum Rassismus und Antisemitismus. In: Sösemann, Bernd (Hg.): Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft. München 2002. S. 43.

²³² Vgl. Ebd. S. 43.

²³³ Marin, Bernd 1983: Die bürgerlichen Strömungen in Österreich vor dem 1. Weltkrieg. In: Pelinka, Anton/Reinalter, Helmut (Hg.): Antisemitismus in Österreich. Innsbruck 1983. S. 15.

²³⁴ Vgl. Ebd. S. 15.

²³⁵ Oxaal, Ivar 1990: Die Juden in Wien des jungen Hitler. In: Botz, Gerhard/ Oxaal, Ivar (Hg.): Eine zerstörte Kultur. Rottenburg 1990. S. 56.

Die eigentliche Gründung der Christlichsozialen Partei begann allerdings zuvor, und zwar mit dem Engagement verschiedener Theoretiker, allen voran Freiherr Karl von Vogelsang, Prinz Aloys Lichtenstein und anderen vorwiegend der Aristokratie entstammender Männern, die versuchten, die sozialen Probleme ihrer Zeit auf christliche Ideen gestützt zu lösen.²³⁶

Gleichzeitig mit der Entwicklung von Wien zu einer großen jüdischen Gemeinde und einem Mittelpunkt jüdischer Kultur am Ende des 19. Jahrhunderts gewann der moderne Antisemitismus viele Anhänger. Einer der bekanntesten Antisemiten der Stadt war der 1896 zum Bürgermeister gewählte Dr. Karl Lueger.²³⁷ Der Antisemitismus der Christlichsozialen beruhte auf religiösen Wurzeln, er tradierte also den jahrhundertealten Antisemitismus der Kirche mit all seinen Auswüchsen. Lueger verstand es, den antisemitischen Gedanken ins Ökonomische zu kehren und im Sinne eines antikapitalistischen Arguments einzusetzen.²³⁸ „Seine Funktionalisierung des Antisemitismus zu politischen Zwecken diente Hitler als Vorbild.“²³⁹ Luegers politischer Opportunismus lässt sich unter anderem an seinem berüchtigten Ausspruch, „*Wer Jud ist, bestimm ich*“, erfassen.²⁴⁰

6.2 Emigration, Zuflucht und Übersiedlung

Gleich nach dem Anschluss im März 1938 wurden die Büros der jüdischen Gemeinde und der zionistischen Organisation geschlossen und ihre Vorstandsmitglieder in das Konzentrationslager Dachau deportiert.²⁴¹ Juden wurden aus dem ökonomischen, sozialen und kulturellen Leben des Landes vertrieben. Am 18. März 1938 beschlagnahmte Himmler das Hotel Metropol, welches ursprünglich jüdisches Eigentum gewesen war, und stattete es für Niederösterreich und Wien für polizeiliche und politische Behörden aus.²⁴² Der Reichsführer SS, Chef der Gestapo, Reichsinnenminister und nach Adolf Hitler und Hermann Göring

²³⁶ Vgl. Vocolka, Karl: Geschichte Österreichs. München 2006. S. 242.

²³⁷ Vgl. Rosenkranz, Herbert 1993: Wien. In: Jäckel, Eberhard/ Longerich, Peter (Hg.) Enzyklopädie des Holocaust. Band III. Berlin 1993. S. 1591.

²³⁸ Vgl. Vocolka, Karl: Geschichte Österreichs. München 2006. S. 244.

²³⁹ Rosenkranz, Herbert 1993: Wien. In: Jäckel, Eberhard/ Longerich, Peter (Hg.) Enzyklopädie des Holocaust. Band III. Berlin 1993. S. 1591.

²⁴⁰ Oxaal, Ivar 1990: Die Juden in Wien des jungen Hitler. In: Botz, Gerhard/ Oxaal, Ivar (Hg.): Eine zerstörte Kultur. Rottenburg 1990. S. 56.

²⁴¹ Rosenkranz, Herbert 1993: Wien. In: Jäckel, Eberhard/ Longerich, Peter (Hg.) Enzyklopädie des Holocaust. Band III. Berlin 1993. S. 1591

²⁴² Vgl. Ebd. S. 1075.

mächtigste Mann im nationalsozialistischen Deutschland, Heinrich Himmler, nutzte seine Macht zum Ausbau des Polizeiapparates sowie des Systems der Konzentrationslager, die er am Vorbild des 1933 eingerichteten Lagers Dachau ausrichtete. Außerdem arbeitete Himmler daran, die jüdischen Gemeinden in afrikanische Kolonialgebiete deportieren zu lassen.²⁴³ „Er war maßgeblich an dem systematischen Massenmord der Nationalsozialisten an den europäischen Juden beteiligt.“²⁴⁴

Die Umsiedlung der europäischen Juden auf die südostafrikanische Insel Madagaskar war ein von vielen Antisemiten gewolltes Projekt, das allerdings mit der deutschen Niederlage gegen Großbritannien im September 1940 schlagartig zum Erliegen kam. Für viele Nationalsozialisten ebnete diese Niederlage psychologisch den Weg für die „Endlösung“.²⁴⁵ „Ein Zufluchtsort für zahlreiche europäische Juden stellte Shanghai dar, weil diese Stadt weltweit der einzige Ort war, zu dem man ohne Visum oder irgendein anderes offizielles Dokument gelangen konnte.“²⁴⁶ Die Stadt Shanghai, in der solche bürokratischen Restriktionen unbekannt waren, wurde dadurch für viele Mitglieder der jüdischen Bevölkerung zum Rettungsanker, die weder Eltern noch Freunde oder Bekannte im westlichen Ausland hatten und nicht länger auf ein Visum warten konnten oder wollten.²⁴⁷

Die damals internationale Zone von Shanghai wurde seit der Verhaftungswelle nach der „Reichskristallnacht“ 1938 zur Zufluchtsstätte einer Flut von Flüchtlingen aus Deutschland und Österreich.²⁴⁸ Die meisten österreichisch-jüdischen Emigrantinnen und Emigranten gehörten dem assimilierten Wiener Bürger- und Kleinbürgertum an und hatten im Laufe der Wochen und Monate nach dem März 1938 und dem letztlich ausschlaggebenden Pogrom vom November jede wirtschaftliche und soziale Lebensmöglichkeit in Österreich verloren.²⁴⁹

²⁴³ Vgl. Kochan, Lionel 1993: Himmler, Heinrich: In: Jäckel, Eberhard/ Longerich, Peter (Hg.): Enzyklopädie des Holocaust. Band II. Berlin 1993. S. 611.

²⁴⁴ Ebd. S. 610.

²⁴⁵ Vgl. Browning, R. Browning 1993: Madagaskar-Plan. In: Jäckel, Eberhard/ Longerich, Peter (Hg.): Enzyklopädie des Holocaust. Band II. Berlin 1993. S. 915-917.

²⁴⁶ Kranzler, David 1993: Schanghai. In: Jäckel, Eberhard/ Longerich, Peter (Hg.): Enzyklopädie des Holocaust. Band III. Berlin 1993. S. 1279.

²⁴⁷ Vgl. Kreissler, Françoise 1990: Fluchtpunkt Schanghai. In: Botz, Gerhard/ Oxaal, Ivar (Hg.): Eine zerstörte Kultur. Rottenburg 1990. S. 313.

²⁴⁸ Wetzel, Juliane 1993: Auswanderung aus Deutschland. In: Benz, Wolfgang (Hg.): Die Juden in Deutschland 1933-1945. München 1993. S. 495.

²⁴⁹ Kreissler, Françoise 1990: Fluchtpunkt Schanghai. In: Botz, Gerhard/ Oxaal, Ivar (Hg.): Eine zerstörte Kultur. Rottenburg 1990. S. 313.

Bereits das Ausbürgerungsgesetz vom 14. Juli 1933 stellte die Grundlage dafür dar, dass das Reichsfinanzministerium sich die Vermögen von insgesamt 300.000 Emigrationswilligen einverleiben konnte, und Wien mit der errichteten „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ unter Adolf Eichmann, die im beschlagnahmten Palais Rothschild eröffnet wurde, spielte hierfür eine besondere Rolle.²⁵⁰ Schon ein paar Tage vor dem Einmarsch in Österreich entwarf Eichmann ein Modell für eine Koppelung der Paltreu (Palästina-Treuhandstelle zur Beratung deutscher Juden) und der Altreu (Reichsvertretung der Juden in Deutschland), die zusammen unter eine „arische Leitung“ gestellt wurden.²⁵¹ Um die österreichischen Auswanderungserfolge auch im „Altreich“ zu fördern, wurde Eichmann Ende 1939 die „Reichszentrale für jüdische Auswanderung“ in Berlin unterstellt. Obwohl zu diesem Zeitpunkt der Krieg bereits ausgebrochen war und sich dadurch die Auswanderungsmöglichkeiten nochmals verringerten, betrieb die „Reichszentrale“ die jüdische Emigration weiter.²⁵²

In Wien wurde dies unter der sogenannten „Aktion Gildemeester“ umgesetzt. Festzustellen ist hierbei, dass die Muster des Altreu-Fonds zur Anwendung kamen, bei dem durch die „Einzahlungen“ festgelegter Summen von vermögenden Auswanderungswilligen jüdischen Bevölkerungsteilen die Auswanderungskosten von so genannten Minderbemittelten finanziert wurden.²⁵³ Das genauere Prinzip dieser Aktion (Gildemeester) war folgendes: Vermögende Juden sowie Juden, die zwar unter die „Nürnberger Gesetze“ fielen, aber nicht mosaischen Glaubens waren, sollten gegen einen Verzicht auf ihr gesamtes Vermögen zugunsten des Deutschen Reiches Einreisemöglichkeiten in überseeische Staaten erhalten, wobei geplant war, dass ca. 10 Prozent dieses Geldes dem Auswanderungsfonds zufließen, aus dem die Auswanderungen mittelloser Juden bezahlt werden konnten.²⁵⁴

„Ein wichtiges Einwanderungsland wurde naturgemäß Palästina. Die Einwanderung in das britische Mandatsgebiet war durch ein System von Einwanderungskategorien geregelt, deren

²⁵⁰ Vgl. Jasper, Willi 1993: Exil und Emigration aus Deutschland. In: Jäckel, Eberhard/ Longerich, Peter (Hg.): Enzyklopädie des Holocaust. Band I. Berlin 1993. S. 428.

²⁵¹ Vgl. Venus, Theodor/ Wenck, Alexandra-Eileen (Hg.): Die Entziehung jüdischen Vermögens im Rahmen der Aktion Gildemeester. München 2004. S. 65.

²⁵² Vgl. Wetzell, Juliane 1993: Auswanderung aus Deutschland. In: Benz, Wolfgang (Hg.): Die Juden in Deutschland 1933-1945. München 1993. S. 430.

²⁵³ Vgl. Venus, Theodor/ Wenck, Alexandra-Eileen (Hg.): Die Entziehung jüdischen Vermögens im Rahmen der Aktion Gildemeester. München 2004. S. 80.

²⁵⁴ Vgl. Venus, Theodor/ Wenck, Alexandra-Eileen (Hg.): Die Entziehung jüdischen Vermögens im Rahmen der Aktion Gildemeester. München 2004. S. 80.

Quoten die Mandatsregierung zweimal jährlich festlegte.“²⁵⁵ In Lateinamerika gaben sich vor allem Bolivien, Brasilien, Chile und Argentinien für jüdische Flüchtlinge aufnahmebereit.²⁵⁶

Die Motive der Emigrantinnen und Emigranten bedürfen wohl nicht näher erläutert zu werden. Der überwiegende Teil derjenigen, die nach Ostasien übersetzten, hatte sich erst nach den Pogromen vom November 1938 dazu entschlossen. In den Kriegsjahren 1940 und 1941 wurde es für die jüdische Bevölkerung erheblich schwieriger „sichere Häfen“ innerhalb des Emigrationsprozesses zu erreichen.²⁵⁷ Palästina nahm hierbei eine Sonderstellung ein. Zunächst kamen vor allem Zionisten in die neue Heimatstätte der jüdischen Bevölkerung, aber in den darauf folgenden Jahren drangen auch ideologisch nicht gebundene Juden stärker nach Israel.²⁵⁸ „Die Vereinigten Staaten von Amerika wurden erst im Jahre 1937 das Haupteinwanderungsland für deutsche und österreichische Juden.“²⁵⁹ Spätestens im November 1938 begriffen nun auch die letzten Unentschlossenen unter den Auswanderinnen und Auswanderern, dass es in ihrer alten Heimat keine Zukunft mehr für sie geben würde.²⁶⁰ „Während der Phase der jüdischen Emigration in den Jahren 1933 bis 1941 gab es eine ablehnende Haltung gegen die Aufnahme jüdischer Flüchtlinge von Seiten der USA, deren Quoten erst nach der „Evian-Konferenz“ von 1939 voll zum Tragen kamen.“²⁶¹

1937 hatte die Zahl der Immigrantinnen und Immigranten aus Österreich und Deutschland mit 42,1 Prozent noch immer nicht die Hälfte der eigentlich verfügbaren Menge erreicht. Erst im Jahre 1939 konnten mit 27.370 Einwanderinnen und Einwanderern aus den beiden Ländern das Kontingent vollständig ausgenutzt werden.²⁶² Am 31. Juli 1941 zählte die Stadt Wien noch 43.811 jüdische Mitglieder, davon 8728 sogenannte „Geltungsjuden“, die sich über die „Nürnberger Gesetze“ definierten.²⁶³

²⁵⁵ Jasper, Willi 1993: Exil und Emigration aus Deutschland. In: Jäckel, Eberhard/ Longerich, Peter (Hg.): Enzyklopädie des Holocaust. Band I. Berlin 1993. S. 428.

²⁵⁶ Vgl. Ebd. S. 430.

²⁵⁷ Vgl. Kreissler, Francoise 1990: Fluchtpunkt Schanghai. In: Botz, Gerhard/ Oxaal, Ivar (Hg.): Eine zerstörte Kultur. Rottenburg 1990. S. 313.

²⁵⁸ Wetzel, Juliane 1993: Auswanderung aus Deutschland. In: Benz, Wolfgang (Hg.): Die Juden in Deutschland 1933-1945. München 1993. S. 446.

²⁵⁹ Ebd. S. 484.

²⁶⁰ Vgl. Ebd. S. 498.

²⁶¹ Dlin, Elly 1993: Vereinigte Staaten. In: Jäckel, Eberhard/ Longerich, Peter (Hg.): Enzyklopädie des Holocaust. Band III. Berlin 1993. S. 1490.

²⁶² Wetzel, Juliane 1993: Auswanderung aus Deutschland. In: Benz, Wolfgang (Hg.): Die Juden in Deutschland 1933-1945. München 1993. S. 484.

²⁶³ Vgl. Rosenkranz, Herbert 1993: Wien. In: Jäckel, Eberhard/ Longerich, Peter (Hg.): Enzyklopädie des Holocaust. Band III. Berlin 1993. S. 1594.

„Nach dem Erlass des Emigrationsverbots von Heinrich Himmler im selben Jahr lösten Deportation und physische Vernichtung die Vertreibung als Ziel der nationalsozialistischen Judenpolitik ab.“²⁶⁴

7. Das Vorspiel in Berchtesgaden – Schuschnigg unter Druck

Am Abend des 11. Februars 1938 bestiegen Staatssekretär Schmidt, der Adjutant des Kanzlers Oberstleutnant Bartl und Kurt Schuschnigg den Nachtzug nach Salzburg, um am folgenden Tag mit Adolf Hitler am Obersalzberg zusammenzutreffen.²⁶⁵ Schuschnigg, der 1932 Justizminister wurde, avancierte nach dem Tod von Dollfuß (1934) zum Bundeskanzler mit austrofaschistisch-diktatorischen Ambitionen, und nachdem er den Hocharistokraten und Gegenspieler Ernst Rüdiger Starhemberg ausschalten konnte, wurde er zum Anführer der „Vaterländischen Front“, die als Einheitspartei nach faschistischem Vorbild fungierte.²⁶⁶ Die Gründung der Vaterländischen Front durch Dollfuß erfolgte zwei Monate nach der Ausschaltung des Nationalrates im Mai 1933. Sie war nicht der organisatorische Ausdruck einer Bewegung, sondern der Versuch, über „ein von Oben eingesetztes organisatorisches Konstrukt die Verschmelzung der traditionellen bürgerlichen Parteien zu erreichen.“²⁶⁷

Die Regierungen unter Dollfuß und Schuschnigg hatten als Hauptschwerpunkt ihrer Politik den Kampf gegen den Nationalsozialismus und den Anschluss zu führen, wobei Österreich auf sich allein gestellt diesen Kampf niemals bestehen konnte, woraus sich das Nahverhältnis zum faschistischen Italien ergab.²⁶⁸ Italien war etwa ab 1930 gewissermaßen eine Schutzmacht für Österreich, und es lässt sich annehmen, dass es bereits nach dem Mord an Dollfuß zu einer gewaltsamen Besetzung Österreichs gekommen wäre, hätte Mussolini seine Truppen nicht am Brenner stationieren lassen.²⁶⁹

²⁶⁴ Jasper, Willi 1993: Exil und Emigration aus Deutschland. In: Jäckel, Eberhard/ Longerich, Peter (Hg.): Enzyklopädie des Holocaust. Band I. Berlin 1993. S. 428.

²⁶⁵ Vgl. Hopfgartner, Anton: Kurt Schuschnigg. Ein Mann gegen Hitler. Styria Verlag, Wien 1989. S. 199.

²⁶⁶ Vgl. Vocelka, Karl: Geschichte Österreichs. S. 293-294.

²⁶⁷ Talos, Emmerich/ Manoschek, Walter 1985: Politische Struktur des Austrofaschismus (1934-1938). In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): Austrofaschismus. Beiträge über Politik, Ökonomie und Kultur 1934-1938. Verlag für Gesellschaftskritik, Wien 1985. S. 71.

²⁶⁸ Vgl. Bock, Fritz 1984: Von Berchtesgaden bis Linz-Österreichs Untergang als Augenzeuge erlebt. In: Desput, F. Joseph (Hg.): Österreich 1934-1984. Erfahrungen-Erkenntnisse-Besinnung. Styria Verlag, Graz 1984. S. 223.

²⁶⁹ Vgl. Ebd. S. 223.

„Die Regierung Schuschniggs, die einer Restauration der Habsburger positiv gegenüber stand, geriet zunehmend unter Druck des nationalsozialistischen Deutschlands.“²⁷⁰ Die Tausend-Mark-Sperre war hierbei, unter anderem, ein Zeichen der Spannungen und Konflikte. Jeder deutsche Staatsbürger musste vor seiner Einreise nach Österreich eine Gebühr von 1.000 Reichsmark entrichten, was dazu führte, dass der Fremdenverkehr in Österreich schwer zu leiden hatte, da beinahe 40 Prozent der Touristen Deutsche waren.²⁷¹

Die Tausend-Mark-Sperre markierte einen gewieften Zug gegen die österreichische Unabhängigkeit, und wirtschaftliche Ziele waren hierbei eng mit politischen verflochten. Diese „wirtschaftliche Sanktion gegen die österreichische Bundesregierung wurde mit einer politischen, pronationalsozialistischen Propaganda verbunden, und Österreich wurde damit sowohl in seinen wirtschaftlichen Grundlagen als auch seiner Eigenstaatlichkeit getroffen.“²⁷² Die Achse Berlin-Rom verschlechterte zudem die Lage des Landes. Die neue Zusammenarbeit der beiden großen Autoritären Mächte Deutschland und Italien zeigte sich deutlich im Spanischen Bürgerkrieg, in dem beide Länder die Truppen des Caudillo Franco unterstützten.²⁷³ Mit der Wende der italienischen Politik zur nationalsozialistischen Kriegspolitik, die mit dem Besuch von Mussolini bei Hitler 1935 ihren offiziellen Ausgang nahm, war Österreich seines einzigen Freundes im Kampf um seine Selbstständigkeit beraubt.²⁷⁴ Eine Folge der Annäherung Italiens an Hitlerdeutschland war der am 11. Juli 1936 zwischen der austrofaschistischen Regierung Österreichs und Deutschland abgeschlossene Vertrag, der als „Juliabkommen“ die veränderte Stellung Österreichs festlegte.²⁷⁵ Das deutsch-österreichische Abkommen stellte quasi die Ausgangsbasis für den Anschluss dar. Im sogenannten „Juliabkommen“ anerkannte die deutsche Reichsregierung zwar die Souveränität Österreichs und hob die Tausend-Mark-Sperre wieder auf, dafür hatte Österreich allerdings seine künftige Politik als „deutscher Staat“ zu führen. Die getroffene Vereinbarung vom 11. Juli 1936 erleichterte den Nationalsozialisten zudem weitere territoriale Ausdehnungen in Österreich.²⁷⁶

²⁷⁰ Vöclka, Karl: Geschichte Österreichs. S. 294.

²⁷¹ Vgl. Ebd. S. 294.

²⁷² Romanik, Felix: Der Leidensweg der österreichischen Wirtschaft 1933-1945. Österreichischer Bundesverlag, Wien 1957. S. 13-14.

²⁷³ Vgl. Vöclka, Karl: Geschichte Österreichs. S. 296.

²⁷⁴ Vgl. Bock, Fritz 1984: Von Berchtesgaden bis Linz-Österreichs Untergang als Augenzeuge erlebt. In: Desput, F. Joseph (Hg.): Österreich 1934-1984. Graz 1984. S. 224.

²⁷⁵ Vgl. Bock, Fritz 1984: Von Berchtesgaden bis Linz-Österreichs Untergang als Augenzeuge erlebt. In: Desput, F. Joseph (Hg.): Österreich 1934-1984. Graz 1984. S. 224.

²⁷⁶ Vgl. Haas, Hans 1988: Der Anschluss. In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Verlag für Gesellschaftskritik, Wien 1988. S. 2.

Schuschnigg war in Berchtesgaden massiven Pressionen ausgesetzt, und Hitler drohte mehrmals mit einem deutschen Einmarsch, wodurch er den Kanzler einschüchterte.²⁷⁷ „Arthur Seyß-Inquart wurde unterdessen zur Galionsfigur der Nationalsozialisten, und seine Infiltrations- und Angleichungspolitik erschwerte Schuschnigg eine Stabilisierung der Lage.“²⁷⁸ Da es in Österreich keinen unumstrittenen Anführer gab, sahen sich Berlin und München auserkoren, um für Rat und Führung Sorge zu tragen.

In der Folge des Putschversuches im Jahre 1934 wurde die österreichische SS zur Reorganisation vom Schauplatz der Öffentlichkeit abgezogen und der direkten Kontrolle des Reiches unterstellt. Direkte Verbindungen zu Heydrich, Himmler und anderen „Größen“ der Schutzstaffel gaben den SS-Mitgliedern in Österreich Autorität und Zuversicht.²⁷⁹ „Mit einer Neigung zur Intrige und einem ausgeprägtem Instinkt für Kompromiss, stand Seyß-Inquart mit Erfolg an der Spitze der Nationalen Opposition und verpflichtete sich der gesamtdeutschen Idee.“²⁸⁰ Die mit Seyß-Inquart in Wien ausgehandelten „Punktationen“ anerkannten die Berufung bestimmter Nationalsozialisten in Staat und Kammern sowie eine Intensivierung der militärischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit.²⁸¹ Seyß übermittelte die vorläufigen Vertragsentwürfe ohne dem Wissen Schuschniggs nach Berlin, wo sie von Hitler und dem neuen Außenminister Joachim von Ribbentrop ergänzt wurden und dem Kanzler als „großes Programm“ in Berchtesgaden am 12. Februar vorgelegt wurden.²⁸²

7.1 Das Forderungskonzept an Österreich

Hitler hatte die Möglichkeit gewittert, Schuschnigg, der ihm als schwer entschlossfähig geschildert worden war, mittels Gewaltanwendung psychischer Natur zur Unterzeichnung eines Abkommens zu zwingen, dessen konsequente Durchführung den Anschluss früher oder später

²⁷⁷ Michaelis, Herbert/ Schraepler, Ernst (Hg.): Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Antikominternpakt-Achse Rom-Berlin. Dokumenten Verlag Wendler & Co, Berlin 1966. S. 610-611.

²⁷⁸ Haas, Hans 1988: Der Anschluss. In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Wien 1988. S. 11.

²⁷⁹ Vgl. Luza, Radomir: Österreich und die großdeutsche Idee in der NS-Zeit. Hermann Böhlau Verlag, Graz 1977. S. 36.

²⁸⁰ Ebd. S. 38.

²⁸¹ Vgl. Haas, Hans 1988: Der Anschluss. In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Wien 1988. S. 11.

²⁸² Vgl. Haas, Hans 1988: Der Anschluss. In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Wien 1988. S. 11.

automatisch herbeiführen hätte sollen.²⁸³ Das Abkommen von Berchtesgaden brachte Schuschnigg in eine äußerst missliche Lage, und die Nationalsozialisten drängten darauf, den Druck weiter aufzubauen.²⁸⁴ Der Reichskanzler Adolf Hitler drohte dem österreichischen Kanzler mit massiver militärischer Invasion und warf Schuschnigg rüde vor, sich keineswegs an das „Juliabkommen“ gehalten zu haben, wie das Verbleiben im Völkerbund beweise.²⁸⁵ Daraufhin habe Hitler dem Kanzler die außenpolitische Isolierung Österreichs vor Augen geführt, da man mit Mussolini aufs engste befreundet sei und auch England im Falle eines Einmarsches nicht eingreifen würde.²⁸⁶

Schuschnigg befand sich in der Defensive und kam weiteren Forderungen der Nationalsozialisten nach, obwohl er es auch vermochte, einige deutsche Forderungen abzuwehren.²⁸⁷ Für den Nachmittag des 12. Februars 1938 war eine zweite Unterredung der Staatsmänner angesetzt, die mit einer manipulativen Technik Hitlers einherging, da er den österreichischen Kanzler zwei Stunden im Vorraum des Besprechungszimmers am Berghof warten ließ, was die Situation für den Kettenraucher Schuschnigg, dem es wie allen anderen verboten wurde, in Hitlers Nähe zu rauchen, wohl nicht vereinfacht haben dürfte.²⁸⁸ Schließlich wurden der österreichische Kanzler und sein Staatssekretär in ein kleines Zimmer gebeten, in dem sich der damalige Reichsaußenminister Ribbentrop und der deutsche Botschafter Franz von Papen befanden. Diese legten der österreichischen Delegation einen Vereinbarungsentwurf vor mit der Anmerkung, dass dies das Äußerste sei, was der Führer akzeptieren wolle.²⁸⁹ Im Wesentlichen enthielt der Entwurf folgende Punkte:

1. Die österreichische Bundesregierung verpflichtet sich umgehend, Dr. Arthur Seyß-Inquart zum Innenminister mit unbeschränkter Polizeikompetenz zu ernennen.
2. Dr. Fischböck soll zur Betreuung des österreichisch-deutschen Wirtschaftsverkehrs als Regierungsmitglied ernannt werden.

²⁸³ Vgl. Hopfgartner, Anton: Kurt Schuschnigg. Wien 1989. S. 200.

²⁸⁴ Vgl. Luza, Radomir: Österreich und die großdeutsche Idee in der NS-Zeit. Graz 1977. S. 39.

²⁸⁵ Vgl. Hopfgartner, Anton: Kurt Schuschnigg. Wien 1989. S. 200.

²⁸⁶ Vgl. Michaelis, Herbert/ Schraepler, Ernst (Hg.): Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Berlin 1966. S. 611-612.

²⁸⁷ Vgl. Luza, Radomir: Österreich und die großdeutsche Idee in der NS-Zeit. Graz 1977. S. 40.

²⁸⁸ Vgl. Hopfgartner, Anton: Kurt Schuschnigg. Wien 1989. S. 201.

²⁸⁹ Vgl. Michaelis, Herbert/ Schraepler, Ernst (Hg.): Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Berlin 1966. S. 615.

3. Sämtliche Nationalsozialisten, die sich in österreichischer Haft befinden, sind binnen der nächsten drei Tage umgehend zu amnestieren.
4. Alle disziplinierten nationalsozialistischen Beamten und Offiziere sind im Wege der Verwaltungsamnestie in den Genuss der früheren Rechte einzusetzen.
5. Das freie Bekenntnis zur nationalsozialistischen Weltanschauung wird erlaubt, und die österreichischen Nationalsozialisten sind gleichberechtigt mit den übrigen Gruppen der Vaterländischen Front.
6. Die deutsche Regierung bestätigt hingegen den Weiterbestand der Abmachungen vom „Juliabkommen“ und erneuert dadurch ausdrücklich die Anerkennung der Unabhängigkeit und Souveränität des Bundesstaates Österreich, bei Verzicht auf jedwede innerstaatliche Einmischung.²⁹⁰

Mit einem „derartigen Forderungskonzept wollte Hitler die NSDAP in Österreich nicht nur quasi legalisieren, sondern auch parallel dazu nationalsozialistische Funktionäre in zentrale Positionen im Staat einsetzen und indes das Militär mit reichsdeutschen Offizieren unterwandern.“²⁹¹ Die Zusammenkunft am Obersalzberg in Berchtesgaden wirkte wie ein Propagandasieg für die NSDAP. Seyß-Inquart verhandelte mit Schuschnigg über die Legalisierung der Partei und ihre Gliederungen, wobei er betonte, „dass Radikalismus in der Illegalität am besten gedeihen könne.“²⁹²

„Die NSDAP mit ihrem differenzierten Organisationsnetz hatte vor allem die Aufgabe der Mobilisierung und Kontrolle der Massen.“²⁹³ In Österreich reicht der organisatorische Nationalsozialismus ins Jahr 1904 zurück, als in Nordböhmen die „Deutsche Arbeiterpartei“ (DAP) entstand. „Ihre Entstehungsbedingungen waren durch eine Überlagerung der industriellen Konflikte in einer mäßig fortgeschrittenen industriell-kapitalistischen Gesellschaft durch spezifisch nationale Probleme gekennzeichnet.“²⁹⁴ Die DAP, die Anfang 1918 die Bezeichnung „nationalsozialistisch“ in ihren Parteinahmen integriert hatte (DSNAP), blieb zunächst eine Splitterpartei, die nur allmählich im Gebiet der späteren österreichischen

²⁹⁰ Vgl. Michaelis, Herbert/ Schraepler, Ernst (Hg.): Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Berlin 1966. S. 615-616.

²⁹¹ Hopfgartner, Anton: Kurt Schuschnigg. Wien 1989. S. 202.

²⁹² Luza, Radomir: Österreich und die großdeutsche Idee in der NS-Zeit. Graz 1977. S. 40.

²⁹³ Bankier, David 1993: NSDAP. In: Jäckel, Eberhard/ Longerich, Peter (Hg.): Enzyklopädie des Holocaust. Band II. Berlin 1993. S. 1050.

²⁹⁴ Botz, Gerhard 1984: Der Österreichische Nationalsozialismus. In: Desput, F. Joseph (Hg.): Österreich 1934-1984. Graz 1984. S. 200.

Republik Fuß fassen konnte. Erst im weiteren Verlauf der Geschichte wurde die DNSAP zur Keimzelle der nationalsozialistischen Ideologie, die sich nach mehrfachen Krisen und Spaltungen als „Hitlerbewegung, NSDAP“ schließlich auch organisatorisch angliederte.²⁹⁵ Nach Hitlers Entlassung aus dem Gefängnis in Landsberg, im Dezember 1924, wurde die NSDAP zu einer lebensfähigen Organisation umgebildet, und die österreichischen Anführer pflichteten im Mai 1926 anlässlich der Wiener Tagung dem 25 Punkte umfassenden Parteiprogramm bei, in dem die österreichische Bewegung der NSDAP schließlich aufging.²⁹⁶ Lokale Erfolge der Nationalsozialisten und der wachsende Terror der Partei führten im Juli 1933 zu einem Verbot der österreichischen NSDAP, was dazu führte, dass viele überzeugte Mitglieder nach Deutschland abwanderten und dort die sogenannte „Österreichische Legion“ bildeten, während die illegale NSDAP-Führung im Inland weitere heftige Aktivitäten entfaltete.²⁹⁷

„Mit Hitlers innerparteilicher Machtübernahme in Österreich ging auch die Aufgabe des Anspruchs der NSDAP einher, primär eine Arbeiterpartei zu sein, die ihren stärksten Zulauf aus den Berufsgruppen der freien Berufe, der öffentlichen Bediensteten und Angestellten erhielt.“²⁹⁸ Die Anzahl der Parteimitglieder, die zwischen Juni 1933 und Juli 1934 von 67.000 auf 87.000 angestiegen war, stieg bis zum Abkommen in Berchtesgaden (Februar 1938) um weitere 60.000 an.²⁹⁹ Der österreichische Kanzler Dr. Kurt Schuschnigg geriet unter den militärischen Androhungen von Hitler am Berghof am Obersalzberg immer mehr unter Druck und zeigte sich angesichts der Lage zunehmend kooperationsbereiter.³⁰⁰

Hitler: *„Ich habe mich entschlossen einen aller Letzen Versuch zu unternehmen Herr Schuschnigg. Hier ist der Entwurf. Verhandelt wird nicht; ich ändere keinen Beistrich. Sie haben entweder zu unterschreiben, oder alles weiter ist zwecklos, und wir sind zu keinem Ergebnis gekommen; ich werde dann im Laufe der Nacht meine Entschlüsse zu fassen haben.“*

Schuschnigg: *„Ich bin auch bereit zur Unterschrift; ich mach nur darauf aufmerksam, dass Sie Herr Reichskanzler, von dieser Unterschrift allein nichts haben.“*

²⁹⁵ Vgl. Botz, Gerhard 1984: Der Österreichische Nationalsozialismus. In: Desput, F. Joseph (Hg.): Österreich 1934-1984. Graz 1984. S. 202.

²⁹⁶ Vgl. Luza, Radomir: Österreich und die großdeutsche Idee in der NS-Zeit. Graz 1977. S. 28.

²⁹⁷ Vgl. Vocelka, Karl: Geschichte Österreichs. S. 292.

²⁹⁸ Botz, Gerhard 1984: Der Österreichische Nationalsozialismus. In: Desput, F. Joseph (Hg.): Österreich 1934-1984. Graz 1984. S. 204-208.

²⁹⁹ Vgl. Ebd. S. 209.

³⁰⁰ Vgl. Hopfgartner, Anton: Kurt Schuschnigg. Wien 1989. S. 202.

Nach unserer Verfassung ernennt das Staatsoberhaupt, also der Bundespräsident, über Antrag des Regierungschefs die Mitglieder der Regierung, auch die Amnestie ist Prerogative des Bundespräsidenten. Meine Unterschrift besagt also nur, dass ich mich für die Durchsetzung einzusetzen bereit bin und daher kann ich auch für die Einhaltung der vorgeschriebenen Frist, keine Gewähr übernehmen. “

Hitler: „Das müssen Sie!!!“³⁰¹

7.2 Der Verlauf des Anschlussvorhabens und die Idee einer „Volksbefragung“

Dem österreichischen Kanzler blieb kaum etwas anderes übrig, als seine Unterschrift unter das Dokument zu setzen, wobei er nach wie vor betonte, dass nach der österreichischen Verfassung der Bundespräsident das letzte Wort bei der Einsetzung der Regierungsmitglieder habe.³⁰² Allerdings stimmte Hitler zwei Änderungen zu: Hans Fischböck sollte demnach seine Funktionen nicht als Regierungsmitglied erfüllen, sondern als selbstständiger Regierungsbeauftragter, und der Offiziersaustausch sollte im Weiteren in zwei Etappen zu jeweils fünfzig Prozent erfolgen.³⁰³

Wenn sich hierbei retrospektiv die Frage stellt, was anders hätte geschehen können, so scheint, um den Versuch nicht unbeabsichtigt zu lassen, Schuschniggs Spiel auf Zeit, als eine würdige Antwort zu sehen. Im selben Licht wie das „Juliabkommen“ von 1936 ist die Vereinbarung von Berchtesgaden zu sehen, wenngleich der Preis ein bedeutend höherer als vor zwei Jahren war.³⁰⁴ „Berchtesgaden öffnete den Nationalsozialisten die notwendigen politischen Schleusen.“³⁰⁵ Die rapide Verschlechterung der Situation veranlasste Schuschnigg dazu, wie er am 9. März in einer Ansprache in Innsbruck verkündigte, am Sonntag, den 13. März eine Volksbefragung abzuhalten, um ein freies, unabhängiges, soziales und christliches Österreich zu bekräftigen.³⁰⁶ Der Kanzler rechnete hierbei mit dreiviertel der Stimmen, was nicht unrealistisch schien, da die nationalsozialistischen Aktivisten nicht die Mehrheit unter der Bevölkerung bildeten.

³⁰¹ Vgl. Michaelis, Herbert/ Schraepfer, Ernst (Hg.): Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Berlin 1966. S. 618.

³⁰² Vgl. Hopfgartner, Anton: Kurt Schuschnigg. Wien 1989. S. 202.

³⁰³ Vgl. Ebd. S. 202.

³⁰⁴ Vgl. Bock, Fritz 1984: Von Berchtesgaden bis Linz-Österreichs Untergang als Augenzeuge erlebt. In: Desput, F. Joseph (Hg.): Österreich 1934-1984. Graz 1984. S. 224.

³⁰⁵ Haas, Hans 1988: Der Anschluss. In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Wien 1988. S. 12.

³⁰⁶ Vgl. Luza, Radomir: Österreich und die großdeutsche Idee in der NS-Zeit. Graz 1977. S. 40.

Solange der österreichische Staat intakt bliebe, konnte Schuschnigg zudem mit den Stimmen von politischen Mitläufern rechnen.³⁰⁷

In Österreich gab es drei historisch-politische Lager: das christlichsozial-konservative, das sozialdemokratische und das deutschnational-nationalliberale. Am 12. November 1918 proklamierten die maßgeblichen Sprecher aller drei Lager einen neuen Staat, die Republik Deutschösterreich, und erklärten ihn zum Bestandteil der Deutschen Republik, womit man für einen Anschluss an den deutschen Staat eintrat, der aber wegen des Einspruches der Siegermächte von 1918 nicht realisiert werden konnte.³⁰⁸

„Die Siegermächte sahen Deutschösterreich nicht als einen neu entstandenen Staat wie etwa die Tschechoslowakei an, sondern als übrig gebliebenen Rest Österreich/Cisleithanien, das sich in einer neuen republikanischen Regierungsform ergeben hatte.“³⁰⁹ „Die Friedensverträge und Versailles und St. Germain hatten das staatliche Zusammengehen von Österreich und Deutschland strikt untersagt.“³¹⁰ In St. Germain von Verhandlungen zu sprechen wäre allerdings unzulässig, da die österreichische Delegation das Vertragswerk bald als „Diktat“ zu akzeptieren hatte.³¹¹ „Die Mehrheit der Bevölkerung sah darin eine tiefe Ungerechtigkeit, was dem Angliederungsvorhaben der nationalsozialistischen Politik nicht zuwiderlief.“³¹²

Am 17. Oktober 1919 erteilte die Nationalversammlung dem Vertrag von St. Germain die verfassungsmäßige Genehmigung.³¹³ Anfang März des Jahres 1938 hatte Schuschnigg die wesentlichen Teile des Abkommens von Berchtesgaden erfüllt. Der damalige Bundespräsident von Österreich, Wilhelm Miklas, fand sich angesichts der Umstände bereit, den Forderungen Hitlers nachzugeben, die Ernennung Seyß-Inquarts zum Sicherheitsminister wollte er jedoch nicht akzeptieren.³¹⁴ Schuschnigg beschrieb Seyß-Inquart als einen „Antilegitimisten, der in Sachen Antisemitismus, Antimarxismus und Antiliberalismus treu der NS-Parteilinie folgte, dem zwar als Ideallösung eine Art österreichischer Satellitenstaat des Reiches vorschwebte, der

³⁰⁷ Vgl. Haas, Hans 1988: Der Anschluss. In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Wien 1988. S. 14.

³⁰⁸ Vgl. Ableitinger, Alfred 1984: Der Deutschlandkomplex der Österreicher in der Ersten Republik. In: Desput, F. Joseph (Hg.): Österreich 1934-1984. Graz 1984. S. 173.

³⁰⁹ Brauneder, Wilhelm: Deutsch-Österreich 1918. Die Republik entsteht. Amalthea Verlag, Wien 2000. S. 209.

³¹⁰ Götz, Aly: Hitlers Volksstaat. Frankfurt am Main 2005. S. 25.

³¹¹ Vgl. Brauneder, Wilhelm: Deutsch-Österreich 1918. Wien 2000. S. 211.

³¹² Götz, Aly: Hitlers Volksstaat. Frankfurt am Main 2005. S. 25.

³¹³ Vgl. Brauneder, Wilhelm: Deutsch-Österreich 1918. Wien 2000. S. 212.

³¹⁴ Vgl. Hopfgartner, Anton: Kurt Schuschnigg. Wien 1989. S. 203.

prinzipiell jedoch an keiner völligen Gleichschaltung beider Länder interessiert war.“³¹⁵ Er stellte somit „einen Vertreter jener Gruppe von Nationalsozialisten dar, die zwar ein NS-Regime in Österreich wollten, jedoch keinen totalen Anschluss an das Deutsche Reich.“³¹⁶

„Die Volksbefragung hätte das Berchtesgadener Abkommen durch das Volk revidiert.“³¹⁷ „Der Kanzler erwartete eine klare Majorität zu erlangen, die es ihm möglich gemacht hätte, den Nationalsozialisten die Stirn zu bieten.“³¹⁸ Schuschnigg entschied sich also, eine spontane Volksbefragung durchzuführen, um auch vor dem Ausland klarzustellen, wohin die österreichischen Tendenzen verlaufen würden. Der Terminus „Volksabstimmung“ wäre aufgrund des Artikels 65 der Verfassung hierbei nicht korrekt definiert, da eine solche nur für den Fall eines Konflikts zwischen Bundespräsident und Regierung vorgesehen gewesen wäre.³¹⁹

Das Unternehmen sollte im Geheimen seine Vorbereitung finden, und erst am 9. März wollte der Kanzler die Volksbefragung auf der großen Versammlung der „Vaterländischen Front“ in Innsbruck offiziell verkünden.³²⁰ Einen Tag zuvor hatte Schuschnigg Seyß-Inquart in seine Pläne eingeweiht und ihm die ehrenwörtliche Versicherung abgenommen, diesbezüglich nichts zu verlautbaren. Allerdings war man in Berlin bereits über die Vorgänge informiert worden, da es offenbar eine undichte Stelle im österreichischen Lager gegeben hatte.³²¹

Innerhalb des Quellenmaterials rund um die Volksbefragung könnte man den Gedanken fassen, dass es Hitler selbst war, der Schuschnigg auf die Idee einer Volksbefragung brachte, ist doch aus dem Verlauf der Unterredung vom 12. Februar 1938 am Obersalzberg nach der Darstellung des Kanzlers zu entnehmen, dass er Schuschnigg darauf drängte, gegeneinander zu kandidieren.

Hitler: „Versuchen sie es doch einmal, und machen eine freie Volksabstimmung in Österreich, in der Sie und ich gegeneinander kandidieren; dann werden Sie sehen!“

³¹⁵ Hopfgartner, Anton: Kurt Schuschnigg. Wien 1989. S. 203.

³¹⁶ Vgl. Ebd. S. 204.

³¹⁷ Haas, Hans 1988: Der Anschluss. In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Wien 1988. S. 14.

³¹⁸ Luza, Radomir: Österreich und die großdeutsche Idee in der NS-Zeit. Graz 1977. S. 40.

³¹⁹ Vgl. Hopfgartner, Anton: Kurt Schuschnigg. Wien 1989. S. 210.

³²⁰ Vgl. Ebd. S. 211.

³²¹ Vgl. Ebd. S. 211.

Schuschnigg: *„Ich sehe die Dinge anders. Wir müssen nun einmal neben einander leben; der Kleine neben dem Großen und dabei unseren deutschen Beitrag wie eh und je in Mitteleuropa leisten.“*³²²

Das Abkommen von Berchtesgaden speiste sich signifikant aus den Komponenten der großdeutschen Idee mit hohem politischem Stellenwert, der wirtschaftlichen Verhältnisse der Zwischenkriegszeit und den Aggressionen des NS-Regimes gegen Österreich.³²³ Nachdem die Volksbefragung offiziell am 9. März verkündet worden war, reagierte man in Deutschland mit Empörung, und auch im benachbarten Ausland hatte der Duce eine Befragung von Anfang an als falsche Handlung abgelehnt.³²⁴ Schuschnigg wollte unterdessen wissen, ob das Volk von Österreich „dieses freie und deutsche und unabhängige und soziale, christliche und einige, dabei keine Parteizerklüftung duldende Vaterland will.“³²⁵ Hitler war fest entschlossen, dieses Plebiszit nicht zu dulden, und am Vormittag des 10. März 1938 wurde die Absetzung der Volksbefragung verlangt. Gleichzeitig wurde der Generalstab des Heeres beauftragt, Pläne für einen Einmarsch in Österreich auszuarbeiten.³²⁶

„Hitler sah die Gefahr, dass die Mehrheit der Österreicher für Schuschnigg votieren würde und so arbeitete er ab dem 9. März darauf hin, einen bewaffneten Angriff auf Österreich durchzuführen, um die Abstimmung nicht stattfinden zu lassen.“³²⁷ Hätte die Volksbefragung wie geplant am 13. März 1938 stattgefunden und zu dem erwarteten Ergebnis für die Unabhängigkeit Österreichs geführt, dann wäre ein weiterer Ausschluss der Sozialdemokraten von den Regierungsgeschäften unmöglich geworden. Das vorauszusehende überwiegende Ergebnis der Befragung zu Gunsten Österreichs war es, dass Berlin schließlich veranlasste, in Form eines militärischen Einmarsches zu intervenieren.³²⁸

Am Vormittag des 11. März informierte Seyß-Inquart den Bundeskanzler, dass Hitler bis Mittag die Absetzung der Volksbefragung verlange; „widrigenfalls müssten sie demissionieren,

³²² Vgl. Michaelis, Herbert/ Schraepler, Ernst (Hg.): Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Berlin 1966. S. 612.

³²³ Vgl. Bock, Fritz 1984: Von Berchtesgaden bis Linz-Österreichs Untergang als Augenzeuge erlebt. In: Desput, F. Joseph (Hg.): Österreich 1934-1984. Graz 1984. S. 220.

³²⁴ Vgl. Hopfgartner, Anton: Kurt Schuschnigg. Wien 1989. S. 212.

³²⁵ Ebd. S. 211-212.

³²⁶ Vgl. Haas, Hans 1988: Der Anschluss. In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Wien 1988. S. 14.

³²⁷ Hopfgartner, Anton: Kurt Schuschnigg. Wien 1989. S. 212.

³²⁸ Vgl. Bock, Fritz 1984: Von Berchtesgaden bis Linz-Österreichs Untergang als Augenzeuge erlebt. In: Desput, F. Joseph (Hg.): Österreich 1934-1984. Graz 1984. S. 226.

als „provisorische Regierung“ die nationalsozialistische Machtergreifung koordinieren sowie schließlich zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung den Einmarsch deutscher Truppen erbitten.“³²⁹ Hitlers Befehl zum bewaffneten Einmarsch in Österreich beinhaltete, laut geheimer Kommandosache der Weisung Nr.1 - Betreff: Unternehmen Otto, mit bewaffneten Kräften in Österreich einzurücken, um dort verfassungsmäßige Zustände herzustellen und weitere Gewalttaten gegen die deutschgesinnte Bevölkerung zu unterbinden.³³⁰ Das Ziel für das Heer sei zunächst die Besetzung von Oberösterreich, Tirol, Salzburg, Niederösterreich sowie die schnellste Inbesitznahme von Wien und Sicherung der österreichisch-tschechischen Grenze.³³¹

Aus den Tagebüchern Goebbels vom 11. März 1938 geht in diesem Zusammenhang hervor:

*„Wenn nicht von Schuschnigg erfüllt, dann von Glaise und Inquart mit dieser Begründung Freitagabend. Dann Samstag 6-800 deutsche Flugzeuge über Österreich mit Flugblättern. Aufforderung zum Widerstand. Das Volk steht auf. Und Sonntag Einmarsch. Zuerst Wehrmacht und dann Legion. Wir besprechen dann genau die dann folgenden Maßnahmen. Reschny meint das österreichische Heer wird schießen, wenn Schuschnigg es befiehlt. Muss also auch in Rechnung gezogen werden. Mussolini kann nichts machen. London wird nichts machen. Paris-unsicher, aber durch Regierungskrise stark gehandicapt. Also muss es gewagt werden. Jedenfalls alles vorbereitet. Der Führer arbeitet die militärischen Pläne aus. Ich rufe meinen getarnten Ausschuss zusammen und schenke ihm reinen Wein ein. Papier und Druckereien für Verkehrspropaganda sichergestellt.“*³³²

Die telefonische Anweisung in Hinblick auf den deutschen Einmarsch des Generalfeldmarschall Göring an den Staatssekretär Keppler in Wien vom 11. März 1938 (20:48), den die deutsche Presse als Text am 12 März veröffentlichte mit der Behauptung, Seyß-Inquart habe dieses Schreiben von sich aus verfasst und telegraphiert, lautete:

³²⁹ Haas, Hans 1988: Der Anschluss. In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Wien 1988. S. 14.

³³⁰ Vgl. Michaelis, Herbert/ Schraepler, Ernst (Hg.): Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Berlin 1966. S. 650.

³³¹ Vgl. Ebd. S. 651.

³³²

Fröhlich, Elke (Hg.): Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und mit Unterstützung des staatlichen Archivdienstes Russlands. Band V. Dezember 1937-Juli 1938. K.G. Sauer Verlag, München 2000. S. 200.

„Die provisorische österreichische Regierung, die nach der Demission der Regierung Schuschnigg ihre Aufgabe darin sieht, Ruhe und Ordnung in Österreich wieder herzustellen, richtete an die deutsche Regierung die dringende Bitte, sie in ihrer Aufgabe zu unterstützen und ihr zu helfen, Blutvergießen zu verhindern. Zu diesem Zweck bittet sie die deutsche Regierung um baldmöglichste Entsendung deutscher Truppen.“³³³

Trotz des nationalsozialistischen Drucks liefen die Vorbereitungsarbeiten für die Volksbefragung immer noch auf Hochtouren, die am Freitagabend des 11. März in der Abschiedsrede Schuschniggs letztlich zum Erliegen kamen.³³⁴ In der Abschiedsrede des Kanzlers erfuhr die österreichische Bevölkerung auch auf den Verzicht des militärischen Widerstands, um unnötiges Blutvergießen zu vermeiden.³³⁵ Unter der Androhung einer militärischen Okkupation durch Deutschland dankte Schuschnigg in den frühen Abendstunden ab und wies die österreichischen Truppen an, keine Gegenwehr zu leisten.³³⁶

Diese Entscheidung lag in der Befürchtung, dass es im Falle eines Widerstandes in bestimmten österreichischen Gebieten, in denen die Nationalsozialisten dominierten wie etwa in Graz, es wahrscheinlich zu Bürgerkriegskämpfen gekommen wäre, die erhebliche Opfer gefordert hätten.³³⁷ Wenn es einen militärischen Widerstand gegeben hätte und Schuschnigg nach dessen Zusammenbruch ins Ausland gegangen wäre, um eine österreichische Exilregierung zu bilden, wie es viele Regierungschefs überfallener Länder getan haben, so hätte sich Österreich der Moskauer Deklaration gegenüber nicht seiner Teilnahme am NS-Regime verantworten müssen, und es hätte nicht bis zur „Waldheim-Affäre“ gebraucht, sich seiner nationalsozialistischen Haltung öffentlich gewahr zu werden.³³⁸ Aus menschlicher Perspektive betrachtet war die Entscheidung, keinen militärischen Widerstand zu leisten, verständlich, politisch gesehen war sie jedoch höchstwahrscheinlich falsch.³³⁹

³³³ Michaelis, Herbert/ Schraepler, Ernst (Hg.): Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Berlin 1966. S. 652.

³³⁴ Vgl. Bock, Fritz 1984: Von Berchtesgaden bis Linz-Österreichs Untergang als Augenzeuge erlebt. In: Desput, F. Joseph (Hg.): Österreich 1934-1984. Graz 1984. S. 227.

³³⁵ Vgl. Ebd. S. 227.

³³⁶ Vgl. Luza, Radomir: Österreich und die großdeutsche Idee in der NS-Zeit. Graz 1977. S. 40.

³³⁷ Vgl. Bock, Fritz 1984: Von Berchtesgaden bis Linz-Österreichs Untergang als Augenzeuge erlebt. In: Desput, F. Joseph (Hg.): Österreich 1934-1984. Graz 1984. S. 227.

³³⁸ Vgl. Ebd. S. 228.

³³⁹ Vgl. Desput, F. Joseph (Hg.): Österreich 1934-1984. Graz 1984. S. 228.

Wegen der Krise sah Schuschnigg keine andere Möglichkeit als eine Volksabstimmung über Anschluss oder Souveränität Österreichs abzuhalten, aufgrund des deutschen Ultimatums dankte der Kanzler schließlich zu Gunsten Seyß-Inquarts ab, und die Machtübernahme der Nationalsozialisten war besiegelt. Es kam zu keiner militärischen Gegenwehr, und die Selbstständigkeit des Landes wurde unter begeisterten „Sieg-Heil“-Gebärden zu Grabe getragen.³⁴⁰

8. Österreich im direkten Nahverhältnis zu Nazideutschland

Noch am selben Tag, als die Deutschen Truppen in Österreich einrückten, das annektierte Land formell aufhörte zu existieren und die Nationalsozialisten begannen, die gesamte Macht im Staat zu übernehmen, kam es zu einer Verhaftungswelle und zur Ausschaltung tausender politischer Gegner und jüdischer Bevölkerungsteile.³⁴¹ Das von Hermann Göring diktierte Telegramm über die Entsendung deutscher Truppen nach Österreich wurde in der Tat niemals abgeschickt, da sich Seyß-Inquart weigerte, dies zu tun, obwohl er sich dem deutschen Druck unter der vollen Handlungsfreiheit Wilhelm Kepplers letztlich fügte.³⁴² Schuschnigg wusste unterdessen, dass seine Zeit als Politiker vorbei war, jedoch ahnte er nicht, dass ihm sieben Jahre Inhaftierung und Gestapohaft bevorstehen sollten. Wilhelm Miklas, der offiziell noch Bundespräsident war und bis zuletzt auf verlorenen Posten zu stehen schien, beugte sich schließlich der nationalsozialistischen Übernahme und übergab Seyß-Inquart schließlich die Ressorts der Landesverteidigung und der Sicherheit.³⁴³

Mit dem 12. März 1938 verschwand Österreich für einige Jahre als eigenständiger Staat von der politischen Landkarte Europas, und doch kann nichts über die Tatsache hinwegtäuschen, dass die Mehrheit der österreichischen Bevölkerung dem Anschluss positiv gegenüber stand.³⁴⁴ „Der Begriff *Anschluss* umfasst unterschiedliche politische Ereignisse und Konzeptionen.“³⁴⁵ Im engeren Sinne bezeichnet er den Einmarsch der deutschen Wehrmacht in Österreich und das „Bundesverfassungsgesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich“.

³⁴⁰ Vocolka, Karl: Geschichte Österreichs. München 2006. S. 296.

³⁴¹ Vgl. Lichtenberger-Fenz, Brigitte 1988: Österreichs Hochschulen und Universitäten und das NS-Regime. In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Wien 1988. S. 269.

³⁴² Vgl. Hopfgartner, Anton: Kurt Schuschnigg. Wien 1989. S. 219.

³⁴³ Vgl. Ebd. S. 218-219.

³⁴⁴ Vgl. Vocolka, Karl: Geschichte Österreichs. München 2006. S. 297.

³⁴⁵ Haas, Hans 1988: Der Anschluss. In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Wien 1988. S. 1.

Ebenso umfasst das Ereignis der Angliederung die Vorbereitung und Durchführung der Volksabstimmung vom 10. April 1938 über den Anschluss Österreichs an Hitler-Deutschland.³⁴⁶ „Wien mit seiner Hauptstadttradition war Kristallisationspunkt eines Österreichbewusstseins und stellte für das NS-Regime sozusagen die Hauptbühne des Eingliederungsprozesses dar.“³⁴⁷ Für viele wurde Österreich durch die Angliederung bald zur Erinnerung, und gleichzeitig wurde die nationale Opposition von der Begierde nach hegemonialer Expansion bewegt.³⁴⁸

Mit den ab März ergriffenen Maßnahmen zur Angleichung Österreichs an den deutschen Nationalsozialismus auf sozialpolitischem Gebiet haben die inhaltlichen Konturen staatlicher Sozialpolitik einschneidende und merkbare Veränderungen erfahren.³⁴⁹ Diese gingen zum Teil in Richtung des auch durch den Austrofaschismus eingeschlagenen realisierten Weges: Beschränkung der eigenständigen Interessenpolitik der Arbeiterschaft, Beseitigung der frei organisierten Arbeiterbewegung und der Betriebsräte, Anbindung der Sozialpolitik an wirtschaftliche Optionen sowie Eindämmung des Klassenkampfes durch Ausschaltung der traditionellen Formen gesellschaftlicher Konfliktaustragung.³⁵⁰ „Ebenso wie der Austrofaschismus hat auch der Nationalsozialismus den Anspruch vertreten, die sozialen Lebensverhältnisse zu verbessern.“³⁵¹ Als der Anschluss in die Tat umgesetzt wurde, herrschte in Deutschland dank der Rüstungs- und Wirtschaftspolitik eine Hochkonjunktur, die die Ressourcen des Landes bis an ihre Grenzen in Anspruch nahm, währenddessen sich Österreich demgegenüber von der Weltwirtschaftskrise nur äußerst zaghaft erholte.³⁵²

Angeblich dachte Hitler in den ersten 24 Stunden nach seinem Einzug in Österreich noch nicht an eine Angliederung an das Deutsche Reich. Er fürchtete eine Intervention der Mächte und wollte, dass Bundespräsident Miklas eine nationalsozialistische Regierung erhebe. Anstoß hierfür soll nach den Aufzeichnungen des Pressechefs, Otto Dietrich, die Reaktion der

³⁴⁶ Vgl. Haas, Hans 1988: Der Anschluss. In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Wien 1988. S. 1.

³⁴⁷ Seliger, Maren 1988: NS-Herrschaft in Wien und Niederösterreich. In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Wien 1988. S. 397.

³⁴⁸ Vgl. Luza, Radomir: Österreich und die großdeutsche Idee in der NS-Zeit. Graz 1977. S. 44.

³⁴⁹ Vgl. Talos, Emmerich 1988: Sozialpolitik 1938 bis 1945. In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Wien 1988. S. 115.

³⁵⁰ Vgl. Ebd. S. 115.

³⁵¹ Ebd. S. 116.

³⁵² Vgl. Kernbauer, Hans/ Weber, Fritz 1988: Österreichs Wirtschaft 1938-1945. In: : Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Wien 1988. S. 49.

ausländischen Presse gewesen sein, die den Anschluss als eine bereits vollzogene Tatsache darstellte und Hitler dadurch erst den gedanklichen Startschuss erteilte, seine Verwaltungsfachleute herbeizurufen, um entsprechende staatsrechtliche Modalitäten auszuarbeiten.³⁵³ Sicher an dieser Stelle ist, dass Italien eine Macht darstellte, die dem Deutschen Reich gefährlich werden konnte. Hitler telegraphierte daher am 11. März 1938 an Mussolini, um einerseits die Angliederung aus eigener Sicht zu rechtfertigen, und um andererseits dem Duce die Brennergrenze zu garantieren.³⁵⁴ Die italienische Regierung entschloss sich ihrerseits, in keiner Weise in die österreichische Innenpolitik und in die Entwicklung einer nationalen Bewegung einzugreifen. Mussolinis Haltung war bestimmt von der in der Achse Berlin-Rom besiegelten Freundschaft zwischen den beiden Ländern, wie er in einem Telegramm an Hitler am 14. März 1938 formulierte.³⁵⁵ Österreich sei für Italien eine „abgetane Angelegenheit,“ wie aus späteren Berichten hervorgeht.³⁵⁶

8.1 Der Verlust der österreichischen Identität

Im Vordergrund der nationalsozialistischen Idee stand zunächst, die österreichische Identität restlos zu zerschlagen und die historischen Ländergrenzen aufzulösen. Hierbei sollte Tirol an Bayern angeschlossen und vier „Reichsgaue“ gebildet werden.³⁵⁷ Von den verschiedenen Varianten zwischen vier und sieben Gauen setzte sich schließlich die Regelung von sieben Gauen durch, nach der Vorarlberg mit Tirol vereinigt und das Burgenland auf Niederösterreich und die Steiermark aufgeteilt wurde. Diese Gebietsänderung trat für den Staat am 15. Oktober 1938 in Kraft.³⁵⁸ Die Festlegung auf sieben Gaue sicherte zunächst zwar das Bestehen eines eigenständigen Gaues „Niederdonau“, allerdings mit nicht unerheblichen Veränderungen gegenüber dem ehemaligen Niederösterreich. Im Juli 1938 wurden Krems zur Gauhauptstadt von Niederdonau erhoben, was jedoch lediglich symbolische Bedeutung aufweisen sollte, da Wien Sitz der Gauleitung und der Verwaltung „Niederdonaus“ bleiben würde.³⁵⁹

³⁵³ Vgl. Dietrich, Otto: 12 Jahre mit Hitler. München 1955. S. 52.

³⁵⁴ Vgl. Hopfgartner, Anton: Kurt Schuschnigg. Wien 1989. S. 220.

³⁵⁵ Vgl. Michaelis, Herbert/ Schraepler, Ernst (Hg.): Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Berlin 1966. S. 658.

³⁵⁶ Vgl. Hopfgartner, Anton: Kurt Schuschnigg. Wien 1989. S. 220-221.

³⁵⁷ Vgl. Jagschitz, Gerhard 1988: Von der Bewegung zum Apparat. In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Wien 1988. S. 499.

³⁵⁸ Vgl. Ebd. S. 499.

³⁵⁹ Vgl. Seliger, Maren 1988: NS-Herrschaft in Wien und Niederösterreich. In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Wien 1988. S. 405-406.

Die verwaltungsmäßige Struktur des Ostmarkgesetzes von 14. April 1939 und die damit einhergehenden Errichtung von sieben Reichsgauen beendete auch die Tätigkeit der österreichischen Landesregierung unter Reichsstadthalter Seyß-Inquart, und es entstanden dem Reich direkt unterstellte Mittelinstanzen, in denen „Reichsgauleiter“ fungierten.³⁶⁰ Im April 1938 wurde Seyß-Inquart durch den Gauleiter Josef Bürckel abgelöst, der nun als „Reichskommissar“ seinen Dienst versah.³⁶¹

Inquart hatte bei der Durchführung des Anschlusses eine nicht unwichtige Rolle gespielt und erhielt für einige Zeit auch Positionen in der staatlichen Verwaltung, wobei ihm eine Parteikarriere jedoch verwehrt blieb.³⁶² Der Name Österreich wurde durch den Begriff „Ostmark“ ersetzt, der sich als Übersetzung (*marchia orientalis*) mittelalterlicher Urkunden seit dem 19. Jahrhundert verbreitet hatte und der später, da er der nationalsozialistischen Führung immer noch zu viel an Eigenständigkeit beinhaltete, durch die Bezeichnung „Alpen- und Donau-Reichsgaue“ abgelöst wurde, welche die alte Bundesländerteilung durch die neuen Gaue bezeichnete.³⁶³

8.2 Umjubelte Annexion

Der enthusiastische Empfang des Führers seitens der österreichischen Bevölkerung ging eher mit einer Erwartung der Verbesserung der sozialen Verhältnisse einher als mit der bewussten Zustimmung der Österreicherinnen und Österreicher zum Nationalsozialismus.³⁶⁴ Es ist teilweise verständlich, dass die Zustände im Deutschen Reich eine gewisse Attraktivität auf viele Teile der österreichischen Bevölkerung ausübten, denn während in Deutschland die staatliche Wirtschaftspolitik die privaten Investitionen stimulierte, verpufften in Österreich die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ohne eine nachhaltige Belebung der Investitionen hervorzubringen.³⁶⁵ „Die Massen begrüßten nicht eine sozial konservative Bewegung sondern die treibende Kraft der Veränderung.“³⁶⁶

³⁶⁰ Vgl. Seliger, Maren 1988: NS-Herrschaft in Wien und Niederösterreich. In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Wien 1988. S. 405.

³⁶¹ Vgl. Vocolka, Karl: Geschichte Österreichs. München 2006. S. 300.

³⁶² Vgl. Jagschitz, Gerhard 1988: Von der Bewegung zum Apparat. In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Wien 1988. S. 497.

³⁶³ Vgl. Vocolka, Karl: Geschichte Österreichs. München 2006. S. 300.

³⁶⁴ Vgl. Luza, Radomir: Österreich und die großdeutsche Idee in der NS-Zeit. Graz 1977. S. 47.

³⁶⁵ Vgl. Kernbauer, Hans/ Weber, Fritz 1988: Österreichs Wirtschaft 1938-1945. In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Wien 1988. S. 50.

³⁶⁶ Luza, Radomir: Österreich und die großdeutsche Idee in der NS-Zeit. Graz 1977. S. 47.

Die unterschiedlichen Entwicklungen in den sozialen Lebensverhältnissen und in der realisierten Politik in Deutschland und Österreich vor der Angliederung bildeten einen wichtigen Anknüpfungspunkt für die nationalsozialistische Propaganda innerhalb der „Ostmark“, und die Förderung der Erwartungen wurde im März 1938 von der Volksabstimmung im April intensiviert.³⁶⁷ Der Nationalsozialismus bot das Bild einer Volksbewegung, deren Ziel, die Regeneration der Gesellschaft, im Grunde ohne Umsturz ihrer Eigentums- und Gesellschaftsverhältnisse erreichbar schien, und da Hitler selbst aus Österreich stammte, identifizierte man sich mit der großdeutschen Idee.³⁶⁸

Unterdessen sollte das Land wirtschaftlich und administrativ eine völlige Einheit mit dem Reichsgebiet bilden, wozu ein großer Sicherheitsapparat (Gestapo) seinen Beitrag leistete.³⁶⁹ Indem „Hitler die Eingliederung Österreichs als Erfüllung des gesamtdeutschen Traums interpretierte, begann er sich die optimistischen Wogen der öffentlichen Meinung zunutze zu machen und die patriotische Begeisterung für eine Expansion nach Osten auszurichten.“³⁷⁰

Mit einer Volksabstimmung, die für den 10. April 1938 angesetzt war, sollte der Anschluss an Hitler-Deutschland schließlich vor der ganzen Welt attestiert werden. Im Gegensatz zu der Volksbefragung von Schuschnigg standen dem „Reichskommissar“ Bürckel jedwede Mittel zur Verfügung, um massive Propaganda zu betreiben.³⁷¹ Angesichts der Tatsache, dass es nach dem März keinen Zweifel mehr gab, dass das nationalsozialistische Regime unumstößlich regierte, erklärten sowohl maßgebliche Sozialdemokraten als auch die Kirche, für Hitler stimmen zu wollen.³⁷² Da ein erheblicher Teil der Wiener Presse von Journalistinnen und Journalisten mosaischen oder jüdischen Glaubens gestaltet worden war, unter denen eine propagandistische Pressepolitik nicht möglich gewesen wäre, wurden zahlreiche Journalistinnen und Journalisten unmittelbar nach dem Anschluss entlassen oder in Schutzhaft genommen.³⁷³

³⁶⁷ Vgl. Talos, Emmerich 1988: Sozialpolitik 1938 bis 1945. In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Wien 1988. S. 117.

³⁶⁸ Vgl. Luza, Radomir: Österreich und die großdeutsche Idee in der NS-Zeit. Graz 1977. S. 47.

³⁶⁹ Vgl. Hopfgartner, Anton: Kurt Schuschnigg. Wien 1989. S. 228.

³⁷⁰ Luza, Radomir: Österreich und die großdeutsche Idee in der NS-Zeit. Graz 1977. S. 47.

³⁷¹ Vgl. Hopfgartner, Anton: Kurt Schuschnigg. Wien 1989. S. 228.

³⁷² Vgl. Ebd. S. 228.

³⁷³ Vgl. Hausjell, Fritz 1988: Die Gleichgeschaltete österreichische Presse als nationalsozialistisches Führungsmittel (1938-1945). In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Wien 1988. S. 320.

Bereits unter dem ersten Österreichtransport ins KZ Dachau am 1. April 1938 befanden sich mehrere Berichterstatte(r)innen und Berichterstatte(r) sowie jüdische Redakteurinnen und Redakteure als auch jene, die aufgrund ihrer betont antinationalsozialistischen Haltung die Aufmerksamkeit der Nazis auf sich gelenkt hatten.³⁷⁴

Einschlägige Medien zeichneten Hitler als katholischen Politiker und den Nationalsozialismus als glaubensfreundliche Bewegung. Vor allem seit dem „Juliabkommen“ von 1936, das von den österreichischen Bischöfen als Beilegung einer „innerlichen Spaltung“ des deutschen Volkes gefeiert wurde, verbreitete sich im katholischen Spektrum ein rechtsextremer Einschlag.³⁷⁵ Fast gegensätzlich erweist sich die Entwicklung in der evangelischen Kirche.³⁷⁶ „In der Historiographie über das Verhältnis von Kirche und Nationalsozialismus findet man die Kirche erst in jüngerer Zeit auf der Anklagebank der Kollaborateure, während sie nach dem Krieg lange als Märtyrerin jenes schrecklichen Systems dastand.“³⁷⁷ Einen dunklen Fleck in der Kirchengeschichte des Landes bildeten die „März-Erklärungen“ der österreichischen Bischöfe des Jahres 1938 mit Kardinal Innitzers berühmt-berüchtigten handschriftlichen „Heil Hitler“. ³⁷⁸ Bereits am 13. März appellierte der Wiener Erzbischof an seine Glaubensgemeinde, dem Herrn in ihren Gebeten für den Sieg der unblutigen Revolution zu danken, und er traf mit Hitler persönlich in Wien zusammen.

Bürckel handelte unterdessen eine Deklaration der österreichischen Bischöfe aus, die von den Kanzeln aller katholischen Kirchen verlesen werden sollte, worin man der nationalsozialistischen Bewegung für die großdeutschen Erfolge dankte.³⁷⁹ Bundeskanzler Schuschnigg trat am Freitag, den 11. März mit seiner bekannten Aussage „Gott schütze Österreich“ zurück, und unter dem Jubel der Bevölkerung marschierten Hitlers Truppen am 13. März in Österreich ein.

³⁷⁴ Vgl. Hausjell, Fritz 1988: Die Gleichgeschaltete österreichische Presse als nationalsozialistisches Führungsmittel (1938-1945). In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Wien 1988. S. 320.

³⁷⁵ Vgl. Sauer, Walter 1988: Österreichs Kirchen. In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Wien 1988. S. 519.

³⁷⁶ Vgl. Ebd. S. 519.

³⁷⁷ Vgl. Desput, F. Joseph 1984: Die NS-Bewegung und die Kirche. In: Desput, F. Joseph (Hg.): Österreich 1934-1984. Graz 1984. S. 119.

³⁷⁸ Vgl. Ebd. S. 119.

³⁷⁹ Vgl. Luza, Radomir: Österreich und die großdeutsche Idee in der NS-Zeit. Graz 1977. S. 51.

Kardinal Innitzer begab sich darauffolgend am 15. März zu Hitler ins Hotel Imperial, während er zuvor in der Wiener „Reichspost“ zum Dankgebet für den vollzogenen Anschluss aufgerufen hatte.³⁸⁰

In Folge dieses Besuches entstanden drei Dokumente, die, unter Abänderung des Reichskommissars Bürckel, mit propagandistischen Wünschen ergänzt wurden und letztlich als Fassung der „Feierlichen Erklärung“ von den Bischöfen, deren gemeinsame Vertretung Kardinal Innitzer oblag, verbreitet wurden.³⁸¹ Der Inhalt des Bürckel-Diktats an die Geistlichen lautete wie folgt:

„Wir erkennen freudig an, dass die nationalsozialistische Bewegung auf dem Gebiete des völkischen und wirtschaftlichen Aufbaus sowie der Sozialpolitik für das Deutsche Reich und Volk und namentlich für die ärmsten Schichten des Volkes Hervorragendes geleistet hat. Wir sind auch der Überzeugung, dass durch das Wirken der Nationalsozialistischen Bewegung die Gefahr des alles zerstörenden, gottlosen Bolschewismus abgewehrt wurde.“³⁸²

Diese „Feierliche Erklärung“ wurde am 18. März von sechs Erzbischöfen unterzeichnet und in Deutschland und Österreich veröffentlicht. Sie „signalisierte die volle Unterwerfung der ideologischen Führungsmacht des Austrofaschismus unter das Diktat der Besatzungsmacht.“³⁸³

9. Nationalsozialistische Ambitionen innerhalb der Ostmark

In der Volksabstimmung vom 10. April 1938, in welcher angeblich 99,73 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher für eine „Wiedervereinigung“ mit dem Deutschen Reich gestimmt haben, legitimierte Hitler einen Zustand, den er bereits in Linz am 12. März öffentlich beschlossen hatte.³⁸⁴ In seiner Rede brachte er dort zum Ausdruck, dass die Vorsehung ihn einst aus dieser Stadt zur Führung des Reiches berief und ihm den göttlichen Auftrag erteilt habe,

³⁸⁰ Vgl. Desput, F. Joseph 1984: Die NS-Bewegung und die Kirche. In: Desput, F. Joseph (Hg.): Österreich 1934-1984. Graz 1984. S. 124.

³⁸¹ Vgl. Ebd. S. 126.

³⁸² Michaelis, Herbert/ Schraepfer, Ernst (Hg.): Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Berlin 1966. S. 678.

³⁸³ Sauer, Walter 1988: Österreichs Kirchen. In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Wien 1988. S. 521.

³⁸⁴ Vgl. Haas, Hans 1988: Der Anschluss. In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Wien 1988. S. 18.

seine teure Heimat dem Deutschen Reich wiederzugeben.³⁸⁵ Die Zustimmung oder Ablehnung der „Heimkehr Deutsch-Österreichs ins Reich“ wurde verbunden mit der Bejahung oder Verneinung des NS-Regimes. Hitler verstand es unter anderem, dass deutsche Nationalgefühl, den vaterländischen Ehr- und Treuebegriff, an seine eigene Person zu binden.³⁸⁶ Der Völkerbund nahm diese Ereignisse resignierend zur Kenntnis, lediglich Spanien und Mexiko bekundeten ihre ablehnende Haltung gegenüber der Annexion.³⁸⁷ Die Volksabstimmung vom 10. April, die in einem propagandistisch inszenierten Riesenspektakel vollzogen wurde, sollte der Angliederung den Schein von Legalität verleihen, und im Mittelpunkt der Mobilisierungsbemühungen standen „Führerkult“ und Volksgemeinschaftsideologie als zentrale Komponenten der nationalsozialistischen Herrschaft zur Herstellung von Massenloyalität.³⁸⁸

Der Terror gegenüber dem „jüdischen Volksverräter“ fand seine Entsprechung im Werben um den „Volksgenossen“, der mit der Verheißung auf einen höheren Lebensstandard auf einen nationalsozialistischen Kurs gebracht werden sollte.³⁸⁹ Die Förderung von Erwartungen wurde im März 1938 vor der Volksabstimmung nochmals intensiviert. So fuhren beispielsweise „Gulaschkanonen“ zur Gratisausspeisung in Arbeiterbezirken auf, und bei Massenveranstaltungen kündigten Bürckel und Göring an, eine Verbesserung der sozialen Lebensverhältnisse und das Inkrafttreten der Invalidenversicherung sowie die Einführung von Ehestandsdarlehen und Kinderbeihilfen herbeizuführen.³⁹⁰ Durch Unterstützungserklärungen wie jene von Dr. Renner, der den *Anschluss* „mit freudigen Herzen begrüßte,“ wurde die NS-Propaganda noch weiter forciert, und es steht außer Zweifel, dass das Ergebnis die Vereinigung nicht nur auf Grund von Propaganda, sondern auch massiver Manipulation und Einschüchterung der Bevölkerung zustande kam.³⁹¹

³⁸⁵ Vgl. Michaelis, Herbert/ Schraepler, Ernst (Hg.): Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Berlin 1966. S. 660.

³⁸⁶ Vgl. Dietrich, Otto: 12 Jahre mit Hitler. München 1955. S. 53.

³⁸⁷ Vgl. Haas, Hans 1988: Der Anschluss. In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Wien 1988. S. 18.

³⁸⁸ Vgl. Seliger, Maren 1988: NS-Herrschaft in Wien und Niederösterreich. In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Wien 1988. S. 399.

³⁸⁹ Vgl. Ebd. S. 400.

³⁹⁰ Vgl. Talos, Emmerich 1988: Sozialpolitik 1938 bis 1945. In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Wien 1988. S. 117.

³⁹¹ Vgl. Hopfgartner, Anton: Kurt Schuschnigg. Wien 1989. S. 228.

9.1 Die politische Tradition des Volksantisemitismus in Österreich

War schon die „Machtübernahme“ in der Hauptstadt von wochenlangen, unkontrollierten pogromartigen Ausbrüchen begleitet, so vollzog sich die in der Folge einsetzende Judenverfolgung in einer dem Antisemitismus besonders virulenten Dynamik.³⁹² „Die Praxis der Judenverfolgung hatte nicht nur der Einführung der bereits im Reich geltenden diskriminierenden Vorschriften und Gesetze in der „Ostmark“ in zahlreichen Fällen vorgegriffen, Wien spielte in der Politik gegen die Juden überhaupt eine dem Reich vorausseilende Rolle.“³⁹³

Der fanatische und ausufernde Antisemitismus der ersten Tage, verbunden mit radikaler körperlicher Gewaltanwendung gegen jüdische Bevölkerungsteile sowie der Plünderung ihrer Geschäfte und Wohnungen, machte Gewalt zur alltäglichen Gewohnheit.³⁹⁴ Die Gräueltaten, die innerhalb dieser aggressiven Struktur herrschten, wurden nicht von deutschen „Invasoren“ verübt, sondern von österreichischen Bürgerinnen und Bürgern.³⁹⁵ Die österreichische Polizei, die sich teilweise schon am Abend des 11. März mit Hakenkreuzarmbinden versah, wurde nach einer ersten „Säuberung“ von Nazigegnern und Juden in die deutsche Ordnungspolizei integriert und auf den „Führer“ Adolf Hitler vereidigt.³⁹⁶

Der Prozess der „Entjudung der Wirtschaft“ umfasste die Enteignung von gewerblichen Unternehmen, Haus- und Grundbesitz, land- und forstwirtschaftlichen Betrieben sowie Privatbanken. Die antisemitische Personalpolitik in der privaten Wirtschaft und im öffentlichen Dienst führte zu Entlassungen von Arbeitern, Beamten und Angestellten, und die „rassistische Säuberung“ erzwang das berufliche Ende von Prokuristen, Direktoren und Aufsichtsratsmitglieder.³⁹⁷ In der nun nach der Volksabstimmung einsetzenden Phase der Gleichschaltung und Konsolidierung der Macht begannen auch die systematische „Säuberung“

³⁹² Vgl. Seliger, Maren 1988: NS-Herrschaft in Wien und Niederösterreich. In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Wien 1988. S. 401.

³⁹³ Vgl. Ebd. S. 401.

³⁹⁴ Vgl. Luza, Radomir: Österreich und die großdeutsche Idee in der NS-Zeit. Graz 1977. S. 52.

³⁹⁵ Vgl. Vocelka, Karl: Geschichte Österreichs. München 2006. S. 297.

³⁹⁶ Vgl. Neugebauer, Wolfgang 1988: Das NS-Terrorssystem. In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Wien 1988. S. 164.

³⁹⁷ Vgl. Witek, Hans 1988: Aspekte nationalsozialistischer Enteignungspolitik. In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Wien 1988. S. 200.

des Lehrkörpers und die Einschränkung des Hochschulstudiums der jüdischen Bevölkerung.³⁹⁸ Alle amtierenden Rektoren ebenso wie Dekane wurden zum Rücktritt aufgefordert und durch NSDAP-Mitglieder ersetzt, die deren Funktionen vorerst „kommissarisch“ übernahmen.³⁹⁹ Innerhalb der Frage, wer die „Arisierungen“ in Wien durchführte und von welchen unterschiedlichen Interessen diese Vorhaben geprägt waren, lassen sich folgende Interessensgruppen näher bestimmen: zum einen die „kleinen Ariseure“, die ihre persönlichen Vorteile realisieren wollten; zum anderen waren es mittelständische Interessen, die auf die Ausschaltung von Konkurrenten abzielten; und als weitere Nutznießer verfolgten Banken und Industrie Strategien, um ihren Besitz auszudehnen und zu erweitern.⁴⁰⁰

„In Wien konnte das nationalsozialistische Regime an die politische Tradition des Volksantisemitismus anknüpfen, jenes virulenten, ökonomisch, kulturell und religiös begründeten Antisemitismus der Monarchie, der Ersten Republik und der austrofaschistischen Diktatur.“⁴⁰¹ Das austrofaschistische Regime nahm ideologische Traditionen der völkisch-antidemokratisch-antisemitischen katholischen Rechten und deren Projektionen auf die Errichtung eines neuen Deutschen Reiches auf, wie sie nach dem Ersten Weltkrieg formuliert worden waren. Die Forderung nach dem katholischen „gesamtdeutschen“ Reich musste für Österreich jedoch mit der Entwicklung der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland modifiziert werden.⁴⁰²

Gerhard Botz hat in seinen Forschungen zur NS-Sozialpolitik und Judenverfolgung (1938) in Wien darauf hingewiesen, dass der Wiener Antisemitismus neben einer rassenideologischen auch eine ausgeprägte soziale und ökonomische Komponente hatte und die antijüdischen Verfolgungsmaßnahmen konkret mit materiellen Interessen der Täter verknüpft waren.⁴⁰³ Das ökonomische Interesse und die damit einhergehenden Selbstverstärkungsprozesse können somit als grundlegende Motoren der Judenverfolgung in der „Ostmark“ gesehen werden.⁴⁰⁴

³⁹⁸ Vgl. Lichtenberger-Fenz, Brigitte 1988: Österreichs Hochschulen und Universitäten und das NS-Regime. In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Wien 1988. S. 270.

³⁹⁹ Vgl. Ebd. S. 270.

⁴⁰⁰ Vgl. Witek, Hans 1988: Aspekte nationalsozialistischer Enteignungspolitik. In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Wien 1988. S. 200.

⁴⁰¹ Ebd. S. 200-201.

⁴⁰² Vgl. Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): Austrofaschismus. Beiträge über Politik, Ökonomie und Kultur 1934-1938. Verlag für Gesellschaftskritik, Wien 1985. S. 291.

⁴⁰³ Vgl. Botz, Gerhard 1990: Die Ausgliederung der Juden aus der Gesellschaft. In: Botz, Gerhard/ Oxaal, Ivar (Hg.): Eine zerstörte Kultur. Rottenburg 1990. S. 310-311.

⁴⁰⁴ Vgl. Ebd. S. 309.

Der über Jahrzehnte lang angehäuften Hass auf die Andersartigkeit der Juden kam nach dem Anschluss und während des Novemberpogroms allerdings auch in erschreckend gewalttätiger Form zum Ausdruck.⁴⁰⁵ In den ersten Wochen der Machtübernahme zwangen die Nationalsozialisten jüdische Männer und Frauen öffentlich zu erniedrigenden Arbeiten. Ende Mai des Jahres 1938 wurden ca. 2.000 Juden, aus dem Kreis der intellektuellen Oberschicht nach vorgefertigten schwarzen Listen verhaftet und nach Dachau deportiert. Regelmäßig kam es zu Überfällen und Gewalttaten, die derartig ausufernten, dass dabei so viele Menschen verletzt wurden, dass es nicht einmal in den Höfen der jüdischen Krankenhäuser Platz für alle Verletzten gab.⁴⁰⁶

9.2 Judenfeindschaft als ökonomisches Motiv der Donaumetropole?

Die Verächtlichmachung der den nationalsozialistischen Machthabern ausgelieferten Juden im Lande einerseits, und die Denunziation der jüdischen Gemeinde hinsichtlich einer internationalen Verschwörung des Judentums andererseits, förderte zudem die Feindseligkeit und die Gleichgültigkeit der Bevölkerung gegenüber den Juden.⁴⁰⁷ Nach Mitte Oktober 1938 verging in Wien keine Nacht ohne Überfälle auf jüdische Läden und Schulen, und es wurde zur Routine, jüdische Wohngegenden am helllichten Tage abzuriegeln und gewaltsame Verhaftungen vorzunehmen.⁴⁰⁸

„Da die ökonomischen Motive der Judenfeindlichkeit umso stärker zu veranschlagen sind, je unsicherer die wirtschaftliche Lage eines Landes ist, war auch der österreichische Antisemitismus intensiver als im *Altreich*.“⁴⁰⁹ Es ist daher nicht überraschend, dass der Plan zur Vertreibung der jüdischen Bevölkerung aus ihren Wohnungen, der im Amt des Wiener Reichskommissars ausgearbeitet worden war, in der „Ostmark“ zu einem früheren Zeitpunkt umgesetzt wurde als sonst wo im Großdeutschen Reich.⁴¹⁰

⁴⁰⁵ Vgl. Moser, Jonny 1988: Österreichs Juden unter der NS-Herrschaft. In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Wien 1988. S. 186.

⁴⁰⁶ Vgl. Rosenkranz, Herbert 1993: Wien. In: Jäckel, Eberhard/ Longerich, Peter (Hg.) Enzyklopädie des Holocaust. Band III. Berlin 1993. S. 1593.

⁴⁰⁷ Vgl. Weinzierl, Erika: Zu wenig Gerechte. Österreich und Judenverfolgung 1938-1945. Styria Verlag, Wien 1969. S. 40.

⁴⁰⁸ Vgl. Rosenkranz, Herbert 1993: Wien. In: Jäckel, Eberhard/ Longerich, Peter (Hg.) Enzyklopädie des Holocaust. Band III. Berlin 1993. S. 1594.

⁴⁰⁹ Botz, Gerhard 1990: Die Ausgliederung der Juden aus der Gesellschaft. In: Botz, Gerhard/ Oxaal, Ivar (Hg.): Eine zerstörte Kultur. Rottenburg 1990. S. 310.

⁴¹⁰ Vgl. Ebd. S. 311.

„Ohne den traditionellen Judenhasse hätte die an den Wiener Juden in viel kürzerer Zeit als im Reich vollzogene politische Entrechtung, wirtschaftliche Vernichtung sowie gesellschaftliche und kulturelle Isolierung und Vertreibung kaum stattfinden können.“⁴¹¹ Ökonomische Motive bildeten unter anderem auch die Ursache für das hohe Maß an Gewalt des besonders im alten und neuen Mittelstand verbreiteten Antisemitismus, der sich in Wien in der christlichsozialen Bewegung politisch organisiert hatte.⁴¹² Der Antisemitismus war im österreichischen Leben in den letzten beiden Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts immer zu einem stärkeren Problem geworden. Die Juden hatten sich seit Beginn der liberalen Ära eine dominierende Stellung im Bankwesen, Handel und freien Berufen angeeignet.⁴¹³

Jene Handelszweige, die vorwiegend von jüdischen Bevölkerungsteilen geführt wurden, waren der Grund für zahlreiche Übergriffe, die oft unter antisemitischen Vorwand erfolgten und politisch populär waren. Mit dem Zusammenbruch der Monarchie und dem wirtschaftlichen Niedergang der Zeit nach 1918, welcher mit erheblichen Verlusten des mittleren Bürgertums einherging, wurde das wohlhabende österreichische Judentum ein willkommenes Ziel für alle unzufriedenen Elemente des Kleinbürgertums.⁴¹⁴

In Österreich, wie auch im übrigen Europa, bildete die jüdische Gemeinde die klassische Minderheit, die nicht gewillt war, den Monopolanspruch der Kirche in Glaubenssachen zu akzeptieren. Unter dem Druck der katholischen Kirche sonderte sich das Judentum in Erwerbszweige ab, die für die Volkswirtschaft sowohl nützlich als auch notwendig waren, da es ihnen unterdes verboten wurde, in landwirtschaftlichen Positionen tätig zu sein. Jene wirtschaftlich bedeutenden Positionen waren es, die die Juden ihrer Verfolgung aussetzten und unbeliebt machten.⁴¹⁵ Die Juden waren hauptsächlich im Geschäftsleben und in den sogenannten freien Berufen zu finden, nicht deswegen, weil, wie Antisemiten behaupteten, sie körperliche Arbeit scheuten, sondern da sie bis 1867 jahrhundertlang von Landbesitz und öffentlichen Ämtern per Gesetz ausgeschlossen waren.⁴¹⁶

⁴¹¹ Seliger, Maren 1988: NS-Herrschaft in Wien und Niederösterreich. In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Wien 1988. S. 401.

⁴¹² Vgl. Ebd. S. 401.

⁴¹³ Vgl. Luza, Radomir: Österreich und die großdeutsche Idee in der NS-Zeit. Graz 1977. S. 141.

⁴¹⁴ Vgl. Luza, Radomir: Österreich und die großdeutsche Idee in der NS-Zeit. Graz 1977. S. 141.

⁴¹⁵ Vgl. Pulzer, Peter 1990: Spezifische Momente und Spielarten des österreichischen und des Wiener Antisemitismus. In: Botz, Gerhard/ Oxaal, Ivar (Hg.): Eine zerstörte Kultur. Rottenburg 1990. S. 137.

⁴¹⁶ Vgl. Pauley, F. Bruce 1990: Politischer Antisemitismus in Wien der Zwischenkriegszeit. In: Botz, Gerhard/ Oxaal, Ivar (Hg.): Eine zerstörte Kultur. Rottenburg 1990. S. 137.

Doch der meist als bloß ökonomisch, ethisch, konfessionell etikettierte Antisemitismus kann von seinen rassistischen Vorstellungen nicht gänzlich getrennt werden. Denn Jude zu sein, bedeutete für den christlichsozialen Antisemitismus nicht Angehörigkeit zur mosaischen Religion, sondern aufgrund der Abstammung einen umstürzlerischen, herrschaftslüsternen und zersetzenden Volkskörper darzustellen.⁴¹⁷ „Das katholische antisemitische Potential mochte neben einer Reihe anderer Momente auch die Haltung der österreichischen Bevölkerung zur Etablierung des nationalsozialistischen Regimes beigewirkt haben.“⁴¹⁸

Da es der christlichsozialen Partei leichter fiel, „ihre Ziele im Zusammenhang speziell österreichischer und somit katholischer Traditionen zu formulieren, konnten sie ihren Antisemitismus vor dem Hintergrund einer bedeutenden Vergangenheit präsentieren, in der Österreich die Rolle des wichtigsten Verteidigers des christlichen Glaubens gegen all seine Feinde gespielt hatte.“⁴¹⁹ „Dieser christlichsoziale Antisemitismus einigte eine geschwächte Aristokratie und die breite Masse des Kleinbürgertums in einem Abwehrkampf gegen das jüdische Großkapital.“⁴²⁰ Wie viele Österreicherinnen und Österreicher sich tatsächlich an der Judenverfolgung des Nationalsozialismus beteiligt haben, lässt sich statistisch nicht feststellen. Im Allgemeinen überwog aber in der katholischen Kirche Österreichs bis 1938 und darüber hinaus jener wirtschaftlich und religiös motivierte Antisemitismus, der im katholischen Österreich eine lange Tradition hat.⁴²¹

Auch der Linzer Bischof (Gföllner) konnte sich in seinem berühmt-berüchtigten „Hirtenbrief“ vom 21. Jänner 1933 nicht gegen die Irrtümer des Nationalsozialismus vom „ethischen Antisemitismus“ trennen, da er aussagte, „die Brechung des schädlichen Einflusses des Judentums nicht nur als gutes Recht, sondern als strenge Gewissenpflicht eines jeden überzeugten Christen zu deuten.“⁴²² Ebenso war der bereits erwähnte Besuch von Kardinal Innitzer bei Hitler im Hotel Imperial am 15. März 1938 und die positiven Erklärung der Bischöfe über den Anschluss ein schmerzlicher und deprimierender Einschnitt für die jüdische

⁴¹⁷ Vgl. Staudinger, Anton 1990: Katholischer Antisemitismus in der ersten Republik. In: Botz, Gerhard/ Oxaal, Ivar (Hg.): Eine zerstörte Kultur. Rottenburg 1990. S. 251.

⁴¹⁸ Ebd. S. 270.

⁴¹⁹ Oxaal, Ivar 1990: Die Juden im Wien des jungen Hitler. In: Botz, Gerhard/ Oxaal, Ivar (Hg.): Eine zerstörte Kultur. Rottenburg 1990. S. 87.

⁴²⁰ Ebd. S. 87.

⁴²¹ Vgl. Weinzierl, Erika: Zu wenig Gerechte. Wien 1969. S. 96.

⁴²² Ebd. S. 96.

Bevölkerung Österreichs.⁴²³ Im Dunkeln bleibt die Zustimmung oder zumindest das Schweigen der Kirchen zu Bereichen von politischer Gleichschaltung, wirtschaftlichen Ausplünderungen oder dem rassistischen Terror.⁴²⁴ Fest steht, dass „die umfassend verbale katholische Judenfeindschaft und Bereitschaft zur Diskriminierung der Juden weder durch staatliche Gesetzgebungen sanktioniert waren, noch zur Entwicklung und Verwirklichung einer Politik staatlicher Judenverfolgung wie im Deutschen Reich führten.“⁴²⁵

9.3 Kriegswirtschaft innerhalb der Ostmark

Die Miteinbeziehung des österreichischen Wirtschaftspotenzials in das Kalkül der deutschen Aufrüstung unter dem Vier-Jahres-Plan von Hermann Göring spielte eine bedeutende Rolle unter den ökonomischen Motiven des Anschlusses.⁴²⁶ An Österreich interessierten hierbei vor allem die Bodenschätze (Erdöl, Erz, Magnesit) sowie die Vielzahl an hochqualifizierten Arbeitslosen und nicht zuletzt die Gold- und Devisenreserven der österreichischen Nationalbank.⁴²⁷ Das Wirtschaftskonzept der Nationalsozialisten basierte auf einer Neuordnung der österreichischen Wirtschaft, und um die Integration ins Reich zu beschleunigen, sollte dem Land ein Gefühl der Geborgenheit, Zuversicht und Sicherheit in einer neuen großen Wirtschaftseinheit vermittelt werden.⁴²⁸

Das Memorandum für die Aufstellung des Vier-Jahres-Plan schrieb Adolf Hitler selbst, wobei er es jedoch wegen möglicher Opposition aus Wirtschaftskreisen geheim hielt. Dieser Wirtschaftsplan, mit dem letztlich Hermann Göring beauftragt wurde, stellt einen Wendepunkt in der deutschen Wirtschaft dar, da er den ersten konkreten Eingriff der Nationalsozialisten in die Wirtschaftspolitik darstellte und erstmalig kriegerischen Absichten festlegte.⁴²⁹ Österreich wurde dem Deutschen Reich in vielfacher Hinsicht wirtschaftlich angeschlossen.

⁴²³ Vgl. Desput, F. Joseph 1984: Die NS-Bewegung und die Kirche. In: Desput, F. Joseph (Hg.): Österreich 1934-1984. Graz 1984. S. 124.

⁴²⁴ Vgl. Sauer, Walter 1988: Österreichs Kirchen 1938-1945. In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Wien 1988. S. 517.

⁴²⁵ Staudinger, Anton 1990: Katholischer Antisemitismus in der ersten Republik. In: Botz, Gerhard/ Oxaal, Ivar (Hg.): Eine zerstörte Kultur. Rottenburg 1990. S. 269.

⁴²⁶ Vgl. Kernbauer, Hans/ Weber, Fritz 1988: Österreichs Wirtschaft 1938-1945. In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Wien 1988. S. 51.

⁴²⁷ Vgl. Ebd. S. 52.

⁴²⁸ Vgl. Luza, Radomir: Österreich und die großdeutsche Idee in der NS-Zeit. Graz 1977. S. 128.

⁴²⁹ Vgl. Bankier, David 1993: Vierjahresplan. In: Jäckel, Eberhard/ Longerich, Peter (Hg.) Enzyklopädie des Holocaust. Band III. Berlin 1993. S. 1498.

Zum einen erfolgte der Ausbau der Kapazitäten nach den wehrwirtschaftlichen Bedürfnissen des „Altreichs“; dies gilt für die Ölförderung, die Wasserkräfte, die Hermann Göring Werke in Linz sowie Flugzeugwerke und Rüstungsbetriebe.⁴³⁰ Zum anderen war die Ausrichtung der Produktion nach Deutschland von einer „Arisierung“ der österreichischen Industriebetriebe gekennzeichnet.⁴³¹ Im März 1938 wurde das jüdische Vermögen in der „Ostmark“ auf über 10 Milliarden Reichsmark geschätzt. Am 24. April 1938 wurde die Vermögensverkehrsstelle (VVSt) im österreichischen Ministerium für Wirtschaft und Arbeit geschaffen.⁴³²

Die Vermögensstelle hatte nun die Aufgabe, jüdische Unternehmungen zu „entjuden“ und sie in „arischen“ Besitz überzuleiten. Die Aufteilung des Judengutes bildete nicht zuletzt den Anreiz für viele wirtschaftliche Bankrotteure des eigenen ökonomischen Unvermögens, sich auf fremde Kosten zu bereichern.⁴³³ Die Vermögensverkehrsstelle unterstand als zentral konzipierte Behörde für die „Ostmark“ dem Ministerium für Arbeit und Wirtschaft, das von Hans Fischböck geleitet wurde, dessen Position im Abkommen von Berchtesgaden festgesetzt worden war.⁴³⁴ Der Vorgang der Arisierung belief sich zumeist darauf, dass jüdische Unternehmen einer kommissarischen Verwaltung unterstellt wurden. Diese vollzogen zumeist „arische“ Angestellte, Geschäftsfreunde oder Konkurrenten des jüdischen Unternehmens, die von Seiten der NSDAP gut angeschrieben waren und sich auf Kosten anderer profilieren wollten.⁴³⁵ Das „Gesetz über die Bestellung von kommissarischen Verwaltern und kommissarischen Überwachungspersonen“ bildete (nebst anderen, später erlassenen Vorschriften) die dominierende Grundlage für die Ausschaltung von Unternehmensleitern jüdischer Herkunft.⁴³⁶ Die nach den Weisungen des Reichskommissars Bürckel von österreichischen Nationalsozialisten unter dem Druck der „wildten Arisierungen“ rasch durchgeführte „legale“ Arisierung fand große Bewunderung im „Altreich“ und wurde daher 1939 nach dem Wiener Muster eingeführt.⁴³⁷

⁴³⁰ Vgl. Kernbauer, Hans/ Weber, Fritz 1988: Österreichs Wirtschaft 1938-1945. In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Wien 1988. S. 55.

⁴³¹ Vgl. Ebd. S. 55.

⁴³² Vgl. Luza, Radomir: Österreich und die großdeutsche Idee in der NS-Zeit. Graz 1977. S. 142-143.

⁴³³ Vgl. Romanik, Felix: Der Leidensweg der österreichischen Wirtschaft 1933-1945. Wien 1957. S. 23-24.

⁴³⁴ Vgl. Venus, Theodor/ Wenck, Alexandra-Eileen (Hg.): Die Entziehung jüdischen Vermögens im Rahmen der Aktion Gildemeester. München 2004. S. 100.

⁴³⁵ Vgl. Romanik, Felix: Der Leidensweg der österreichischen Wirtschaft 1933-1945. Wien 1957. S. 24.

⁴³⁶ Vgl. Venus, Theodor/ Wenck, Alexandra-Eileen (Hg.): Die Entziehung jüdischen Vermögens im Rahmen der Aktion Gildemeester. München 2004. S. 106.

⁴³⁷ Vgl. Seliger, Maren 1988: NS-Herrschaft in Wien und Niederösterreich. In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Wien 1988. S. 403.

In viel stärkeren Maß noch als die „Arisierung“ von Betrieben kam die Entfernung der jüdischen Bevölkerung aus dem öffentlichen Dienst, der Privatwirtschaft und den Freien Berufen einen großen Kreis von „Ariern“ und Parteigenossen zugute. Der praktizierte Antisemitismus hatte daher in Wien mit der Beschaffung von Arbeitsplätzen auch sozial- und wirtschaftspolitische Funktionen, die sich zudem im Bereich der Wohnraumbeschaffung festhalten lassen.⁴³⁸ Schon in den Märztagen des Jahres 1938 setzte der Raubzug auf die Wohnungen des Judentums ein. Während der pogromartigen Vorgänge im Zuge der nationalsozialistischen Machtübernahme verloren tausende jüdische Familien ihre Wohnungen durch Plünderungen und Überfälle, die zumeist mit brutaler Gewaltanwendung einhergingen.⁴³⁹

9.4 Beschlagnahmung und Verfolgung des Klerus

Das „ostmärkische Modell“ der Enteignungspolitik war der reichsgesetzlichen Regelung von 1938 in vielen Bereichen vorausgeeilt und wurde zum Vorbild für „reichsdeutsche“ Stellen. „Die Zentralisierung der Enteignung und ihre verwaltungstechnische Organisation, die kommissarische Verwaltung der Unternehmen, die finanzpolitische Durchführung der *Arisierung* sowie die Zwangsliquidierung der Geschäfte, waren in der *Ostmark* bereits die übliche Praxis der Enteignungspolitik, die erst Anfang Dezember 1938 für das gesamte Deutsche Reich vereinheitlicht wurde.“⁴⁴⁰ Schätzungen zufolge soll das Unwesen der kommissarischen Verwalter 25.000 „wilde Kommissare“ umfasst haben.⁴⁴¹ Diese „Treuhänder“ wurden eher nach politischen als nach fachlichen Zuverlässigkeitskriterien ausgewählt, und da sie über die Veräußerungsbefugnis der betroffenen Unternehmen verfügten, verband die Vermögensverkehrsstelle mit ihrer Berufung auch die Absicht, den „Arisierungsprozess“ in der Ostmark zu beschleunigen.⁴⁴²

⁴³⁸ Vgl. Seliger, Maren 1988: NS-Herrschaft in Wien und Niederösterreich. In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Wien 1988. S. 403.

⁴³⁹ Vgl. Botz, Gerhard: Wohnungspolitik und Judendeportation in Wien 1938-1945. Zur Funktion des Antisemitismus als Ersatz nationalsozialistischer Sozialpolitik. Geyer- Edition, Wien 1975. S. 57.

⁴⁴⁰ Witek, Hans 1988: Aspekte nationalsozialistischer Enteignungspolitik 1938-1940. In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Wien 1988. S. 202.

⁴⁴¹ Vgl. Moser, Jonny 1988: Österreichs Juden unter der NS-Herrschaft. In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Wien 1988. S. 189.

⁴⁴² Vgl. Venus, Theodor/ Wenck, Alexandra-Eileen (Hg.): Die Entziehung jüdischen Vermögens im Rahmen der Aktion Gildemeester. München 2004. S. 106-107.

In den Händen der Vermögensverkehrsstelle und der von ihr eingesetzten Liquidatoren war das Milliardenvermögen in wenigen Jahren gänzlich „arisiert“ worden und verschwunden.⁴⁴³ Die kommissarischen Verwalter, für deren Tätigkeit erst sehr spät konkretere Richtlinien erlassen wurden, verwalteten jenen Teil des jüdischen Vermögens, der nicht in der Nacht der großen Plünderungen nach der Ermordung des Gesandtschaftsrates Ernst Eduard vom Rath in Paris durch den Juden Herschel Grynszpan geraubt worden ist.

Vielfach hatten sie sich selbst eingesetzt, und wenn sich seitens der NSDAP keine gefälligeren Personen bewarben, wurden sie später von der Vermögensverkehrsstelle im Amt bestätigt.⁴⁴⁴ Der Enteignung des privaten jüdischen Vermögens im Zuge der „Arisierungen“ und der Einhebung einer Reichsfluchtsteuer in der Höhe von 25 Prozent des Vermögens bei Auswanderung folgten, anlässlich der erwähnten Ermordung des deutschen Diplomaten, die „Judenvermögensabgabe“ und die Niederbrennung jüdischer Synagogen sowie die Beschlagnahmung des Vermögens der israelitischen Kultusgemeinde.⁴⁴⁵ Am 12. November 1938 wurde die „Verordnung über die Sühneleistung“ der Juden vereinbart, in welcher die „Judenvermögensabgabe“ in Höhe von 20 Prozent des persönlichen Vermögens verlautbart wurde.⁴⁴⁶ „Die entsprechende Durchführungsverordnung erschien am 21. November 1938 und wurde in der „Ostmark“ am 30. November kundgemacht.“⁴⁴⁷ Als das jüdische Vermögen beschlagnahmt und Großteiles ausgegeben war, griff die Reichsregierung der Nationalsozialisten auch nach dem Besitztum der österreichischen Kirchen, und so wurden rund 200 katholische Klöster, Ordenshäuser und Stifte beschlagnahmt und aufgehoben.⁴⁴⁸ Fast alle kirchlichen Stiftungen und Vereine wurden aufgelöst, über 1.000 katholische Kindergärten und Schulen aufgehoben und deren Vermögen beschlagnahmt.⁴⁴⁹

Parallel mit genannten Schädigungen ging die Verfolgung des Klerus einher, und es starben von 724 inhaftierten Ordensangehörigen und Priestern über 40 in Kerkern und Konzentrationslagern oder wurden hingerichtet.⁴⁵⁰

⁴⁴³ Vgl. Romanik, Felix: Der Leidensweg der österreichischen Wirtschaft 1933-1945. Wien 1957. S. 24.

⁴⁴⁴ Vgl. Ebd. S. 24-25.

⁴⁴⁵ Vgl. Ebd. S. 30.

⁴⁴⁶ Vgl. Venus, Theodor/ Wenck, Alexandra-Eileen (Hg.): Die Entziehung jüdischen Vermögens im Rahmen der Aktion Gildemeester. München 2004. S. 347.

⁴⁴⁷ Ebd. S. 347.

⁴⁴⁸ Vgl. Romanik, Felix: Der Leidensweg der österreichischen Wirtschaft 1933-1945. Wien 1957. S. 33.

⁴⁴⁹ Vgl. Ebd. S. 33.

⁴⁵⁰ Vgl. Ebd. S. 33-34.

Von Anfang an wird die Kirchenfrage von den Nationalsozialisten unter ökonomischen Aspekten betrachtet, und zweifellos ist hinter der Politik der „Entkonfessionalisierung“ auch ein starkes wirtschaftliches Motiv erkennbar.⁴⁵¹ „Dem nationalsozialistischen Totalitätsanspruch setzen die Kirchen eine Resistenz eines Charakters entgegen.“⁴⁵² Durch die „Entkonfessionalisierung“ wird das kirchliche Leben immer stärker aus dem öffentlichen Raum abgedrängt und zieht sich auf Grund der nationalsozialistischen Infiltration vermehrt zurück. „Die Kirche, in die Sakristei gedrängt, wurde schließlich zum Hort des geistigen Widerstandes.“⁴⁵³ Ab etwa 1941 wurde aus der Sicht der NS-Partei die Kirche zum Hauptgegner, als sie begann, „den nationalsozialistischen Wertvorstellungen christliche Werte gegenüberzustellen, die diesen vorzuziehen seien.“⁴⁵⁴

Sofort nach der Besetzung Österreichs wurde die Justiz zu einem Werkzeug des nationalsozialistischen Terrors und ihrer Machtausübung umgestaltet, und weit verbreitete nationalsozialistische Sympathien seitens der österreichischen Richterschaft beschleunigten diesen Prozess.⁴⁵⁵ Die umfangreichen Säuberungsaktionen und Verhaftungen durch die neuen Machthaber richteten sich mit besonderer Schärfe gegen den Schuschniggischen Justizapparat, mit dem nicht wenige österreichische Nationalsozialisten eine persönliche Rechnung zu begleichen hatten. Die gesetzliche Grundlage für die Beamensäuberung bildete die „Verordnung zur Neuordnung des österreichischen Berufsbeamtentums“ vom 21. Mai 1938 mit dem verfolgten Ziel, behördliche Positionen von „politisch unzuverlässigen und fremdrassigen Elementen zu säubern.“⁴⁵⁶

„Der *Anschluss* förderte die Initiative lokaler Behörden und setzte reichseinheitliche Maßstäbe für rassische Streitfragen.“⁴⁵⁷ In der „Ostmark“ realisierten die Nationalsozialisten ihre judenfeindlichen Pläne in politischer Wirklichkeit, und das ehemalige Österreich wurde zum Versuchsfeld, in dem Aktionen gegen jüdischen Bevölkerungsteile am weitesten gingen.⁴⁵⁸

⁴⁵¹ Vgl. Sauer, Walter 1988: Österreichs Kirchen. In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Wien 1988. S. 525.

⁴⁵² Ebd. S. 533.

⁴⁵³ Desput, F. Joseph 1984: Die NS-Bewegung und die Kirche. In: Desput, F. Joseph (Hg.): Österreich 1934-1984. Graz 1984. S. 128.

⁴⁵⁴ Jagschitz, Gerhard 1988: Von der Bewegung zum Apparat. In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Wien 1988. S. 510.

⁴⁵⁵ Neugebauer, Wolfgang 1988: Das NS-Terror System. In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Wien 1988. S. 176.

⁴⁵⁶ Ebd. S. 176-177.

⁴⁵⁷ Luza, Radomir: Österreich und die großdeutsche Idee in der NS-Zeit. Graz 1977. S. 145.

⁴⁵⁸ Vgl. Ebd. S. 145.

Die vom Antisemitenbund ausgehende Judenhetze, welcher 1919 entstand und sich zur Aufgabe machte, die Juden auf allen Gebieten zu bekämpfen, fiel in breiten Schichten der Bevölkerung, die dem Judentum gegenüber vorurteilsbehaftet waren, auf fruchtbaren Boden.⁴⁵⁹ Antisemitismus wurde in Zeitungen, Versammlungen und mittels aus Deutschland importierter „Antisemitica“ betrieben, und so war er bald allorts und überall spürbar.⁴⁶⁰ Das Terrorsystem, das im Jahre 1938 unter tatkräftiger Mitwirkung seiner österreichischen Anhänger ausgerichtet, verschärft und ausgebaut wurde, sollte keineswegs nur als Produkt einer irrationalen-inhumanen Weltanschauung oder als Sadismus von Einzeltätern angesehen werden.⁴⁶¹ „In Österreich wie in anderen vom deutschen Nationalsozialismus beherrschten Ländern hatte der NS-Terror die Aufgabe, den Widerstandswillen aller wirklichen, potentiellen oder vermeintlichen Gegner zu brechen, die lückenlose Überwachung und Unterdrückung der Bevölkerung zu gewährleisten, um die Normen der Diktatur in allen gesellschaftlichen Bereichen durchzusetzen.“⁴⁶²

9.5 Wohnungspolitik in der Ostmark

Wenige Tage nach dem Novemberpogrom kam es unmittelbar zu einem Anstieg der „Arisierungen“ von Wohnungen wie in den Tagen nach der Angliederung. Diesmal war der Fokus der Enteignungen von Judenwohnungen systematisch auf die Entschädigung der „Volksgenossen“ gelegt, die sich innerhalb der nationalsozialistischen Bewegung besonders „hervorgetan“ hatten.⁴⁶³ Nur wenige Tage nach der „Reichskristallnacht“ forderte der „Völkische Beobachter“ sogar ganz öffentlich zum Raub von jüdischen Wohnungen auf, mit dem Leitsatz: „Hinaus mit den Juden aus den guten und billigen Wohnungen!“⁴⁶⁴ Das besondere Interesse der nationalsozialistischen Stadtverwaltung, die mit einem Bedarf an rund 70.000 Wohnungen für die gesamte Stadtbevölkerung und die „reichsdeutschen“ Zuwanderer rechnete, an den Wohnungen der jüdischen Bevölkerung erklärt sich daraus, dass deren Zahl ursprünglich ebenfalls 70.000 betragen hatte, was 10 Prozent des Gesamtbestandes an

⁴⁵⁹ Vgl. Moser, Jonny 1988: Österreichs Juden unter der NS-Herrschaft. In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Wien 1988. S. 185.

⁴⁶⁰ Vgl. Ebd. S. 185.

⁴⁶¹ Vgl. Neugebauer, Wolfgang 1988: Das NS-Terror System. In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Wien 1988. S. 180.

⁴⁶² Vgl. Ebd. S. 180.

⁴⁶³ Vgl. Botz, Gerhard 1990: Die Ausgliederung der Juden aus der Gesellschaft. In: Botz, Gerhard/ Oxaal, Ivar (Hg.): Eine zerstörte Kultur. Rottenburg 1990. S. 299.

⁴⁶⁴ Vgl. Botz, Gerhard: Wohnungspolitik und Judendeportation in Wien 1938-1945. Wien 1975. S. 58.

Wohnungen in Wien ausmachte.⁴⁶⁵ „Die Praxis der *Arisierungen* unter dem Vorzeichen der Wiedergutmachung für während der Systemzeit im Dienste der Bewegung erlittene Schäden, brachte den Nepotismus am deutlichsten zum Vorschein, denn die *Arisierung* war ihrer Natur nach eine Quelle der Korruption.“⁴⁶⁶ Der Anteil der österreichischen Bevölkerung, die entweder Mitglieder der NSDAP, der SS oder einer anderen verbrecherischen Organisation waren, obwohl diese Zahlen schwer interpretierbar sind, wurde bei der Registrierung im Zuge der Entnazifizierung festgestellt.⁴⁶⁷

Damals wurden 537.632 Personen erfasst, von denen 41.906 schwer belastet waren, allerdings gab es auch zahlreiche „harmlose“ Mitläufer, die Anhänger der NSDAP wurden. Ein überwiegender Anteil der österreichischen Bevölkerung war jedoch daran interessiert, das NS-System aktiv mitzugestalten.⁴⁶⁸ Die antijüdischen Maßnahmen traten Ende 1938 in eine neue Phase ein. In den anschließenden Monaten erging eine Flut von diskriminierenden Gesetzen, Erlässen und Anordnungen über Juden, und mit Ende Mai 1939 wurden die Nürnberger Rassengesetze in Österreich eingeführt.⁴⁶⁹

Die Fülle von antijüdischen Verordnungen machte deutlich, dass man beabsichtigte, die Juden aus dem Wirtschaftsleben vollständig zu eliminieren. Ab 14. Juni wurde verlautbart, dass die Approbation jüdischer Ärzte mit 30. September erlöschen würde, und die mit 23. Juli allgemein eingeführte „Kennkarte“ war für jüdische Bevölkerungsmitglieder mit einem großen „J“ versehen.⁴⁷⁰ Außerdem wurde eine Polizeiordnung erlassen, die künftig die Basis für alle räumlichen und zeitlichen Beschränkungen der Juden bilden sollte, mit dem Inhalt, dass sie bestimmte Bezirke nicht betreten dürfen oder sich zu bestimmten Zeiten nicht öffentlich zu zeigen hatten.⁴⁷¹ Gemäß den Instruktionen des Reichskommissars Bürckel und den Beauftragten des Vier-Jahres-Plans, Hermann Göring, machte „diese Welle an Niederträchtigkeiten bald einer systematischen Politik der Schikane Platz.“⁴⁷²

⁴⁶⁵ Vgl. Botz, Gerhard 1990: Die Ausgliederung der Juden aus der Gesellschaft. In: Botz, Gerhard/ Oxaal, Ivar (Hg.): Eine zerstörte Kultur. Rottenburg 1990. S. 299.

⁴⁶⁶ Witek, Hans 1988: Aspekte nationalsozialistischer Enteignungspolitik 1938-1940. In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Wien 1988. S. 207.

⁴⁶⁷ Vgl. Vocelka, Karl: Geschichte Österreichs. München 2006. S. 302.

⁴⁶⁸ Vgl. Ebd. S. 302-303.

⁴⁶⁹ Vgl. Moser, Jonny 1988: Österreichs Juden unter der NS-Herrschaft. In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Wien 1988. S. 190.

⁴⁷⁰ Vgl. Weinzierl, Erika: Zu wenig Gerechte. Wien 1969. S. 35.

⁴⁷¹ Vgl. Ebd. S. 35.

⁴⁷² Luza, Radomir: Österreich und die großdeutsche Idee in der NS-Zeit. Graz 1977. S. 142.

Bürckel formulierte, dass das Judentum restlos aus den wirtschaftlichen Sphären heraus müsse, wobei die jüdische Bevölkerung in Wien überhaupt zu verschwinden habe. Dieser Übergang sollte dabei auf eine Weise geschehen, dass das wirtschaftliche Leben dabei nicht zum Erliegen kommen sollte. Jener Übergang war mit der Einsetzung der sogenannten „Kommissare“ verbunden.⁴⁷³ Später wurde den Juden auch der Bezug von Zigaretten, Vollmilch, Weißmehlprodukten und Fleisch verboten. Seit 1941 waren sie von den öffentlichen Fürsorgeleistungen ausgeschlossen, nachdem sie 1939 zur Ablieferung aller ihrer Edelmetalle und Schmuckgegenstände gezwungen worden waren.⁴⁷⁴ Den Gipfel der gesellschaftlichen Diskriminierung einer zu Außenseitern gestempelten Minderheitengruppe stellte das Gesetz vom 1. September 1941 über die Kennzeichnung von Juden durch einen gelben Judenstern dar, der immer sichtbar auf der linken Brustseite zu tragen war und ohne den sich kein Jude in der Öffentlichkeit zu zeigen hatte.⁴⁷⁵

10. Emigration und Vertreibung

Zwischen März 1938 und November 1941 trieben die Nationalsozialisten durch diskriminierende Erlässe und offenen Terror die jüdische Bevölkerung in das Exil bzw. die Emigration. Wie bereits erwähnt, wurde im August 1938 zur Beschleunigung der jüdischen „Auswanderung“ und zum Zwecke der staatlich gelenkten „Schröpfung“ des Judentums die „Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien“ unter Adolf Eichmann errichtet.⁴⁷⁶ Durch den Anschluss Österreichs erhielt die, nicht nur von führenden Vertretern des „Altreichs“ wiederholt geforderte, Beschleunigung der jüdischen Auswanderung eine neue Brisanz, sondern auch führende Vertreter der neuen politischen Elite in der „Ostmark“ verlangten nach einer radikaleren Lösung der Judenfrage.⁴⁷⁷ Die Massenvernichtung der Juden ist nicht zufällig durch viele ihrer Schlüsselpersonen mit Österreich und Wien verbunden. Als Gründe dafür mögen sozialpsychologische Eigenheiten der Österreicher und der Katholizismus angeführt werden, ein Gros der Bedeutung jedoch kommt den sozialökonomischen Faktoren

⁴⁷³ Vgl. Luza, Radomir: Österreich und die großdeutsche Idee in der NS-Zeit. Graz 1977. S. 142.

⁴⁷⁴ Vgl. Botz, Gerhard 1990: Die Ausgliederung der Juden aus der Gesellschaft. In: Botz, Gerhard/ Oxaal, Ivar (Hg.): Eine zerstörte Kultur. Rottenburg 1990. S. 304.

⁴⁷⁵ Vgl. Ebd. S. 304-305.

⁴⁷⁶ Eppel, Peter 1988: Österreicher im Exil 1938-1945. In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Wien 1988. S. 553.

⁴⁷⁷ Vgl. Venus, Theodor/ Wenck, Alexandra-Eileen (Hg.): Die Entziehung jüdischen Vermögens im Rahmen der Aktion Gildemeester. München 2004. S. 522.

zu, die aus dem bürgerlichen Mittelstand resultierten.⁴⁷⁸ Mit der Angliederung Österreichs an das Deutsche Reich veränderte sich auch die Ausgangssituation für eine Zentralisierung der Auswanderung unter der geplanten Leitung von Adolf Eichmann, der schon Tage vor dem Einmarsch ein Modell für eine Koppelung der „Paltreu“ und „Altreu“, die zusammen unter eine „arische“ Leitung gestellt werden sollten, entwarf.⁴⁷⁹ Die Koppelung beider „Agenturen“ hatte nach Eichmann den Vorteil, dass die anfallenden Devisen „allgemeinnützlich“ verwendet werden konnten und zudem bessere Prüfmöglichkeit und Übersicht bestanden.⁴⁸⁰ Ein derartiges Prinzip wurde in Wien bereits praktiziert. Betrachtet man nämlich die Organisationsform der „Aktion Gildemeester“ ist festzustellen, dass hier die Muster des „Altreu-Fonds“ zur Anwendung kamen, bei dem durch die „Einzahlungen“ von festgelegten Summen durch vermögende Auswanderungswillige die Kosten der Auswanderung von Minderbemittelten jüdischen Personen mitfinanziert wurden.⁴⁸¹

Von Ende März 1938 an war die Ausbeutung der jüdischen Emigrantinnen und Emigranten aus Österreich das Hauptanliegen von Adolf Eichmann, der vom Staat Israel letztlich zum Tode verurteilt wurde. Die Initiative zur Errichtung der „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ ging von ihm aus, und ihr Wirkungsbereich erstreckte sich zunächst nur auf Wien und Niederösterreich.⁴⁸² Wie bereits erwähnt, wurde die Zentralstelle im beschlagnahmten Rothschild-Palais in der Prinz-Eugen-Straße untergebracht.⁴⁸³ Frank van Gheel Gildemeester, der sich früher mit humanitären Aufgaben beschäftigt hatte, stellte sich in den Dienst der Hilfe für Juden. Die Auswanderung aus Österreich sollte forciert werden, indem man begüterten Personen Einreisen in bestimmte Länder besorgte, wofür die Betroffenen auf ihr Vermögen im Inland zu Gunsten des Reiches verzichteten, und jeweils zehn Prozent dieses Vermögens flossen in einen Auswanderungsfond, aus dem die Kosten der Ausreise mittelloser Juden finanziert wurden.⁴⁸⁴ Diese „Aktion“ wurde dann von Eichmann in der gegründeten „Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien“ übernommen.⁴⁸⁵

⁴⁷⁸ Vgl. Botz, Gerhard: Wohnungspolitik und Judendeportation in Wien 1938-1945. Wien 1975. S. 123.

⁴⁷⁹ Vgl. Venus, Theodor/ Wenck, Alexandra-Eileen (Hg.): Die Entziehung jüdischen Vermögens im Rahmen der Aktion Gildemeester. München 2004. S. 64.

⁴⁸⁰ Vgl. Ebd. S. 65.

⁴⁸¹ Vgl. Venus, Theodor/ Wenck, Alexandra-Eileen (Hg.): Die Entziehung jüdischen Vermögens im Rahmen der Aktion Gildemeester. München 2004. S. 80.

⁴⁸² Vgl. Weinzierl, Erika: Zu wenig Gerechte. Wien 1969. S. 48.

⁴⁸³ Vgl. Venus, Theodor/ Wenck, Alexandra-Eileen (Hg.): Die Entziehung jüdischen Vermögens im Rahmen der Aktion Gildemeester. München 2004. S. 80.

⁴⁸⁴ Vgl. Moser, Jonny 1988: Österreichs Juden unter der NS-Herrschaft. In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Wien 1988. S. 189.

⁴⁸⁵ Weinzierl, Erika: Zu wenig Gerechte. Wien 1969. S. 48.

Die Aufnahme in die „Aktion Gildemeester“ war an einen bestimmten Aufnahmemodus gebunden. Die „Ausreisewerberinnen und Ausreisewerber“ mussten genaue und vollständige Angaben zu ihrem Vermögen (Bargeld, Wertpapiere, Guthaben bei in- und ausländischen Geldinstituten, Grund- und Hausbesitz, Versicherungen, Schmuck oder Kunstbesitz sowie Forderungen und Verpflichtungen gegenüber Verwandten oder Dritten) machen, soweit dieses Gegenstand der Treuhandverwaltung werden sollte.⁴⁸⁶ Sofern die Bank nach genauer Prüfung der Angaben und der Bonität das vorhandene Vermögen des Kandidaten als ausreichend erachtete, um selbst in die Rolle des Treuhänders einzutreten, wurde dies dem Rechtsberater der „Aktion“ mitgeteilt, wonach die „Auswanderungswerberinnen und Ausreisewerber“ zur Unterschriftsleistung aufgefordert wurden. Hierin übergaben die „Bewerberinnen und Bewerber“ ihr Vermögen zur treuhändischen Verwaltung.⁴⁸⁷

Zwischen dem Erstantrag um Aufnahme und der tatsächlichen Genehmigung vergingen oft mehrere Monate, in denen die Antragstellerinnen und Antragsteller mit den Übergriffen der neuen Machthaber zu kämpfen hatten, weshalb schon viele vor dem Abschluss des Aufnahmeverfahrens ins Ausland flüchteten.⁴⁸⁸ „Die Idee, Juden in einem Gebiet Abessinien in größerem Umfang anzusiedeln, wurde 1938 nicht nur zwischen der „Aktion Gildemeester“ und der „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ mit den zuständigen Stellen in Berlin und Rom verhandelt, sondern wurde auch auf höchster Diplomatischer Ebene erörtert.“⁴⁸⁹

Ein ebenso in Betracht gezogenes Projekt, war der bereits angesprochene „Madagaskar-Plan“, welcher vorsah, die europäischen Juden auf der südostafrikanischen Insel anzusiedeln, was sich letztlich, obwohl von vielen Antisemiten befürwortet, als undurchführbar herausstellte.⁴⁹⁰ Anfang Juli 1940 traf Adolf Eichmann eine Gruppe deutsch-jüdischer Funktionäre, die binnen 24 Stunden die wesentlichen Gesichtspunkte für eine Evakuierung von vier Millionen europäischen Juden bei Kriegsende auflisten sollten. Allerdings fand die Unterredung ein schnelles Ende, da sich die jüdischen Funktionäre ausschließlich für den Bestimmungsort Palästina interessierten, den Eichmann kategorisch ablehnte.⁴⁹¹

⁴⁸⁶ Vgl. Venus, Theodor/ Wenck, Alexandra-Eileen (Hg.): Die Entziehung jüdischen Vermögens im Rahmen der Aktion Gildemeester. München 2004. S. 152.

⁴⁸⁷ Vgl. Ebd. S. 153.

⁴⁸⁸ Vgl. Ebd. S. 155.

⁴⁸⁹ Ebd. S. 438.

⁴⁹⁰ Vgl. Feingold, L. Henry 1993: Madagaskar-Plan. In: Jäckel, Eberhard/ Longerich, Peter (Hg.): Enzyklopädie des Holocaust. Band II. Berlin 1993. S. 915.

⁴⁹¹ Vgl. Ebd. S. 917.

Eine Auswanderung der jüdischen Emigrantinnen und Emigranten nach Abessinien schien auch für den amerikanischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt eine Möglichkeit zur Lösung des Flüchtlingsproblems zu sein. In diesem Sinne, richtete er sich in einem Schreiben an Mussolini in der Bitte, die Ansiedelung der zur Auswanderung gezwungenen Juden im Gebiet Äthiopiens zu unterstützen.⁴⁹² Allerdings dachte der Duce nicht daran, „auch nur einen Quadratzentimeter äthiopischen Bodens für Judenansiedlungen zu Verfügung zu stellen.“⁴⁹³ Was den „Madagaskar-Plan“ anbelangt, welcher vorsah, die europäisch-jüdische Bevölkerung über den Seeweg zu deportieren, so kam dieses Vorhaben mit der Niederlage gegen Großbritannien im Jahre 1940 schlagartig zum Erliegen und bereitete damit den gedanklichen Schritt hin zur „Endlösung“.⁴⁹⁴

„Die rasche und erbarmungslose Verletzung ihrer Grund- und Freiheitsrechte und ihre Ausschaltung aus den Berufszweigen zwang die jüdische Bevölkerung schließlich unter den schwierigsten Bedingungen zu emigrieren.“⁴⁹⁵ Zur Zeit der „Konferenz von Evian“ im Juli 1938 unter dem Vorsitz von Franklin D. Roosevelt berieten die Vertreter von 32 Staaten über das jüdische Flüchtlingsproblem, da es während der Jahre 1933 bis 1941 eine konkrete Abneigung gegen die Aufnahme jüdischer Flüchtlinge gab.⁴⁹⁶

Gegen die Einwanderung „mittelloser Juden“ hatten Frankreich, die Tschechoslowakei, Rumänien, die Schweiz und Ungarn ihre Grenzen gesperrt, während Jugoslawien nur getaufte jüdische Bevölkerungsteile einreisen ließ und Polen sich gar nicht dazu bereit erklärte, frühere polnisch-jüdische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger aufzunehmen.⁴⁹⁷ Die auf Roosevelts Initiative einberufene Konferenz von Evian, welche die Bedingungen und die Situation der Flüchtlinge verbessern sollte, war zum Scheitern verurteilt, da die amerikanische Delegation angewiesen worden war, keine Änderungen an den Einwanderungsgesetzen zu unterstützen.⁴⁹⁸

⁴⁹² Vgl. Venus, Theodor/ Wenck, Alexandra-Eileen (Hg.): Die Entziehung jüdischen Vermögens im Rahmen der Aktion Gildemeester. München 2004. S. 438.

⁴⁹³ Ebd. S. 440.

⁴⁹⁴ Vgl. Feingold, L. Henry 1993: Madagaskar-Plan. In: Jäckel, Eberhard/ Longerich, Peter (Hg.): Enzyklopädie des Holocaust. Band II. Berlin 1993. S. 917.

⁴⁹⁵ Weinzierl, Erika: Zu wenig Gerechte. Wien 1969. S. 45.

⁴⁹⁶ Vgl. Dlin, Elly 1993: Vereinigte Staaten von Amerika. In: Jäckel, Eberhard/ Longerich, Peter (Hg.): Enzyklopädie des Holocaust. Band III. Berlin 1993. S. 1490.

⁴⁹⁷ Vgl. Weinzierl, Erika: Zu wenig Gerechte. Wien 1969. S. 51.

⁴⁹⁸ Vgl. Dlin, Elly 1993: Vereinigte Staaten von Amerika. In: Jäckel, Eberhard/ Longerich, Peter (Hg.): Enzyklopädie des Holocaust. Band III. Berlin 1993. S. 1492.

Die meisten jüdischen Flüchtlinge nahm Großbritannien auf, in das monatlich tausende von Vertriebene strömten und von denen ein Viertel aus Österreich kamen.⁴⁹⁹ Im Hinblick auf die Vereinigten Staaten von Amerika, die sich selbst unfähig zeigten, einen bedeutenden Beitrag zur Lösung des Flüchtlingsproblems zu leisten, gab sich auch Frankreich einer sehr passiven Aufnahmehaltung hin. „Die potentiellen Aufnahmeländer waren eher bestrebt, sich der Juden zu entledigen als ihnen Zuflucht zu gewähren.“⁵⁰⁰ Obwohl in der „Evian-Konferenz“ kein konkreter Erfolg erzielt werden konnte, entschlossen sich die Vereinigten Staaten dennoch, die Einwanderungszahl für deutsche und österreichische Juden auf 27.000 pro Jahr zu erhöhen, und auch Australien erklärte sich bereit, innerhalb von drei Jahren 15.000 staatenlos gewordene Flüchtlinge aufzunehmen.⁵⁰¹

In Lateinamerika zeigten sich vor allem Argentinien, Brasilien, Chile und Bolivien aufnahmebereit. Mit dem Beginn des Zweiten Weltkrieges fielen jedoch viele der Flüchtlingsstätten aus, dennoch konnten, unter größten Schwierigkeiten, bis 1941 noch einige tausend österreichische Juden in die USA, nach Shanghai, Mittel- und Südamerika und Palästina auswandern.⁵⁰² In der Zeit um 1938 konnten sich jedoch die wenigsten Flüchtlinge ihr Exilland aussuchen, denn am Beginn der Flucht stand der Kampf um Einwanderungs-, Besucher-, oder Transitvisa, gültige Personal- und Reisedokumente, Schifftickets, Arbeitserlaubnisse, was für österreichische Juden mit besonderen Schwierigkeiten verbunden war, da sie Bürgerinnen und Bürger eines nicht mehr existierenden Staates waren.⁵⁰³ Ein illegaler Grenzübertritt war mit der Gefahr verbunden, an die Gestapo ausgeliefert zu werden, während ein legaler Grenzübergang mit vehementen bürokratischen Schikanen verknüpft war.⁵⁰⁴ Das war auch einer der wesentlichen Gründe, warum nach der Annexion tausende nach Shanghai emigrierten, da dort Zuflucht gefunden werden konnte, ohne eine Aufenthaltsgenehmigung, ein Visum oder eine Arbeitserlaubnis vorweisen zu müssen.⁵⁰⁵ Shanghai wurde somit zu „dem“ Zufluchtsort für jüdische Flüchtlinge aus Polen, Deutschland und Österreich, nachdem man dorthin ohne ein offizielles Dokument gelangen konnte.

⁴⁹⁹ Vgl. Weinzierl, Erika: Zu wenig Gerechte. Wien 1969. S. 51.

⁵⁰⁰ Dlin, Elly 1993: Vereinigte Staaten von Amerika. In: Jäckel, Eberhard/ Longerich, Peter (Hg.) Enzyklopädie des Holocaust. Band III. Berlin 1993. S. 1492.

⁵⁰¹ Vgl. Weinzierl, Erika: Zu wenig Gerechte. Wien 1969. S. 52.

⁵⁰² Vgl. Ebd. S. 52.

⁵⁰³ Vgl. Eppel, Peter 1988: Österreicher im Exil 1938-1945. In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Wien 1988. S. 554.

⁵⁰⁴ Vgl. Ebd. S. 554.

⁵⁰⁵ Vgl. Kreissler, Françoise 1990: Fluchtpunkt Schanghai. In: Botz, Gerhard/ Oxaal, Ivar (Hg.): Eine zerstörte Kultur. Rottenburg 1990. S. 313.

Von noch größerer Bedeutung für die Asylwerber wurde die projüdische Politik Japans, die am 6. Dezember 1938 zur Öffnung des militärisch kontrollierten Hafens für Juden führte.⁵⁰⁶ Insgesamt wanderten österreichische Juden in 89 verschiedene Staaten aus, von denen eine Reihe europäischer im Krieg von den Armeen Hitlers besetzt wurde, wodurch viele Asylwerberinnen und Asylwerber, die sich bereits vor der nationalsozialistischen Vernichtungsmaschinerie in Sicherheit wähnten, wiederum in Gefangenschaft gerieten.⁵⁰⁷

10.1 Integration jüdischer Gemeinden in Übersee

Ein enormes Maß an künstlerischem und intellektuellem Potenzial ging durch die erzwungene nationalsozialistische Emigration in Österreich verloren, wodurch eine Provinzialisierung des österreichischen und Wiener Kulturlebens erfolgte, welche im Zusammenhang mit der Austreibung und Vernichtung des österreichischen Judentums zu sehen ist.⁵⁰⁸ Eine Minderheit unter Österreichs Vertriebenen, vorwiegend Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Künstlerinnen und Künstler, schafften es jedoch, ihr Schicksal als Herausforderung zu sehen und einen sozialen und beruflichen Aufstieg zu nehmen. Vor allem Schriftstellerinnen und Schriftsteller trugen durch ihre Leistung im Exil viel zum österreichischen Nationalbewusstsein bei.⁵⁰⁹ Allerdings bewiesen Beispiele wie der Selbstmord von Stefan Zweig, dessen Suizid bei anderen Emigrantinnen und Emigranten für Unruhe sorgte, dass das Exil in der Regel nicht nur nicht unbeschwerlich, sondern eine mitunter tödliche Krankheit bedeutete. Für Thomas Mann stellte diese Art und Weise, sich aus dem Leben zu stehlen eine „Fahnenflucht“ dar, und er ergänzte, dass „wenn man schon keinen Widerstand leistet, man zumindest durchs Überleben zeigen könnte, dass die Macht des Deutschen Reiches auch ihre Grenzen hat.“⁵¹⁰ Von Stefan Zweig, der 1942 als 61-jähriger in Rio de Janeiro Selbstmord beging, stammt eine Schilderung der Situation nach Ausbruch des Krieges, die er folgendermaßen beschrieben hat:

„Jede Form von Emigration verursacht an sich schon unvermeidlicher Weise eine Art von Gleichgewichtsstörung. Man verliert- auch dies muss erlebt sein, um verstanden zu werden- von seiner geraden Haltung, wenn man nicht die eigenen Erde untern sich hat, man wird unsicherer, gegen sich selbst misstrauischer.“

⁵⁰⁶ Vgl. Kranzler, David 1993: Schanghai. In: Jäckel, Eberhard/ Longerich, Peter (Hg.) Enzyklopädie des Holocaust. Band III. Berlin 1993. S. 1279.

⁵⁰⁷ Vgl. Weinzierl, Erika: Zu wenig Gerechte. Wien 1969. S. 53.

⁵⁰⁸ Vgl. Ebd. S. 54.

⁵⁰⁹ Vgl. Eppel, Peter 1988: Österreicher im Exil 1938-1945. In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Wien 1988. S. 555-557.

⁵¹⁰ Ebd. S. 555.

*Und ich zögere nicht zu bekennen, dass seit dem Tage, da ich eigentlich mit fremden Papieren oder Pässen leben musste, ich mich nie mehr ganz als mit mir zusammengehörig empfand. Etwas von der natürlichen Identität mit meinem ursprünglichen und eigentlichen Ich blieb für immer zerstört“.*⁵¹¹

Als nach dem Oktober 1942 Einzelheiten vom Schicksal der jüdischen Bevölkerung aus dem nationalsozialistisch okkupierten Europa ans Licht kamen, riefen London und Washington im April 1943 eine zweite Flüchtlingskonferenz auf Bermuda ein, deren Zweck darin bestand, die öffentliche Meinung zu beschwichtigen, ohne jedoch, dass dabei sinnvolle oder konkrete Schritte unternommen wurden, die eine Verbesserung der Lage herbeigeführt hätten.⁵¹² Tatsächlich waren die Ergebnisse dieser Konferenz so unwesentlich, dass man sich gegen ihre Veröffentlichung entschied, und der zeitgleich beginnende „Warschauer Ghettoaufstand“ machte die Indifferenz der Alliierten besonders deutlich.⁵¹³ Bei Kriegsende waren die jüdischen Gemeinden Mittel- und Osteuropas zerstört, und von den überlebenden Juden fassten in den Jahren bis 1948 eine viertel Million den Entschluss, Europa den Rücken zu kehren, um sich auf den Weg nach Westen zu machen, um in die USA oder ins damalige Palästina zu gelangen.⁵¹⁴ „Großbritannien hatte mit 30.850 die meisten Asylwerberinnen und Asylwerber aufgenommen. Ihm folgten die Vereinigten Staaten mit 28.615, China, hauptsächlich Shanghai, mit 18.124 und Palästina mit 9.195. Auf dem europäischen Kontinent führt Italien mit der Aufnahme von 4.460 österreichischen Juden, dann kam Belgien mit 4.270, die Schweiz mit 2.265, Polen mit 2.260, Jugoslawien mit 1.644, Frankreich mit 1.615, Holland mit 1.151 und Ungarn mit 915.“ Von Anfang an jedoch standen die Regierungen und die verantwortlichen Politiker der Integration dieser Flüchtlinge negativ gegenüber, wie ein Ausspruch von Dr. Karl Renner aus den Jahre 1946 verdeutlicht:

*Ich glaube nicht, dass Österreich in seiner jetzigen Stimmung noch einmal erlauben würde, diesen Familienmonopolen aufzusteigen. Sicherlich würden wir es nicht zulassen, dass eine neue jüdische Gemeinde aus Osteuropa hierherkäme und sich etablierte, während unsere eigenen Leute ohne Arbeit sind.*⁵¹⁵

⁵¹¹ Weinzierl, Erika: Zu wenig Gerechte. Wien 1969. S. 54-55.

⁵¹² Vgl. Feingold, L. Henry 1993: Bermuda-Konferenz. In: Jäckel, Eberhard/ Longerich, Peter (Hg.) Enzyklopädie des Holocaust. Band III. Berlin 1993. S. 1493.

⁵¹³ Vgl. Ebd. S. 1493.

⁵¹⁴ Vgl. Heiss, Gernot/ Rathkolb, Oliver (Hg.): Asylland wider Willen. Flüchtlinge in Österreich im europäischen Kontext 1914. Dachs Verlag, Wien 1995. S. 122.

⁵¹⁵ Vgl. Ebd. S. 126.

„Antisemitismus in Österreich war nach Kriegsende zwar als Teil einer politischen Ideologie diskreditiert und tabuisiert, überlebte aber als privates, jedoch politisch relativ leicht zu aktivierendes Vorurteil.“⁵¹⁶

10.2 Die Errichtung einer provisorischen Staatsregierung

Mit der Besetzung Österreichs ging die Vorherrschaft des nationalsozialistischen Reichs zu Ende. Die Staatsmänner der Sozialistischen, der Christlichsozialen sowie der Kommunistischen Partei verfassten am 27. April eine Proklamation der Unabhängigkeit Österreichs, in welcher die demokratische Republik wiederhergestellt werden sollte und im Geiste der Verfassung von 1920 einzurichten sei.⁵¹⁷ Am 1. November 1943, zu einem Zeitpunkt, als der Zusammenbruch der deutschen Vorherrschaft dank des Eingriffs der Alliierten offenkundig war, veröffentlichten die USA, Großbritannien und die Sowjetunion als Teilergebnis einer Konferenz in Moskau die sogenannte „Moskauer Deklaration“ über Österreich.⁵¹⁸

Anders als Deutschland hatte Österreich zwei Diktaturen erlebt. Wenngleich das Dollfuß-Schuschnigg-Regime nicht mit dem nationalsozialistischen Terrorregime zu vergleichen war, fürchteten Planungsexperten in den Vereinigten Staaten, dass die Etablierung eines demokratischen Systems in Österreich nach der Zerschlagung des Nationalsozialismus schwieriger sein könnte wie in Deutschland, da sich in der Zwischenkriegszeit das sozialdemokratische und das christlichsoziale Lager mit steigender Intensität bekämpft hatten und die Regierungsdiktatur Dollfuß nicht gänzlich vergessen war.⁵¹⁹ Nach der „Moskauer Deklaration“ vom Oktober 1943 galt Österreich zwar als erstes Opfer der Angriffspolitik von Hitler-Deutschland, trug allerdings gleichzeitig eine Verantwortung für seine Teilnahme am Krieg, die sich nicht leugnen ließ.⁵²⁰

⁵¹⁶ Heiss, Gernot/ Rathkolb, Oliver (Hg.): Asylland wider Willen. Flüchtlinge in Österreich im europäischen Kontext 1914. Dachs Verlag, Wien 1995. S. 127.

⁵¹⁷ Vgl. Luza, Radomir: Österreich und die großdeutsche Idee in der NS-Zeit. Graz 1977. S. 218.

⁵¹⁸ Vgl. Eppel, Peter 1988: Österreicher im Exil 1938-1945. In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Wien 1988. S. 561.

⁵¹⁹ Vgl. Rathkolb, Olliver 2012: US-Nachkriegsplanungen für eine Umfassende Entfaschisierung. In: Rothländer, Christiane/ Schölnberger, Pia (Hg.): Österreich 1933-1938. Interdisziplinäre Annäherungen an das Dollfuß-Schuschnigg Regime. Böhlau Verlag, Wien 2012. S. 273.

⁵²⁰ Vgl. Knight, Robert (Hg.): Ich bin dafür die Sache in die Länge zu ziehen. Frankfurt am Main 1988. S. 25.

Der Niedergang des Dritten Reichs, der Wiederaufbau des sozialen Verwaltungsapparates sowie die Anwesenheit der Armeen von Großbritannien, den Vereinigten Staaten, Frankreichs und der Sowjetunion in ihren jeweiligen Besetzungszonen bewirkten in den ersten Monaten nach Kriegsende ein staatliches Vakuum.⁵²¹ Durch diese Besetzung der Republik und ihre Teilung in vier Besetzungszonen, die chaotische Umstände im Land hervorbrachte, wurde unterdessen wiederum ein Österreichbewusstsein gefördert, das sich langsam für einen politischen Fortbestand des Landes stark machte.⁵²² Viele Exilösterreicherinnen und Exilösterreicher empfanden die „Moskauer Deklaration“ als Ermutigung zur verstärkten Anstrengung im Sinne des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus.⁵²³

Der Zweck des Abkommens von Moskau lag in dem Ziel, Österreich von nationalsozialistischen Einflüssen zu säubern und zu einem positiven Demokratieverständnis zu führen. Die Errichtung einer provisorischen Staatsregierung unter der Leitung des alten Sozialdemokraten Dr. Karl Renner durch die Rote Armee im April 1945 ohne vorherige Absprache mit den Westmächten bedeutete daher nicht nur einen ersten Schritt zur Wiederherstellung der politischen Souveränität, sondern auch die Beendigung eines Machtvakuum.⁵²⁴ Allgemein ließ sich jedoch eine Erleichterung über das Ende des Krieges verzeichnen, wobei es natürlich genügend Nationalsozialisten in Österreich und Deutschland gab, die über die Niederlage zutiefst enttäuscht waren, in dem Wissen, dass ihre Vorstellung von Großdeutschland für immer zerstört war.⁵²⁵ Außer der menschlichen Tragödie schrecklichen Ausmaßes durch die „Shoa“ und der immensen Schuld, die Deutsche und Österreicher dabei auf sich geladen hatten, ist auch der gewaltige kulturelle Verlust durch diese Politik zu beklagen.⁵²⁶ Die österreichischen Verluste stellten ein entsetzliches Erbe der Vereinigung mit Hitler-Deutschland dar, ein Ergebnis der Doppelrolle, welche die österreichischen Bevölkerung gespielt hatte, die für die nationalsozialistische Sache große Opfer gebracht hatte oder dazu gezwungen worden war, nur um festzustellen, dass die große Idee der nationalen Vereinigung ein Werkzeug ihrer Unterdrückung geworden war.⁵²⁷

⁵²¹ Vgl. Luza, Radomir: Österreich und die großdeutsche Idee in der NS-Zeit. Graz 1977. S. 219.

⁵²² Vgl. Ebd. S. 219.

⁵²³ Vgl. Eppel, Peter 1988: Österreicher im Exil 1938-1945. In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Wien 1988. S. 561.

⁵²⁴ Vgl. Knight, Robert (Hg.): Ich bin dafür die Sache in die Länge zu ziehen. Frankfurt am Main 1988. S. 25-26.

⁵²⁵ Vgl. Luza, Radomir: Österreich und die großdeutsche Idee in der NS-Zeit. Graz 1977. S. 219.

⁵²⁶ Vgl. Vocelka, Karl: Geschichte Österreichs. München 2006. S. 314.

⁵²⁷ Vgl. Luza, Radomir: Österreich und die großdeutsche Idee in der NS-Zeit. Graz 1977. S. 220.

Viele sahen in der Gestalt Hitlers ein Symbol der Freiheit und spiegelten sich gerne in dessen Größe und gefielen sich in seiner Selbstherrlichkeit und Überschätzung, ohne dabei zu bemerken, dass dessen mangelnder Sinn an Realität, gepaart mit psychologischem Unvermögen und krankhaftem Denken den Weg zum Verlust der Menschlichkeit ebnete.⁵²⁸ „Die ab Mai 1945 eingeleitete westliche Entnazifizierungspolitik wurde in der Praxis weitgehend auf Personal-Säuberungen und Entlassungen anhand formaler Kriterien wie NSDAP-Mitgliedschaft und Rang reduziert.“⁵²⁹

Ohne Heranziehung von österreichischen Kräften war eine unbürokratische Säuberung jedoch nicht durchführbar. Außerdem war auch „ohne dem Kalten Krieg eine Politik, die einerseits auf eine radikale Umsetzung von Werten setze, aber andererseits nicht bereit war, daraus die dafür erforderlichen politischen und gesellschaftlichen Konsequenzen zu ziehen, wohl zum Scheitern verurteilt.“⁵³⁰ Im Rahmen des internationalen Abkommens über die Bestrafung der nationalsozialistischen Delinquenten und der Entnazifizierung erließen die österreichischen Behörden schließlich eine Reihe von strengen Verordnungen und ordneten diszipliniäre Maßnahmen gegen ehemalige Angehörige der NSDAP an.⁵³¹ Im Laufe der ersten Monate nach 1945 wurden aufgrund dieser Maßnahmen bis zu etwa 20.000 Verhaftungen vorgenommen, und es kam zu über tausend Entlassungen.⁵³²

Die NSDAP wurde verboten, und ihre Mitglieder mussten sich registrieren lassen. Am 11. September 1946 wurden 536.660 Nationalsozialisten registriert, und das Verbotsgesetz sah die automatische Entlassung illegaler Nazis aus dem Staatsdienst vor.⁵³³ „Ehemaligen NSDAP-Mitgliedern war es nicht erlaubt, bei den ersten Wahlen am 25. November 1945 ihre Stimmen abzugeben oder zu kandidieren.“⁵³⁴

⁵²⁸ Vgl. Dietrich, Otto: 12 Jahre mit Hitler. Isar Verlag, München 1955. S. 279.

⁵²⁹ Knight, Robert (Hg.): Ich bin dafür die Sache in die Länge zu ziehen. Frankfurt am Main 1988. S. 27.

⁵³⁰ Vgl. Ebd. S. 27-28.

⁵³¹ Vgl. Luza, Radomir: Österreich und die großdeutsche Idee in der NS-Zeit. Graz 1977. S. 220.

⁵³² Vgl. Knight, Robert (Hg.): Ich bin dafür die Sache in die Länge zu ziehen. Frankfurt am Main 1988. S. 27.

⁵³³ Vgl. Luza, Radomir: Österreich und die großdeutsche Idee in der NS-Zeit. Graz 1977. S. 220.

⁵³⁴ Ebd. S. 220.

11. Entschädigung und Mittäterschaft

„In der durch den Fall Waldheim ausgelösten Diskussion und Auseinandersetzung steht die Frage nach dem österreichischen Anteil am Nationalsozialismus und dessen Verbrechen, die sogenannte „Mittäterschaft“ der Österreicherinnen und Österreicher, im Mittelpunkt.“⁵³⁵ 1947 setzte die jugoslawische Regierung Waldheim auf die Kriegsverbrecherliste der Vereinten Nationen, wobei jedoch keine weiteren Schritte gegen ihn unternommen wurden. 1945 trat er in den diplomatischen Dienst der neuen österreichischen Republik, nachdem er aus dem Kriegsgefangenenlager entlassen worden war. Am 6. August 1986 wurde Waldheim zum österreichischen Präsidenten gewählt.⁵³⁶

Im Zuge dieses Falles wurde auch der Stellenwert des österreichischen Widerstandes zur Diskussion gestellt.⁵³⁷ Im April 1987 setzte das Justizministerium der Vereinigten Staaten Waldheim auf die Überwachungsliste und jene Affäre, die seine politische Isolierung zur Folge hatte, führte auch mit sich, dass in Österreich erstmals eine konkrete Beteiligung an den Verbrechen der Nationalsozialisten seitens des eigenen Landes debattiert wurden.⁵³⁸ Es gibt Staaten und Nationen, die ihr Selbstbewusstsein im nationalen und antifaschistischen Befreiungskampf gegen die Aggressoren Italien, Deutschland oder Japan entwickeln konnten, wozu Österreich nicht gehört, da es sich nicht aus eigenen Kräften vom Nationalsozialismus befreien hat können.⁵³⁹ „Es ist als selbstständiger Staat wiedererstanden, aber sein eigener Beitrag zu seiner Befreiung ist bei aller Anstrengungen der österreichischen Patrioten im Untergrund und im Exil im Vergleich zu anderen Ländern im Großen und Ganzen bescheiden geblieben.“⁵⁴⁰ „In einer für die betroffenen- Widerstandskämpfer und Opfer des Nationalsozialismus - oft schmerzlichen Weise wurden Stimmen meist engagierter jüngerer Antifaschisten laut, die den österreichischen Widerstand gegen das NS-Regime vor allem gegenüber der österreichischen Mittäterschaft abwerteten und seinen Alibi und

⁵³⁵ Neugebauer, Wolfgang 1988: Das NS-Terror System. In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Wien 1988. S. 163.

⁵³⁶ Vgl. Wallach, L. Jehuda 1993: Waldheim-Affäre. In: Jäckel, Eberhard/ Longerich, Peter (Hg.) Enzyklopädie des Holocaust. Band III. Berlin 1993. S. 1513.

⁵³⁷ Vgl. Neugebauer, Wolfgang 1988: Widerstand und Opposition. In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Wien 1988. S. 537.

⁵³⁸ Vgl. Wallach, L. Jehuda 1993: Waldheim-Affäre. In: Jäckel, Eberhard/ Longerich, Peter (Hg.) Enzyklopädie des Holocaust. Band III. Berlin 1993. S. 1513.

⁵³⁹ Vgl. Matt, Siegfried/ Stuhlpfarrer, Karl 1988: Abwehr und Inszenierung im Labyrinth der Zweiten Republik. In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Wien 1988. S. 601.

⁵⁴⁰ Ebd. S. 601.

Legitimationscharakter hervorhoben.“⁵⁴¹ Sowohl die sowjetische Haltung in der „European Advisory Commission“, die auf der Moskauer Außenministerkonferenz beschlossen wurde und von 1943 bis August 1945 über die alliierten Kapitulationsbedingungen beraten sollte, als die Praxis der sowjetischen Demontagepolitik nach dem Eintreffen der Roten Armee in Österreich bringen zum Ausdruck, in welchem Maße das Land bei Kriegsende als Teil des besiegten Großdeutschen Reichs angesehen wurde.⁵⁴²

Ende 1945 hielten sich noch 200.000 Russen, 65.000 Briten, 47.000 Amerikaner und 40.000 Franzosen in Österreich auf, was für die heimische Bevölkerung eine enorme Belastung darstellte.⁵⁴³ „Österreich war in vier Besatzungszonen aufgeteilt. Tirol und Vorarlberg waren französische, Osttirol, Kärnten und Steiermark britische, Salzburg und Oberösterreich südlich der Donau amerikanische und der Rest von Oberösterreich nördlich der Donau, Niederösterreich und Burgenland russische Zone.“⁵⁴⁴ Am 27. April wurde schließlich die Zweite österreichische Republik ins Leben gerufen, und in der von Adolf Schärp (SPÖ), Johann Koplenig (KPÖ), Leopold Kunschak (ÖVP) und Staatskanzler Karl Renner unterzeichneten Unabhängigkeitserklärung wurde der „aufgezwungene Anschluss“ von 1938 für null und nichtig erklärt.⁵⁴⁵ Die nach 15 Jahren erstmals freien Wahlen am 25. November 1945 fanden unter schwierigen Bedingungen statt, da sich viele Wahlberechtigten noch als Kriegsgefangene außer Landes befanden und die registrierten Nationalsozialisten nicht wählen durften.⁵⁴⁶

Die absolute Mehrheit mit 85 Mandaten erhielt, trotz der austrofaschistischen Aufbüdung ihrer Vorgängerpartei, die ÖVP. Nicht nur im Bereich der Wirtschaft beseitigte man im Zuge des Wiederaufbaus die Spuren der Kriegszeit, sondern auch in politischer Hinsicht versuchte man bald zum Alltag zurückzukehren.⁵⁴⁷ „Die Formulierung der Alliierten, Österreich sei ein Opfer des Nationalsozialismus, wurde nur zu gerne aufgenommen und als Ideologie der Nachkriegszeit ausgebaut.“⁵⁴⁸

⁵⁴¹ Neugebauer, Wolfgang 1988: Widerstand und Opposition. In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Wien 1988. S. 537.

⁵⁴² Knight, Robert (Hg.): Ich bin dafür die Sache in die Länge zu ziehen. Frankfurt am Main 1988. S. 31.

⁵⁴³ Vgl. Vocolka, Karl: Geschichte Österreichs. München 2006. S. 318.

⁵⁴⁴ Ebd. S. 318.

⁵⁴⁵ Vgl. Knight, Robert (Hg.): Ich bin dafür die Sache in die Länge zu ziehen. Frankfurt am Main 1988. S. 73.

⁵⁴⁶ Vgl. Vocolka, Karl: Geschichte Österreichs. München 2006. S. 319.

⁵⁴⁷ Vgl. Ebd. S. 319.

⁵⁴⁸ Ebd. S. 319.

Die politischen Repräsentanten Österreichs waren gut beraten, den Nationalsozialismus als exogenen Faktor darzustellen, und je mehr Gewicht die „Opfer“-Rolle Österreichs erzielen konnte, wie sie bereits in der „Moskauer Deklaration“ angesprochen war, umso rascher musste es zur Wiedererlangung der Souveränität kommen.⁵⁴⁹ Der österreichische Staatsvertrag, der am 15. Mai 1955 unterzeichnet wurde und in der gesamten europäischen Politik der damaligen Zeit eine Besonderheit darstellte, ist gemeinsam mit der Neutralitätserklärung ein Stück praktischer Vergangenheitsbewältigung, die ebenso wie die Erinnerung an die Vergangenheit nicht ganz allein und nicht ganz freiwillig geleistet wurde. „Wohl ist der österreichischen Verhandlungskunst oder der alliierten Gleichgültigkeit zu verdanken, dass die Mitschuld Klausel aus der Präambel des Vertrages im letzten Augenblick getilgt wurde, aber diese Präambel verschweigt nicht Österreichs Teilnahme am Krieg als integrierender Teil Deutschlands nach seiner Annexion.“⁵⁵⁰

11.1 Die Täterrolle Österreichs – Ein rein ökonomisches Motiv?

Die nationalsozialistische Judenpolitik fand besonders in Wien eine sehr breite Unterstützung, und deren Umsetzung konnte sich deshalb realisieren, da man bereits auf eine tief verwurzelte Tradition der Judenfeindlichkeit aufbauen konnte.⁵⁵¹ Als Gründe dafür mögen sozialpsychologische Eigenheiten der Österreicher und der Katholizismus angeführt werden, wobei die sozialökonomischen Faktoren hierbei eine größere Rolle spielten.⁵⁵² „In Wien konnte das nationalsozialistische Regime an die politische Tradition des Volksantisemitismus anknüpfen, jenes virulenten, ökonomisch, kulturell und religiös begründeten Antisemitismus der Monarchie, der Ersten Republik und der austrofaschistischen Diktatur.“⁵⁵³ In einem weitgehend katholisch geprägten Land wie Österreich wurde eine christlich-traditionelle, quasitheologische Rechtfertigung für Judenfeindschaft wirksam in der Behauptung, das Judentum trage die kollektive Schuld am Tod Jesu Christi.⁵⁵⁴

⁵⁴⁹ Vgl. Matt, Siegfried/ Stuhlpfarrer, Karl 1988: Abwehr und Inszenierung im Labyrinth der Zweiten Republik. In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Wien 1988. S. 620.

⁵⁵⁰ Ebd. S. 620.

⁵⁵¹ Vgl. Botz, Gerhard 1990: Die Ausgliederung der Juden aus der Gesellschaft. In: Botz, Gerhard/ Oxaal, Ivar (Hg.): Eine zerstörte Kultur. Rottenburg 1990. S. 310.

⁵⁵² Vgl. Botz, Gerhard: Wohnungspolitik und Judendeportation in Wien 1938-1945. Wien 1975. S. 123.

⁵⁵³ Witek, Hans 1988: Aspekte nationalsozialistischer Enteignungspolitik 1938-1940. In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Wien 1988. S. 200-201.

⁵⁵⁴ Vgl. Staudinger, Anton 1990: Katholischer Antisemitismus in der ersten Republik. In: Botz, Gerhard/ Oxaal, Ivar (Hg.): Eine zerstörte Kultur. Rottenburg 1990. S. 249.

„Diejenigen Schichten, die in allen europäischen Ländern für den Antisemitismus am anfälligsten waren, verharrten am ehesten in einer traditionsgeformten Geisteswelt, in der religiös gefärbte, von einem statischen Gesellschaftsbild geprägte Gedankengänge, wenn auch nicht mehr der religiöse Glaube selbst das Bild der äußeren Welt beeinflussten.“⁵⁵⁵ Der „Jude“ des überzeugten Antisemiten war ein Sündenbock, dem Vorurteile, Hassgefühle und Ängste aufgeladen wurden, die wiederum im Antisemiten selbst ihren Ursprung finden.⁵⁵⁶ Die verschiedenen Schichten des Mittelstandes in Europa, zu denen Kleineigentümerinnen und Eigentümer in Gewerbe-Landwirtschaft und Handel gehörten, waren besonders anfällig für den Antisemitismus. Sie richteten ihren Groll nicht gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem, sondern gegen das aufstrebende Judentum.⁵⁵⁷

Der österreichische Antisemitismus als Massenbewegung bekam seinen Ansporn durch die Wirtschaftskrise der späten siebziger und frühen achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts, und die Unzufriedenheit der Gewerbetreibenden erhielt 1880 ihren ersten organisatorischen Ausdruck in der Gründung der „Gesellschaft zum Schutz des Handwerks.“⁵⁵⁸ Einen Höhepunkt der Entwicklung des radikalen Antisemitismus stellte das sogenannte „Waidhofener Prinzip“ dar, welches den Angehörigen nationaler Korporationen die Austragung von Duellen gegen Juden untersagte und damit einen Schritt zur gesellschaftlichen Isolierung des Judentums markierte, denen unter diesem Gesichtspunkt ihre Satisfaktionsfähigkeit genommen wurde.⁵⁵⁹ Auch die Judenverfolgungen des Mittelalters und der Neuzeit waren wesentlich von ökonomisch-sozialen und politischen Interessen geprägt.⁵⁶⁰ Für die aus der fortschreitenden Zentralisierung des Kapitals entstanden wirtschaftlichen Schwierigkeiten der vorwiegend mittelständischen Bevölkerungsschichten wurden hauptsächlich die jüdischen Bevölkerungsteile verantwortlich gemacht, weil sie „infolge des vom Liberalismus ermöglichten Emanzipationsprozesses und wegen dem Vorsprung ihrer Entwicklung zur kapitalistischen Gesellschaft nun vielfach wichtige Positionen im Wirtschaftsgefüge einzunehmen begonnen hatten.“⁵⁶¹

⁵⁵⁵ Pulzer, Peter 1990: Spezifische Momente und Spielarten des österreichischen und des Wiener Antisemitismus. In: Botz, Gerhard/ Oxaal, Ivar (Hg.): Eine zerstörte Kultur. Rottenburg 1990. S. 125.

⁵⁵⁶ Vgl. Ivar, Oxaal 1990: Die Juden in Wien des jungen Hitler. In: Botz, Gerhard/ Oxaal, Ivar (Hg.): Eine zerstörte Kultur. Rottenburg 1990. S. 55.

⁵⁵⁷ Vgl. Botz, Gerhard: Wohnungspolitik und Judendeportation in Wien 1938-1945. Wien 1975. S. 9.

⁵⁵⁸ Vgl. Pulzer, Peter 1990: Spezifische Momente und Spielarten des österreichischen und des Wiener Antisemitismus. In: Botz, Gerhard/ Oxaal, Ivar (Hg.): Eine zerstörte Kultur. Rottenburg 1990. S. 128.

⁵⁵⁹ Vgl. Ebd. S. 150.

⁵⁶⁰ Vgl. Staudinger, Anton 1990: Katholischer Antisemitismus in der ersten Republik. In: Botz, Gerhard/ Oxaal, Ivar (Hg.): Eine zerstörte Kultur. Rottenburg 1990. S. 249.

⁵⁶¹ Ebd. S. 250.

Das „ökonomische Wettbewerbsmodell des Antisemitismus“⁵⁶² schuf den Nährboden und die Voraussetzung für Fremdenfeindlichkeit in der Ersten Republik Österreichs. Für die jüdische Gemeinde entwickelte sich innerhalb dieses politisch-angespannten Klimas eine Suche nach Authentizität und Identität, und es begann ein Rückzug auf sich selbst, der schließlich den allerletzten Zufluchtsort darstellte.⁵⁶³

Ein großer Teil der Österreicherinnen und Österreicher begrüßte die Tatsache, dass der Anschluss den Vertrag von St. Germain beseitigte und befürworteten den Ausweg aus den Beschränkungen eines kleinen, von Zollmauern umgebenen Staates.⁵⁶⁴ In Österreich wiederholte sich 1938, was in Deutschland bereits 1933 geschehen war, nämlich dass sich der nazistische Antikapitalismus auf die Ausplünderung der später auch physischen ausgerotteten Juden konzentrierte.⁵⁶⁵ „Die Judenpolitik in der „Ostmark“ war eine Wiener Thematik, deren Dynamik und besondere Ausprägung ihre politische Funktion als nationalsozialistische Sozial- und Wirtschaftspolitik bestimmte.“⁵⁶⁶ Der nazistische Siegestaumel hatte breite, weit über die NS-Sympathisanten hinausgehende Kreise der Bevölkerung erfasst. So wollten auch viele, die dem Nationalsozialismus ablehnend gegenüberstanden, erst abwarten, was das NS-Regime in der Praxis bewirken würde.⁵⁶⁷

Eine markante Tatsache innerhalb der nationalsozialistischen Machtergreifung in Wien stellen die pogromartigen Übergriffe und Ausschreitungen gegenüber der jüdischen Bevölkerung dar, welche vor allem von österreichischen Nationalsozialisten durchgeführt und getragen wurden.⁵⁶⁸ „Die Ausbrüche eines tiefsitzenden Antisemitismus wurden zunächst von den neuen Machthabern geschürt, galten sie doch als Ventil für umstürzlerische Neigungen der eigenen Basis und als wirksames Mittel zur Einschüchterung der nicht für den Anschluss Begeisterten.“⁵⁶⁹

⁵⁶² Ivar, Oxaal 1990: Die Juden in Wien des jungen Hitler. In: Botz, Gerhard/ Oxaal, Ivar (Hg.): Eine zerstörte Kultur. Rottenburg 1990. S. 57.

⁵⁶³ Vgl. Ebd. S. 90.

⁵⁶⁴ Vgl. Luza, Radomir: Österreich und die großdeutsche Idee in der NS-Zeit. Graz 1977. S. 55.

⁵⁶⁵ Vgl. Botz, Gerhard: Wohnungspolitik und Judendeportation in Wien 1938-1945. Wien 1975. S. 11.

⁵⁶⁶ Seliger, Maren 1988: NS-Herrschaft in Wien und Niederösterreich. In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Wien 1988. S. 397.

⁵⁶⁷ Vgl. Neugebauer, Wolfgang 1988: Widerstand und Opposition. In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Wien 1988. S. 538.

⁵⁶⁸ Vgl. Seliger, Maren 1988: NS-Herrschaft in Wien und Niederösterreich. In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Wien 1988. S. 399.

⁵⁶⁹ Ebd. S. 399.

Viele Zustände im Deutschen Reich übten eine gewisse Attraktivität auf die österreichische Bevölkerung aus, welche im Angesicht der Beschäftigungs- bzw. Konjunkturprobleme auch verständlich erscheint. „Während in Deutschland die staatliche Wirtschaftspolitik die privaten Investitionen stimulierte, verpufften in Österreich die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, ohne eine nachhaltige Belegung der Investitionen hervorzurufen, denn in Österreich waren die Notstandsarbeiten im Allgemeinen nur nach dem Kriterium der möglichst kurzfristigen Effektivität ausgewählt.“⁵⁷⁰ Das Ansteigen der Arbeitslosigkeit und der damit verbundene Antisemitismus verhalfen auch der österreichischen NSDAP zu einer stetig wachsenden Popularität und damit einhergehend auch dem politischen Antisemitismus.⁵⁷¹ Der österreichische Antisemitismus wurde relativ früh als politisches Kampfinstrument benutzt. „Vertraten die Christlichsozialen und Katholisch-Konservativen einen religiös und ökonomisch verbrämten Judenhass mit dem Ziel der Ausschaltung der jüdischen Konkurrenz, so verlangten die Deutschnationalen aus rassistischen Gründen die Scheidung der Deutschen von den Juden.“⁵⁷² „Antisemitische Agitation und die Verbreitung antisemitischen Gedankenguts in Österreich waren das Werk der politischen Rechten, ob jetzt christlich-konservativ oder radikal völkisch.“⁵⁷³

Trotz ihrer ambivalenten Haltung war die österreichische Sozialdemokratie jedoch keine NS-Bewegung. In vielen Beziehungen war sie ein „Mikrokosmos der Bevölkerung der Monarchie, und die Nationalitäten- und Klassengegensätze der damaligen Gesellschaft spiegeln sich in der eigenen Mitgliedschaft und Gefolgschaft wider.“⁵⁷⁴ Die über Jahrzehnte aufgestaute Judenfeindlichkeit kam nach dem Anschluss und während der Novemberpogrome, an denen sich viele antisemitisch gesinnte Österreicherinnen und Österreicher beteiligten, zum Ausdruck.⁵⁷⁵ Die große Bedeutung sozialökonomischer Faktoren könnte aufgrund des im Vergleich zum „Altreich“ niedrigeren Lebensstandards auch die Vorreiterrolle Wiens in der Judenpolitik erklären.

⁵⁷⁰ Kernbauer, Hans/ Weber, Fritz 1988: Österreichs Wirtschaft 1938-1945. In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Wien 1988. S. 50.

⁵⁷¹ Vgl. Pauley, F. Bruce 1990: Politischer Antisemitismus im Wien in der Zwischenkriegszeit. In: Botz, Gerhard/ Oxaal, Ivar (Hg.): Eine zerstörte Kultur. Rottenburg 1990. S. 239.

⁵⁷² Moser, Jonny 1988: Österreichs Juden unter der NS-Herrschaft. In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Wien 1988. S. 185.

⁵⁷³ Pulzer, Peter 1990: Spezifische Momente und Spielarten des österreichischen und des Wiener Antisemitismus. In: Botz, Gerhard/ Oxaal, Ivar (Hg.): Eine zerstörte Kultur. Rottenburg 1990. S. 131.

⁵⁷⁴ Ebd. S. 131.

⁵⁷⁵ Vgl. Ebd. S. 186.

Die jüdische Gemeinde stellte nicht nur die Rolle des Sündenbocks, sondern auch jene eines Ausbeutungsobjekts dar, das sozial- und wirtschaftspolitische Ersatzfunktionen leisten konnte, und der hohe Anteil der jüdischen Bevölkerung in Wien eröffnete für die nationalsozialistische Politik hierfür die „passenden“ Voraussetzungen.⁵⁷⁶ Der Nationalsozialismus hat jedoch kaum eine seiner sozialpolitischen Versprechungen gehalten, außer einer kurzfristigen Beseitigung der Arbeitslosigkeit, die mit der militärischen Aufrüstung einherging.⁵⁷⁷

Zwar brachte die Einbeziehung Österreichs in den höher entwickelten deutschen Wirtschaftsraum neben gravierenden Nachteilen für die österreichische Bevölkerung auch manche kurzfristigen Verbesserungen der ökonomischen Lage, doch in Anbetracht von Stagnation am lohnpolitischen Sektor, der Steigerung des Arbeitstempos, der Beseitigung der gewerkschaftlichen und politischen Rechte, der Verschlechterung der Versorgungslage sowie der Demolierung des Arbeitsrechts und einer Erhöhung der Lebenserhaltungskosten etc. war die Gesamtbilanz schon vor dem Kriegsbeginn äußerst negativ.⁵⁷⁸ „Zu den bedeutendsten Veränderungen nach der Angliederung an das Deutsche Reich, die einen nachhaltigen Einfluss auf die Wirtschaftsentwicklung der Zweiten Republik haben sollten, gehörten die Verschiebungen der Eigentumsstruktur in der österreichischen Wirtschaft, die infolge der „Germanisierung“ entstanden.“⁵⁷⁹ Auch das regionale Bewusstsein ist in den sieben Jahren der Annexion unbewusst gefördert worden, denn die radikal durchgeführte Eingliederungspolitik der Nationalsozialisten, die unter anderem einen Verlust der österreichischen Identität bewirken sollte, förderte letztlich das genaue Gegenteil, nämlich das Entstehen eines neuen, erstarkten Österreichempfindens.⁵⁸⁰ Um dem Land jedwedes Zusammengehörigkeitsgefühl zu nehmen, wurde der Name Österreich, der über tausend Jahre bestand, verboten und wie bereits erwähnt, als „Ostmark“ bezeichnet und später in Donau- und Alpengaue umformuliert.⁵⁸¹ Die Öffentlichkeit nahm allerdings Anstoß an diesem Verschwinden, und aus dem fehlenden Verständnis für die Individualität der österreichischen Empfindungen seitens des NS-Regimes ging letztlich ein neues Österreichbewusstsein hervor.⁵⁸²

⁵⁷⁶ Vgl. Seliger, Maren 1988: NS-Herrschaft in Wien und Niederösterreich. In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Wien 1988. S. 402.

⁵⁷⁷ Vgl. Botz, Gerhard: Wohnungspolitik und Judendeportation in Wien 1938-1945. Wien 1975. S. 12.

⁵⁷⁸ Vgl. Ebd. S. 117-118.

⁵⁷⁹ Kernbauer, Hans/ Weber, Fritz 1988: Österreichs Wirtschaft 1938-1945. In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Wien 1988. S. 63.

⁵⁸⁰ Vgl. Seliger, Maren 1988: NS-Herrschaft in Wien und Niederösterreich. In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Wien 1988. S. 408.

⁵⁸¹ Vgl. Romanik, Felix: Der Leidensweg der österreichischen Wirtschaft 1933-1945. Wien 1957. S. 79.

⁵⁸² Vgl. Luza, Radomir: Österreich und die großdeutsche Idee in der NS-Zeit. Graz 1977. S. 111.

Die in einem modernen Krieg unvermeidliche Vergrößerung des Wirtschaftspotentials bewirkte zudem, dass das „befreite“ Österreich seine Industrie auf erweiterter Basis wieder aufbauen konnte.⁵⁸³ In einem politisch-sozialpsychologischen und bürokratisch-rationalisierenden Prozess, der das Bild des Judentums stufenweise entmenslichte und noch vorhandene Solidaritätsgefühle der nichtjüdischen Bevölkerung mit den Juden zunichtemachte, offenbarte sich Stück für Stück der Weg zur „Endlösung“.⁵⁸⁴ Der österreichische Anteil an dessen Mitwirkung war kein Geringer.⁵⁸⁵

Vor allem in Wien scheint der Antisemitismus nicht nur zweckrational zur Befriedigung von Bedürfnissen gedient zu haben, sondern Großteils gebilligt und bejaht worden zu sein, wobei sich allerdings keine eindeutigen soziologischen Rückschlüsse auf die Einstellung bestimmter Bevölkerungsgruppen ziehen lassen.⁵⁸⁶ Fest steht jedoch, dass die österreichischen Nationalsozialisten ein radikal schnelles Tempo zur Verfolgung ihrer Ziele angewendet und eine gewichtige Rolle innerhalb der jüdischen Tragödie gespielt haben, und da eine relativ große Zahl von Österreichern ins Generalgouvernement kommandiert wurde, nahmen sie auch an der physischen Liquidierung der Juden Teil.⁵⁸⁷ Namen wie Eichmann, Globocnik und Kaltenbrunner, die außerhalb Österreichs gerichtet wurden, stehen in diesem Zusammenhang besonders im Zentrum der Anklage.⁵⁸⁸ Der Antrieb für die Verfolgung und Vernichtung der österreichischen und Wiener Juden findet sich im ökonomischen Interesse der einheimischen Bevölkerung wieder, deren Triebkräfte zudem an Selbstverstärkungsprozesse gekoppelt waren.⁵⁸⁹ Das „ostmärkische Modell“ der Enteignungspolitik, die Zentralisierung der Enteignung und ihre verwaltungstechnischen Organisationen wurden in vielen Bereichen als Vorbild für reichsdeutsche Stellen genommen,⁵⁹⁰ und „der christlich traditionelle Juden Hass und der säkularisierte, völkische und nazistische Antisemitismus wurden schließlich zur sich

⁵⁸³ Vgl. Kernbauer, Hans/ Weber, Fritz 1988: Österreichs Wirtschaft 1938-1945. In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Wien 1988. S. 64.

⁵⁸⁴ Vgl. Botz, Gerhard 1990: Die Ausgliederung der Juden aus der Gesellschaft. In: Botz, Gerhard/ Oxaal, Ivar (Hg.): Eine zerstörte Kultur. Rottenburg 1990. S. 311.

⁵⁸⁵ Vgl. Weinzierl, Erika: Zu wenig Gerechte. Wien 1969. S. 91.

⁵⁸⁶ Vgl. Knight, Robert (Hg.): Ich bin dafür die Sache in die Länge zu ziehen. Frankfurt am Main 1988. S. 14-15.

⁵⁸⁷ Vgl. Luza, Radomir: Österreich und die großdeutsche Idee in der NS-Zeit. Graz 1977. S. 146.

⁵⁸⁸ Vgl. Weinzierl, Erika: Zu wenig Gerechte. Wien 1969. S. 91.

⁵⁸⁹ Vgl. Botz, Gerhard 1990: Die Ausgliederung der Juden aus der Gesellschaft. In: Botz, Gerhard/ Oxaal, Ivar (Hg.): Eine zerstörte Kultur. Rottenburg 1990. S. 309.

⁵⁹⁰ Vgl. Witek, Hans 1988: Aspekte nationalsozialistischer Enteignungspolitik 1938-1940. In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Wien 1988. S. 202.

selbst erfüllenden Prophezeiung.“⁵⁹¹ Noch unumstößlicher als die Tatsache einer beträchtlichen Zustimmung zu dem nationalsozialistischen Regime ist die passive oder widerstandlose Hinnahme seitens der österreichischen Bevölkerung.⁵⁹² Unumstritten ist des Weiteren „der auffällige Unterschied zwischen dem massiven Antisemitismus in Österreich vor und während der NS-Herrschaft und seinem latenten Fortbestand auch in der Nachkriegszeit und der ebenso massiven Ablehnung seiner damaligen Konsequenzen, schon gar einer Verantwortung dafür.“⁵⁹³ In der Diskussion über einen Antisemitismus in der Zweiten österreichischen Republik stehen sich im Großen und Ganzen zwei Interpretationsmöglichkeiten gegenüber. Zum einen eine Diskontinuitätsvermutung, welche die Zäsur des Kriegsendes auf der staatspolitischen Ebene meist ohne explizit empirische oder theoretische Begründung auf die ganze Gesellschaft überträgt, und zum anderen eine These, die eine Kontinuität behauptet, wobei die „Andersartigkeit“ des Antisemitismus nach dem Holocaust umstritten ist.⁵⁹⁴ „Von einem nachfaschistischen Antisemitismus im strengen Wortsinn kann vor allem in Deutschland und Österreich gesprochen werden.“⁵⁹⁵

11.2 Nachnationalsozialistischer Antisemitismus in Österreich

Der nachnationalsozialistische Antisemitismus ist im Sinne des aus Ungarn stammenden österreichischen Publizisten Paul Lendvai ein „Antisemitismus ohne Antisemiten“.⁵⁹⁶ „Dieser Begriff bezeichnet ein Massenvorurteil ohne Legitimation, ohne öffentliches Subjekt, ohne propagandistische Träger, ohne das Selbstbewusstsein und das Selbstverständnis einer Ideologie.“⁵⁹⁷ Darüber hinaus ist dieses Vorurteil durch kulturelle Verfestigung ins „kollektive Unbewusste abgesunken, und es wird häufig ohne Absicht und Bewusstsein im alltäglichen Sprachgebrauch reproduziert, hinter dem Rücken der Subjekte über Sprachzerstörung durch bewusste Individuen hindurch wirkend.“⁵⁹⁸ Ein Antisemitismus ohne Antisemiten definiert demnach jenen „paradoxen Zustand der Koexistenz von Vorurteilkristallisation und offizieller

⁵⁹¹ Botz, Gerhard 1990: Die Ausgliederung der Juden aus der Gesellschaft. In: Botz, Gerhard/ Oxaal, Ivar (Hg.): Eine zerstörte Kultur. Rottenburg 1990. S. 311.

⁵⁹² Vgl. Pelinka, Anton/ Reinalter, Helmut (Hg.): Antisemitismus in Österreich. Innsbruck 1983. S. 201.

⁵⁹³ Ebd. S. 201.

⁵⁹⁴ Vgl. Knight, Robert (Hg.): Ich bin dafür die Sache in die Länge zu ziehen. Frankfurt am Main 1988. S. 13.

⁵⁹⁵ Kreissler, Françoise 1990: Fluchtpunkt Schanghai. In: Botz, Gerhard/ Oxaal, Ivar (Hg.): Eine zerstörte Kultur. Rottenburg 1990. S. 328.

⁵⁹⁶ Marin, Bernd 1983: Ein historisch neuartiger Antisemitismus ohne Antisemiten? In: Pelinka, Anton/ Reinalter, Helmut (Hg.): Antisemitismus in Österreich. Innsbruck 1983. S. 177.

⁵⁹⁷ Ebd. S. 177.

⁵⁹⁸ Ebd. S. 177.

Vorurteilsrepression, in dem viele Österreicherinnen und Österreicher sich zu Vorurteilen, die sie ausdrücken wollen, gleichsam nicht mehr verstehen können.“⁵⁹⁹ In den Untergrund der Privatheit abgedrängt stellt der Antisemitismus jedoch kein privates Phänomen dar, sondern zeigt nach wie vor sein politisches „Potenzial“, obgleich er auch ohne festem Programm existiert.⁶⁰⁰ „Immer noch ermöglicht der Antisemitismus in Österreich den Angehörigen vor allem der herrschenden Sozialschichten, den in einer klassenkonstituierten Konkurrenz und Leistungsgesellschaft systematisch und notwendig erzeugten chronischen Enttäuschungsüberhang sowie die nur mühsam gebundenen, zum Teil frei flottierenden Potentiale an massiver Angst, Unsicherheit, Neid, Ressentiments und Aggression, Entfremdung und zwischenmenschlicher Destruktivität zu absorbieren.“⁶⁰¹

In der Nachkriegszeit lag in Österreich eine Situation vor, in der öffentlich weder eine Aufarbeitung des bestehenden Antisemitismus als Vorurteil, noch seine Aufrechterhaltung als politische Waffe und Ideologie mit der Restauration und Rekonstruktion einer bürgerlichen Gesellschaft vereinbar schien.⁶⁰² Es wurde versucht, die österreichische Beteiligung an den Verbrechen des NS-Regimes zu verharmlosen oder gar zu leugnen, und dieser Prozess führte dazu, dass die damaligen Opfer der Verfolgung durch den Versuch einer Tilgung aus dem österreichischen Geschichtsbewusstsein erneut Gefahr liefen, einer Vernichtung ausgesetzt zu werden.⁶⁰³ Wichtig in diesem Zusammenhang ist es, eine Kollektivverantwortung nicht von der Hand zu weisen und die gemeinsame Verantwortung für unsere österreichische NS-Vergangenheit anzuerkennen. Die Kluft zwischen Nationalsozialismus und Demokratie, die Österreich lange schon vor dem Anschluss an Hitler-Deutschland selbst aufgerissen hat, existiert auch heute noch. Im Wissen um diese Gefahr und um ihr Fortwirken sollte der im österreichischen Staatsvertrag festgelegte, in dem die Niederwerfung des deutschen Faschismus begründet ist, antifaschistische Auftrag zur Wiedergewinnung der Selbstständigkeit Österreichs zu einer zeitgenössischen Parabel erhoben werden, in deren Zentrum, nach wie vor, der österreichische Standpunkt einer humanen Politik steht.⁶⁰⁴

⁵⁹⁹ Marin, Bernd 1983: Ein historisch neuartiger Antisemitismus ohne Antisemiten? In: Pelinka, Anton/Reinalter, Helmut (Hg.): Antisemitismus in Österreich. Innsbruck 1983. S. 177.

⁶⁰⁰ Vgl. Kreissler, Françoise 1990: Fluchtpunkt Schanghai. In: Botz, Gerhard/ Oxaal, Ivar (Hg.): Eine zerstörte Kultur. Rottenburg 1990. S. 329.

⁶⁰¹ Ebd. S. 182.

⁶⁰² Vgl. Marin, Bernd 1983: Ein historisch neuartiger Antisemitismus ohne Antisemiten? In: Pelinka, Anton/Reinalter, Helmut (Hg.): Antisemitismus in Österreich. Innsbruck 1983. S. 183.

⁶⁰³ Vgl. Matt, Siegfried/ Stuhlpfarrer, Karl 1988: Abwehr und Inszenierung im Labyrinth der Zweiten Republik. In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Wien 1988. S. 622.

⁶⁰⁴ Vgl. Ebd. S. 623.

11.3 Zusammenfassung

Rückblickend wird man sich der Tatsache gewahr, dass der Antrieb für nationalsozialistische Ambitionen seitens der österreichischen Bevölkerung größtenteils durch persönliche Verlustängste und durch den Wunsch eines ökonomischen Aufschwungs, den man sich von der Angliederung an das Deutsche Reich erhoffte, geprägt ist. Wie im Kapitel sieben (Österreich im direkten Nahverhältnis zu Hitlerdeutschland) bereits angesprochen wurde, begrüßte die Mehrheit der österreichischen Bevölkerung nicht direkt den Nationalsozialismus und seine Politik. Vielleicht könnte man in diesem Zusammenhang von einem völkischen Opportunismus sprechen, dessen man sich, im Wunsch nach wirtschaftlichem Fortschritt und sozialen Aufstieg, schuldig gemacht hatte. Dennoch darf der NS-Terror in Österreich nicht als alleiniges Produkt der deutsch-nationalsozialistischen Fremdherrschaft gesehen werden, haben sich doch österreichische Nationalsozialisten wie Kaltenbrunner, Eichmann, Stangl, Brunner u.v.a. konkret und völlig bewusst an den Verbrechen des NS-Regimes beteiligt. Ebenso war die Vertreibung der jüdischen Bevölkerung aus ihren Wohnungen auf eine tatkräftigen Unterstützung der österreichischen Bevölkerung angewiesen, welche tragischer Weise auch geleistet wurde. Der Klerus legitimierte außerdem die Anschlussbestrebungen und verkündete das Ende des „bolschewistischen Terrors“ durch NS-Deutschland. Die nationalsozialistische Ideologie fand besonders in Wien deshalb eine breite Zusage, weil sie bereits auf vorherrschenden Traditionen einer katholischen Judenfeindlichkeit aufbauen konnte, und Hitler verstand es, sich dies zu Nutze zu machen. Die verbrecherische Dynamik, welche sich innerhalb der „Ostmark“ gegen die jüdische Gemeinde richtete, war jedoch eher von materiellen Beweggründen erfasst als von ideologischen Faktoren. „Waren schon Judenverfolgungen des Mittelalters und der Neuzeit wesentlich von ökonomisch-sozialen und politischen Interessen getragen, so lässt sich auch die Formulierung des katholischen Antisemitismus nicht allein aus konfessionellen Ressentiment erklären.“⁶⁰⁵ Eine große Anzahl der Österreicherinnen und Österreicher hielt die Juden für bedrohlich, überprivilegiert, fremdartig und der vollen staatsbürgerlichen Rechte nicht würdig. Unumstößlich, bei den Betrachtungen im Hinblick auf eine Mittäterschaft, bleibt, dass die österreichische Bevölkerung in großem Ausmaß mit Hitlerdeutschland kollaboriert hat und engagiert am NS-Regime in der „Ostmark“ beteiligt gewesen war.

⁶⁰⁵ Staudinger, Anton 1990: Katholischer Antisemitismus in der ersten Republik. In: Botz, Gerhard/ Oxaal, Ivar (Hg.): Eine zerstörte Kultur. Rottenburg 1990. S. 249.

Ebenso herrscht in der österreichischen Wissenschaft heute ein Konsens über die Befürwortung des Anschlusses im März 1938 an das Deutsche Reich sowie über die Mitverantwortung am nationalsozialistischen Terrorregime.⁶⁰⁶ Was fehlt, ist eine solche Übereinstimmung sowohl auf politischer wie auch gesellschaftlicher Ebene hinsichtlich des Charakters des Dollfuß-Schuschnigg-Regimes der Jahre 1933 bis 1938. Weitgehende politische und wissenschaftliche Einigkeit gibt es heute auch darüber, dass die Ausschaltung des Parlaments durch die Regierung Dollfuß im März 1933 als Verfassungsbruch zu interpretieren ist.⁶⁰⁷ Es gab einen Widerstand gegen den NS-Terror von Seiten des Dollfuß-Schuschnigg-Regimes, aber wie Emmerich Talos treffend formulierte, galt der „Widerstand nicht der Verteidigung eines selbstständigen und demokratischen Österreichs, sondern der Aufrechterhaltung einer Diktatur, die in Konkurrenz zum Nationalsozialismus stand.“⁶⁰⁸ Besonders in der Donaumetropole scheint der Antisemitismus, wie Gerhard Botz gezeigt hat, nicht nur zweckrational zur Befriedigung von persönlichen Interessen gedient zu haben, sondern aktiv und im Sinne einer nationalsozialistischen Politik umgesetzt worden zu sein, wobei die passive Variante der Mittäterschaft hierbei wohl die weitest verbreitete gewesen sein dürfte.

Trotz der Mithilfe vieler tausender Österreicherinnen und Österreicher gibt es jedoch keinen Beweis dafür, dass der Massenmord an den Juden seitens der österreichischen Bevölkerung beabsichtigt oder geplant war. Im Vordergrund der Beweggründe stand die Ausreise der jüdischen Gemeinde, gepaart mit der Aneignung deren Vermögens unter dem Mantel der vorherrschenden nationalsozialistischen Diktatur, in welche man sich Größtenteils widerstandslos eingegliedert hatte. In der Vorstellung der Gegenwart ist der Nazismus eine der bedeutendsten Metaphern für das Böse geworden. Sie existiert im Gedächtnis, in Literatur und Kunst, in vielfältigen Alltagsbezügen sowie in wissenschaftlichen Untersuchungen und hinterlässt, gerade im Hinblick auf das, was ungesagt bleibt, ein Gefühl von Unbehagen und Unzulänglichkeit.⁶⁰⁹ Das Thema Fremdenhass könnte angesichts der gegebenen Flüchtlingsströme aktueller nicht sein, und die Konfliktpunkte sind wie zu Zeiten des Nationalsozialismus in der „Ostmark“ auch im 21. Jahrhundert an individuellen Verlustängsten und persönlicher Insuffizienz festzumachen gegenwärtig kommt allerdings auch die Angst vor Überfremdung hinzu.

⁶⁰⁶ Vgl. Rothländer, Christiane/ Schölnberger, Pia (Hg.): Österreich 1933-1938. Interdisziplinäre Annäherungen an das Dollfuß-/Schuschnigg Regime. Wien 2012. S. 76.

⁶⁰⁷ Vgl. Ebd. S. 76.

⁶⁰⁸ Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Wien 1988. S. 372.

⁶⁰⁹ Vgl. Friedländer, Saul: Kitsch und Tod. Frankfurt am Main 1999. S. 118.

11.4 Literaturverzeichnis

- ❖ Benz, Wolfgang (Hg.): Die Juden in Deutschland 1933-1945. Das Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft. C.H. Beck Verlag, München 1993.
- ❖ Benz, Wolfgang: Die Protokolle der Weisen von Zion. Die Legende von der jüdischen Weltverschwörung. C.H. Beck Verlag, München 2007.
- ❖ Botz, Gerhard/ Oxaal, Ivar (Hg.): Eine zerstörte Kultur. Jüdisches Leben und Antisemitismus im Wien seit dem 19. Jahrhundert. Obermayer Verlags GmbH, Rottenburg 1990.
- ❖ Botz, Gerhard: Wohnungspolitik und Judendeportation in Wien 1938-1945. Zur Funktion des Antisemitismus als Ersatz nationalsozialistischer Sozialpolitik. Geyer-Edition, Wien 1975.
- ❖ Brauneder, Wilhelm: Deutsch-Österreich 1918. Die Republik entsteht. Amalthea Verlag, Wien 2000.
- ❖ Desput, F. Joseph (Hg.): Österreich 1934-1984. Erfahrungen-Erkenntnisse-Besinnung. Styria Verlag, Graz 1984.
- ❖ Dietrich, Otto: 12 Jahre mit Hitler. Isar Verlag, München 1955.
- ❖ Döscher, Hans- Jürgen: Reichskristallnacht. Die November- Pogrome 1938. Ullstein Verlag, Frankfurt am Main 1990.
- ❖ Friedländer, Saul: Kitsch und Tod. Der Widerschein des Nazismus. Fischer Verlag, Frankfurt am Main 1999.
- ❖ Fröhlich, Elke (Hg.): Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und mit Unterstützung des staatlichen Archivdienstes Russlands. Band V. Dezember 1937-Juli 1938. K.G. Sauer Verlag, München 2000.
- ❖ Fröhlich, Elke (Hg.): Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente. Band III./ 01.01.1937-31.12.1939. K.G. Saur Verlag, München 1987.

- ❖ Fröhlich, Elke (Hg.): Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente. Band II./ 01.01.1933-31.12.1937. K.G. Saur Verlag, München 1987.

- ❖ Götz, Aly: Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus. Fischer Verlag, Frankfurt am Main 2005.

- ❖ Heiss, Gernot/ Rathkolb, Oliver (Hg.): Asylland wider Willen. Flüchtlinge in Österreich im europäischen Kontext 1914. Dachs Verlag, Wien 1995.

- ❖ Hitler, Adolf: Mein Kampf. Jubiläumsausgabe anlässlich des 50. Lebensjahres des Führers. Zentralverlag der NSDAP, München 1939.

- ❖ Hopfgartner, Anton: Kurt Schuschnigg. Ein Mann gegen Hitler. Styria Verlag, Wien 1989.

- ❖ Jäckel, Eberhard/ Longerich, Peter (Hg.): Enzyklopädie des Holocaust. Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden. 3 Bände, Argon Verlag, Berlin 1993.

- ❖ Johnston, M. William: Österreichische Kultur- und Geistesgeschichte. Gesellschaft und Ideen im Donauraum 1848 bis 1938. Hermann Böhlaus Verlag, Graz 1980.

- ❖ Knight, Robert (Hg.): Ich bin dafür die Sache in die Länge zu ziehen. Wortprotokolle der österreichischen Bundesregierung von 1945-52 über die Entschädigung der Juden. Athenäum Verlag, Frankfurt am Main 1988.

- ❖ Luza, Radomir: Österreich und die großdeutsche Idee in der NS-Zeit. Hermann Böhlaus Verlag, Graz 1977.

- ❖ Massing, W. Paul: Vorgeschichte des politischen Antisemitismus. Aus dem Amerikanischen übersetzt und für die deutsche Ausgabe bearbeitet von Felix J. Weil. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt am Main 1986.

- ❖ Michaelis, Herbert/ Schraepler, Ernst (Hg.): Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Antikominternpakt-Achse Rom-Berlin. Dokumenten Verlag Wendler & Co, Berlin 1966.

- ❖ Mosse, L. George: Der nationalsozialistische Alltag. Athenäum Verlag, Frankfurt/M 1993.

- ❖ Obst, Dieter: Reichskristallnacht. Ursachen und Verlauf des antisemitischen Pogroms vom November 1938. Peter Lang Verlag, Frankfurt am Main 1991.

- ❖ Pelinka, Anton/ Reinalter, Helmut (Hg.): Antisemitismus in Österreich. Sozialhistorische und soziologische Studien. Inn-Verlag, Innsbruck 1983.

- ❖ Romanik, Felix: Der Leidensweg der österreichischen Wirtschaft 1933-1945. Österreichischer Bundesverlag, Wien 1957.

- ❖ Rothländer, Christiane/ Schölnberger, Pia (Hg.): Österreich 1933-1938. Interdisziplinäre Annäherungen an das Dollfuß-/Schuschnigg Regime. Böhlau Verlag, Wien 2012.

- ❖ Shirer, L. Williams: Aufstieg und Fall des Dritten Reiches. Kiepenheuer & Witsch Verlag, Berlin 1961.

- ❖ Sösemann, Bernd (Hg.): Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft. Einführung und Überblick. Deutsche Verlags Anstalt, München 2002.

- ❖ Staudinger, Anton/ Stuhlpfarrer, Karl (Hg.): Das Juliabkommen von 1936. Vorgeschichte, Hintergründe und Folgen. Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1977.

- ❖ Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): Austrofaschismus. Beiträge über Politik, Ökonomie und Kultur 1934-1938. Verlag für Gesellschaftskritik, Wien 1985.

- ❖ Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Verlag für Gesellschaftskritik, Wien 1988.

- ❖ Thalmann, Rita: Die Kristallnacht. Athenäum Verlag, Frankfurt am Main 1988.

- ❖ Venus, Theodor/ Wenck, Alexandra-Eileen (Hg.): Die Entziehung jüdischen Vermögens im Rahmen der Aktion Gildemeester. Eine empirische Studie über Organisation, Form und Wandel von „Arisierung“ und jüdischer Auswanderung in Österreich 1938-1941. Oldenburg Verlag, München 2004.

- ❖ Vöclka, Karl: Geschichte Österreichs. Kultur-Gesellschaft- Politik. Heyne Verlag, München 2006.

- ❖ Völkischer Beobachter. Kampfblatt der nationalsozialistischen Bewegung. Berliner Ausgabe Nr: 312/ Dienstag 8. November 1938. S. 1-2.
- ❖ Völkischer Beobachter. Kampfblatt der nationalsozialistischen Bewegung. Berliner Ausgabe Nr: 317/ Freitag 12. November 1938. S. 1.
- ❖ Völkischer Beobachter. Kampfblatt der nationalsozialistischen Bewegung. Berliner Ausgabe Nr: 314/ Donnerstag 10. November 1938. S. 1-4.
- ❖ Weinzierl, Erika: Zu wenig Gerechte. Österreich und Judenverfolgung 1938-1945. Styria Verlag, Wien 1969.
- ❖ Wendt, Bernd-Jürgen: Das nationalsozialistische Deutschland. Leske&Budrich Verlag, Opladen 2000.

12. Anhang

12.1 Abstract

„Zu Recht ist im Zusammenhang mit der Fortdauer antisemitischer Traditionen in Österreich darauf hingewiesen worden, dass die Verdrängung der nationalsozialistischen Verbrechen an den Juden engstens mit der vielfach unaufrichtigen und mangelhaften Bewältigung der gesamten nationalsozialistischen Vergangenheit Österreichs zusammenhängt.“⁶¹⁰ Die Verantwortung für den „Anschluss“ und für die Verbrechen an der jüdischen Bevölkerung wurde und wird gerne auf Deutschland abgeschoben, obwohl der Nationalsozialismus in Österreich vor und nach 1938 eine greifbare politische und ideologische Basis besessen hat.⁶¹¹ Dass auch die Österreicherinnen und Österreicher führend und aktiv am nationalsozialistischen Regime beteiligt gewesen sind, deren Dynamik sich unter anderem in der politischen Tradition des österreichischen Volksantisemitismus finden lässt, stellt das Hauptinteresse dieser Diplomarbeit dar.

⁶¹⁰ Staudinger, Anton 1990: Katholischer Antisemitismus in der ersten Republik. In: Botz, Gerhard/ Oxaal, Ivar (Hg.): Eine zerstörte Kultur. Rottenburg 1990. S. 247.

⁶¹¹ Vgl. Ebd. S. 247-248.

12.2 Lebenslauf und akademischer Werdegang

Thomas Mack

Schulische Ausbildung und Studium:

1987-1991:	Volksschule Ebental, Kärnten (Klagenfurt)
1991-1995:	MHS-14 (Musikhauptschule), Kärnten (Klagenfurt)
1995-1996:	PL-2000 (Polytechnischer Lehrgang), Kärnten (Klagenfurt)
2001-2003:	Wifi Abendschule (Berufsreifeprüfung), Kärnten (Klagenfurt)
2009-2015:	Universität Wien – Lehramtsstudium UF Deutsch UF Geschichte, Sozialkunde, Polit.Bildg.

Beruflicher Werdegang:

1996-2003:	Lehre als Einzelhandelskaufmann der Firma Kastner&Öhler Klagenfurt
2003-2006:	Filialleiter-Stellvertreter im „Next Generation“ Tirol (Ischgl)
2007-2008:	Chef de Rang im Restaurant „Jens“ in Camp de Mar (Mallorca)
2011-2013:	Demi Chef de Rang in der „Kunsthalle“ am Karlsplatz (Wien)
2013-2015:	Demi Chef de Rang im „Motto am Fluss“ (Wien)

